

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Bezahlt für die sechsgelaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Verbandsanzeigen 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Deutsche Freiheit und Einigkeit.

Ein Parlament, das dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht sein Dasein verdankt, lehnt es ab, sich offen und rückhaltlos zu diesem Wahlrecht zu bekennen. Das ist das traurige Ergebnis der Verhandlungen des Reichstags über den sozialdemokratischen Initiativantrag, der für jeden Bundesstaat eine auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählte Vertretung verlangt.

Für unsere besonderen Wünsche über das Wahlrecht, die Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts, stimmte nur die sozialdemokratische Fraktion. Man kann es allenfalls noch begreifen, daß eine solche entschlossene Reform unseres Wahlrechts nur die Sozialdemokraten hinter sich findet, und daß selbst die Fortschrittler, die nach Kopschens geistvoller Auslegung nur „schrittweise“ Fortschritte wollen, vor größeren Schritten und munteren Sprüngen ängstlich zurückschrecken.

Da aber über diese Sonderforderung getrennt abgestimmt wurde, so daß zuvor die allgemeine Forderung des Reichstagswahlrechts für die Parlamente der Bundesstaaten allein und grundsätzlich zur Entscheidung stand, wurde diese Abstimmung zum Präzedenzfall für die Parteien und für ihre Stellung zur Grundfrage wirklichen parlamentarischen Lebens. Mit den Sozialdemokraten erhoben sich die Fortschrittler und die Polen für den sozialdemokratischen Antrag. Das reaktionäre Kartell der Konservativen, Freikonserverativen, Nationalliberalen und des Zentrums stimmte die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nieder.

Das Abstimmungsergebnis bildete übrigens nach dem sonderbaren Verlauf der Debatte keine Ueberraschung mehr. Wenn die bürgerlichen Parteien irgendwelchen Wert darauf gelegt hätten, in dieser wichtigen Frage die Stimme des Volkes zu beachten, so hätten sie aus der Rede unseres Genossen Wels, der den sozialdemokratischen Antrag begründete, vieles lernen können. Auf den Bänken der Rechten herrschte aber während der Rede unseres Genossen gähnende Leere. Eine lange Zeit hindurch sah der kleine Herr v. Seydenbrand von der Reize, der in dem neuen Reichstag noch kein Sterbenswörtchen gesagt hat, ganz allein als einsamer und schweigsamer Streikposten auf den Bänken, wo sonst die Konservativen sitzen.

Genosse Wels hat in einer gut durchgearbeiteten Rede, die zugleich sein Debüt als Redner im Reichstag bildete, das reiche Material über die Wahlrechtsfrage geschickt zusammengestellt und lebendig und wirkungsvoll vorgetragen. Er geißelte mit scharfen Worten die Schmach des preussischen Dreiklassenwahlrechts, er wies die Unsinngigkeit der Pluralwahl-systeme nach, er begründete wirksam die sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen und machte sich zugleich mit Recht lustig über die konservativen und liberalen Einwände gegen unsere Forderungen. Vor allen Dingen aber wies unser Redner auf den eigentlichen Vater aller Hindernisse auch in dieser Wahlrechtsfrage hin, auf das Preußen der ostelbischen Junker. In den anderen Bundesstaaten hätte man nicht Wahlrechtsverschlechterungen gewagt, wenn Preußen endlich einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Wahlreform und damit auch auf dem Wege der Vereinheitlichung Deutschlands getan hätte. Wels zitierte mit glücklichem Griff ein Wort des ersten deutschen Kaisers, als er — damals nur noch König von Preußen — im Juli 1870 in den Krieg zog: er hoffe, daß der Krieg dauernden Frieden bringe, und daß aus der blutigen Saat einer von Gott gesegneten Erde die deutsche Freiheit und Einigkeit wachsen werde.

Deutsche Freiheit und Einigkeit! Leider ist dies unmöglich, solange wir nur ein Deutschland im Schatten Preußens haben. Auch Genosse Liebknecht, unser zweiter Redner, legte den Finger auf diese Wunde. Die Rechte des Hauses erhob ein zorniges Gebrumm, als Liebknecht ausführte, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht ruhen und rasten werde, bis das Deutsche Reich von dem Alpdruck des Junkerpreußens befreit sei. Aber Liebknecht hat damit nur ausgesprochen, was alle Klassenbewußten Arbeiter und alle sonstigen freisinnlich gesinnten Männer und Frauen Deutschlands denken: die Wahlreform in Preußen ist die Voraussetzung für jeden ernsthaften politischen und sozialen Fortschritt in Deutschland! Diese Wahlreform ist allerdings nur im harten, unnachgiebigen Kampf gegen diejenigen durchzuführen, die unter dem Schutze des preussischen Klassenwahlrechts eine unversöhnliche Gewaltherrschaft in Deutschland ausüben, gegen die preussischen Junker. Für die kämpfende Arbeiterklasse Deutschlands, in erster Linie aber für die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen gilt deshalb des alten Blücher Lösung:

Wo steht der Feind? Der Feind? Dahier!
 Den Finger drauf! Den schlagen wir!
 Wir werden ihn nicht in einem einmaligen Anlauf besiegen. Dafür sitzt er zu fest hinter seinen jahrhundertelangen Vorrechten verbarricadiert. Aber das kämpfende Proletariat hat sich noch nie von Schwierigkeiten schrecken lassen. Es besitzt eine der wichtigsten Eigenschaften eines unermüdbaren Kämpfers, die Zähigkeit, die durch nichts zu erschütternde

Entschlossenheit. Darum wird die Arbeiterschaft den Kampf führen, wo immer sich nur die Möglichkeit eines Vorstoßes bietet.

In diesem Sinne ist auch der Tag unseres Wahlrechtsantrages kein verlorener Tag. Trotz der selbstverständlichen brüskten Abgabe der Konservativen gegen jede Wahlreform, trotz der kläglichen Ausflüchte des Zentrums und der Nationalliberalen, sich zum Gedanktanke des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu bekennen, trotz der Ablehnung unseres Antrages durch die Mehrheit des Reichstags, trotz der Wahlrechtsverschlechterungen, die kleine Bundesstaaten vorläufig noch unter dem Schutze des junkerlichen Preußens wagen:

„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
 In dem wir siegen! Nun wohnt!“

Franz Schuhmeiers Ermordung.

Aus Wien wird vom 12. Februar gemeldet:
 Die ganze österreichische Politik beschäftigt heute der Tod Franz Schuhmeiers, der erste politische Mord auf Wiener Boden. Von nichts anderem spricht man hier, unablässig sagt man: Schuhmeier ermordet — es ist nicht zu glauben! Unfassbar ist der Gedanke! Wenige Stunden, bevor er den letzten Atemzug getan hat, war er mitten drin in der parlamentarischen Tätigkeit, und eine Stunde, ehe der feige Mordmörder das Leben eines der bekanntesten Männer Österreichs geendet, hat Schuhmeier in Stoderau, einem Fabrikorte, der 1/2 Bahnstunden vor Wien liegt, und in dem in wenigen Wochen eine Kadawahl zum Reichstag für den heuer jährlings verstorbenen Abgeordneten Schlinger vorzunehmen ist, dabei geholfen, ein neues Ruheblatt in den Kranz der sozialdemokratischen Siege zu flechten! Und nun ist er uns entzogen, in sein offenes Auge werden wir nicht mehr schauen, sein befeuerndes Wort nicht mehr hören können! Einem Mordmörders Opfer ist Franz Schuhmeier, der Wesen einer geworden. Ein Schuß trachte, und das Leben des Wackeren war ausgelöscht. Einer der Wegweiser in der Politik des Reichs und der Stadt war geschwunden! Ein Liebling des Volkes, ein Mann, der wie keiner geschätzt, geehrt und geachtet war von Millionen, war zur Leiche geworden.

Ein Feind der Arbeiter, ein Verräter an der Klasse, der er selbst angehört, hat seine Hand erhoben, um menschlins den Mann hinzumorden, der seine Klassenossen aufwärts führte, dessen ganzes Leben der Befreiung des Proletariats gewidmet war. Das Unbegreifliche ist nicht darum geschehen, weil Schuhmeier irgend einem Menschen etwas zuleide getan hätte. Weil aber Schuhmeier ein Symbol war, weil er — wie er sich selbst nie genannt hat, was er aber wirklich war, ein Führer der Partei des Proletariats gewesen ist: deshalb hat die verruchte Hand eines Mordmörders aus der Proletariatsklasse die todbringende Kugel abgefeuert. Sie sollte das ganze Proletariat treffen, alle Guten für immer verwunden, aller Proletarier Gemüt zermartern mit dem entsetzlichen Gramme, mit der stärksten Trauer, und deshalb wurde der bekannteste Mann aus den Reihen der Wiener Proletarier, der beste, der genannt werden kann, wenn man sagen will, wer von Großen dem Wiener Proletariat entstammt, niedergemacht und gemordet!

Nur ein Leben von 48 Jahren hat das harte Schicksal Franz Schuhmeier zuteil werden lassen, aber was hat er, ein Nimmermüder, in dieser Zeit nicht alles gewirkt! Früh begann seine Laufbahn im proletarischen Massenkampf. Am 11. Juli 1864 ist Schuhmeier als der Sohn eines Bandmachergehilfen und einer Wäscherin in Wien geboren. Bloß eine sechsclassige Schule zu besuchen, war ihm verweigert. Er konnte nicht einmal ein Handwerk erlernen. Raus der Schule entwichen, mußte er sich in einer Papierwarenfabrik als Hilfsarbeiter verdingen, um zu dem kargen Haushalt beizusteuern zu können. Aber sein Geist war schon frühzeitig rege, er ging als Hilfsarbeiter in die Fortbildungsschule, las viele Bücher und hörte viele Vorträge. So arbeitete er 14 Jahre in zwei Wiener Fabriken, und trotz Not und Entbehrung arbeitete er auch unablässig daran, daß sein Geist reicher werde, und so war es naturgemäß, daß er schon als ganz junger Arbeiter von der sozialistischen Gedankenwelt erfaßt wurde und sich in den Strom der Arbeiterbewegung stürzte. Schon in den achtziger Jahren, als der Ausnahmezustand in Oesterreich wüthete, gehörte er zu den Wiener Vertrauensmännern der Partei. Im Jahre 1888 kam er das erste Mal ins Gefängnis — sieben Wochen Untersuchungshaft hatte er zu ertragen. Und dann ereilte ihn noch oft das Los des proletarischen Kämpfers: eingekerkert zu werden für seine Ueberzeugung. Schuhmeier nahm es immer freudig auf sich.

Schuhmeier war einer der bekanntesten Politiker Oesterreichs, und seine hohen Gaben rangen den Feinden nicht weniger Achtung ab, als sie die Arbeiter mit hoher Freude an diesem in allem prächtigen Menschen erfüllten. Es gab fast kein Gebiet in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen der proletarischen Bewegung, auf dem Schuhmeier sich nicht glänzend bewährt hat. Er war ein guter Journalist! Die „Volkstribüne“, das verbreitetste Blatt der Sozialdemokratie Oesterreichs, leitete er all die 21 Jahre, die sie besteht. Er war ein ausgezeichnete politischer Organisator! Ueber zwei

Jahrzehnte war er der führende Mann auch in organisatorischen Fragen der Partei in Wien. Aber sein Bestes zeigte er als Redner und als Parlamentarier. Wer ihn nicht gehört hat, hat keine Vorstellung von der Eigenart, der Kraft und dem Reiz seiner Rede. Im ganzen österreichischen Parlament — und innerhalb der bürgerlichen Parteien erst recht — gab es keinen glänzenderen, bedeutenderen Redner als Schuhmeier. Er war der Witzigste und Humoristischste und immer fand er das heitere, aber auch treffende Wort, das den Gegner niederschmetterte. Die österreichische Art des Debattierens und Zwischenrufens war niemand angenehmer als ihm. Mit einer überaus feinen Wendung voll Mut gab er dem Vorwärtigen, der ihm in die Rede fuhr, dem Gelächter preis. Aber so gern man Schuhmeier hörte, weil er immer trefflicheren Witz hatte, weil sein Humor niemals verjagte, ebensowehr gefürchtet war er als Redner, denn der Mann mit der guten Laune war auch von tiefem Ernst und seine Rede war ausgezeichnet auch durch die gründliche Beherrschung des Sachlichen. Wer eine Rede Schuhmeiers gehört, dem blieb sie unvergänglich und nicht verbleichen konnte der Eindruck. Er beherrschte alle Töne. Seine Worte und Sätze waren echt wienerisch der Klangfarbe nach, aber grundverschieden von den Untugenden des Wiener, der Leichtfertigkeit und der Nüchternheit. Er konnte den schwierigsten Gegenstand dem Verstande des Zuhörers beibringen, denn seine Rede war immer umflossen von Anmut und sie prägte sich tief in die Seele des Hörers ein. Aber auch der Jörn der Rede des freien Mannes war ihm gegeben, und wichtiger hat in Versammlung und Parlament niemand gesprochen als Schuhmeier. Und nichts kann erschütternder klingen als eine Anklage gegen Unrecht, die sich Schuhmeiers Brust entwand. Mit der unwiderstehlichen Kraft seiner Rede hat er den unwiderstehlichen Erfolg erzielt, der jemals einem Redner im österreichischen Abgeordnetenhaus bechieden war. Der Landesverteidigungsminister Ratscher verteidigte die Beugnadigung zweier Soldatenschüder. Darauf erhob sich Schuhmeier und in einer Rede voll beispiellosen Jornes, die das Haus so bändigte, daß nicht das geringste Summen im vollen Saale hörbar war, schleuderte er den Minister zu Boden, daß er sich nimmer erhob! Am nächsten Tage ging der Minister in Pension. Auf dem so dünnen Loden des österreichischen Parlaments hat Schuhmeier viel geerntet! Wesentlichen Anteil hatte er an dem Neunfundentag der Bergarbeiter, und auch in der Fehde gegen den Militarismus, der er im Abgeordnetenhaus das meiste seiner Kräfte zuwendete, hat er Vorbeeren geerntet. Die Vernichtung des Ministers Ratscher brachte eine Verbesserung des Besoldungsberechts. Daß die Familien der zu den Waffenübungen einberufenen Reservisten Unterhaltungsbeiträge bekommen, ist wesentlich sein Verdienst, und die Arbeiter, die bei den Heereslieferungen beschäftigt sind, verdanken ihm unendlich viel. Im Jahre 1901 ist Schuhmeier zum erstenmal in den österreichischen Reichsrat gewählt worden, für den das Proletariat nur das Stimmrecht der 5. Kurie hatte. Aber sofort erzwang er sich ebenso Beachtung und Wertschätzung im ganzen Hause, wie er der gefeiertste Versammlungsredner war. Mit immer wachsenden Majoritäten wurde er von seinem Wiener Stadtbezirk Ottafing in den Reichsrat und in den Gemeinderat entsandt. Wie im Jahre 1910 der Bürgermeister Zueger, der christlichsoziale Führer, gestorben war, war Schuhmeier der Erbe seines Landtagsmandats. In den letzten Reichsratswahlen wurde er in zwei Wiener Bezirken, in Ottafing und Leopoldstadt, gewählt. Das zweite Mandat, das er den Merkmalen spielend entwunden hatte, behielt er.

Der Mann, der Sachkundige in den großen Fragen der inneren und der auswärtigen Politik, war aber auch der tüchtigste kommunalpolitiker Wiens. Er beerrichtete dieses Gebiet mit einer unübertrefflichen Vollkommenheit, und er hat für die Stadt Wien den größten Nutzen gestiftet. Tief eingefressen war die Korruption in der christlichsozialen Kommunalverwaltung Wiens, aber Schuhmeier hob den Schleier vom Schändlichen ab, und vor dem, was er enthüllte, sind selbst die Abgehärteten erschrocken. Die er moralisch hingerichtet hatte, versuchten zweimal in Prozessen das Bild zu verwirren, das er von ihnen gezeigt, aber der glänzende Sieger in dem Prozeß blieb Schuhmeier. Seine letzte Großtat war die Befreiung des Wiener Bürgermeisters Neumayer, des Nachfolgers Zuegers! Mit ein paar Worten hat er den Rücktritt des Mannes erzwungen.

Niemand hatten die erbittertesten Feinde der Arbeiterbewegung in Oesterreich, die Christlichsozialen, mehr als Schuhmeier. Sie standen ehrfürchtig vor dieser proletarischen Begabung, aber daß ein Proletarier ihre Schändlichkeiten bloßlegte, daß er der größte und erfolgreichste Reinerger des öffentlichen Lebens in Wien war, das konnten sie nicht ertragen. Der Mann, der so sehr die Liebe des Proletariats, des ganzen Standes und die Achtung erworben, die Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Redlichkeit erzwingen müssen, war gebäht von denen, die das Volk täuschen, ihre Macht mißbrauchen, von denjenigen, deren Wesen Unehrlichkeit und Verrat ist. Und so ist der treue Freund und Kämpfer das Opfer eines Verräters geworden. Der Mordmörder Paul Anshod ist ein Arbeiter, aber einer, dem es Wonne mocht, seine Klasse zu verderben. Er ist 43 Jahre alt und der Bruder des obersten Führers der Merkmalen Arbeiterbewegung in Oesterreich, des auch auf deutschen Merkmalen Schausstellungen öfter vorgeführten Landtagsabgeordneten und Wiener Gemeinde-

rafs Leopold Kunschak, der bis zu den letzten Wahlen auch Reichsratsabgeordneter war und der zu den Allerhöchsten im Reiche der österreichischen Monarchie gehört. Den Kampf gegen die Klassenbewusste Arbeiterschaft hat dieser Mann auf seine Fahne geschrieben, und dieses traurige Geschäft hat ihn zum Vertrauten von Fürsten und Kardinalen gemacht. Leopold Kunschak war nun das lebende Beispiel für seinen Bruder, der wahrscheinlich geglaubt hat, daß ihn der Name des Bruders verpflichte, seine Feindschaft gegen die Organisation des Proletariats, die die einzige Bürgschaft für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist, auf die entsetzliche Art zu besunden. Im Jahre 1905 hat Paul Kunschak zum erstenmal die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gerichtet. Er hat nämlich zwei sozialdemokratische Arbeiter der Staatsanwaltschaft angezeigt wegen Erpressung, und sie wurden wegen Verbrechens zu Kerkerstrafen verurteilt. Damals hat er eine Epoche der Verfolgungen eingeleitet, die bis heute nicht beendet ist.

Paul Kunschak trat damals als Metallarbeiter in die Wiener Schudert-Werke ein, trotzdem er wußte, daß es dort nur organisierte Arbeiter gab. Er wollte die Organisationsarbeit, die dort verrichtet wurde, abschließen und hat vorzüglich die Gelegenheit heraufbeschworen, die ihm die Genußnahme brachte, daß zwei Arbeiter, die sich für ihre Klassen-genossen mühten, in den Kerker geschickt wurden. Es war naturgemäß, daß die Vertrauensmänner der Arbeiter den in die Fabrik neu eingetretenen Paul Kunschak fragten, ob er einer Organisation angehöre, und als er das verneinte, ihn belehrten, was alles die Arbeiter dieser Fabrik der Geschlossenheit der Organisation verdanken. Paul Kunschak gab eine barocke Antwort. — Es war klar, daß die Arbeiter sich weigern mußten, mit einem Organisationsbrecher die Werkstatt zu teilen, und die Folgen hat er absichtlich herbeigeführt. Nun konnte er den Ruhm ernten, daß die zwei Vertrauensmänner wegen Erpressung ins Gefängnis kamen. Es war das vor acht Jahren, im Jahre 1905.

Bei der Gerichtsverhandlung sagte Paul Kunschak, er sei, weil man ihn auf Verlangen der Arbeiter aus den Schudert-Werken entlassen habe, vier Wochen arbeitslos gewesen. Mehrere Jahre war er dann in den Kruppischen Fabriken in Dernburg beschäftigt, und niemand fiel es ein, ihm etwas in den Weg zu legen. Wenn seinem Leben trotzdem ungewöhnliche Kümernisse begegnet sind — nach der Tat gab er sich als ein zur Verzweiflung Gebrachener aus —, ein Märtyrer der christlichen Sache war er nicht und konnte er nicht sein, denn der Bruder eines Führers der in Oesterreich mächtigsten Partei braucht dieses Geschick nicht zu dulden. Er konnte und mußte, wenn nicht seine persönlichen Eigenschaften ihm Hindernisse legten, eine gesicherte Stellung finden.

Kein Sozialdemokrat hat das Elend des zum Mörder Gewordenen verursacht, und seine Untat ist nichts als ein politischer Mord, der begangen wurde, um wahnwitzigen Haß gegen die Sozialdemokratie zu befriedigen. Mit diesem Willen hat Paul Kunschak vor acht Jahren seinen Namen in die Öffentlichkeit gerückt, die Freude an der verruchten Tat hat ihn schon damals zu einem Verbrecher an der Arbeiterklasse getrieben, und jetzt hat er es zu der grausigsten Untat gebracht: Das österreichische Proletariat für immer aufs schwerste zu verwunden, ihm einen seiner Besten zu nehmen. Woller Demut und mit schmerzfühltem Herzen stehen Millionen österreichischer Arbeiter an der Bahre eines Kämpfers, die ihrer wenige sind, eines Mannes, den seine Gaben und Tugenden zu einem der hervorragendsten Zeitgenossen gemacht haben. Ein ruchloser Feind hat Franz Schuhmeier von uns genommen. Aber unverweifellich ist der Lorbeer dieses Braven, und nie vergessen können die österreichischen Arbeiter, was sie an ihm besessen und verloren haben.

Internationale Spannungen und Vermittlungsversuche.

Die Fortdauer des Krieges äußert ihre Rückwirkung auch in einer Vermehrung der internationalen Spannungen. Man kann kaum mehr daran zweifeln, daß der Versuch durch ein Handschreiben des österreichischen Kaisers an den Zaren eine Verständigung zwischen den beiden Staaten herbeizuführen, gescheitert ist. Der österreichisch-russische Gegensatz in der Frage der Abgrenzung Albanien's dauert unvermindert fort, die Heere bleiben mobilisiert,

Franz Schuhmeier.

Von einem Wiener Genossen wird uns noch über den so jäh und brutal aus dem Leben gerissenen Genossen Schuhmeier geschrieben:

Unerwartet sah er schon aus; noch ehe er den Mund aufst, mußte man sich denken, wenn man ihn von der Parlaments- oder Gemeinderatgalerie sah: der kann nur Dialekt reden! Das tat er auch und wie! Lueger sprach ja auch nur Wienerisch und der jüngst verstorbene alte Demokrat Kronawetter auch. Aber es waren eben doch Studienerte, Doktoren und ihr Wienerisch war nicht mehr so ganz wurzelfest und wenn sie von dem „gebildeten“ Wienerisch zum ganz echten Übergangen, war es immer ein bißchen Koffettier (beim Kronawetter), richtige fast rechnende Demagogie (beim Lueger). Der Schuhmeier konnte gar nicht anders, als „lerchen-felberisch“ sprechen, und ich meine, er wird auf dem Stutgartener Parteitag den Deutschen die Größe der Oesterreicher nicht anders als auf gut Oesterreichisch überbracht haben.

Wenn er für eine Volksversammlung angefundigt war, dann war sie immer bummvoll, und wenn er im Parlament oder im Gemeinderat das Wort erhielt, wurden alle Köpfe gerodet und wer nicht bis auf den Berg sehen konnte, wo sein Platz war, stand auf und noch ein paar Worten gingen alle Herzen mit und die Köpfe wurden rot. Unten aber wurde es lebendig. Die Schwarzen machten Zwischenrufe zu ihrem Unheil und jeder Erwiderung des Schuhmeierfranz folgte leidenschaftlicher Beifall der Genossen oder schallende Heiterkeit der momentan noch Unbeteiligten. Wenn der Schuhmeier redete und die Schwarzen jubelte, konnte man auch oben auf der Galerie nicht „parlamentarisch“ bleiben, auf einmal klatschten wir alle wie rasend, bis der Blamierte und geärgerte aristokratische Büchsefänger Bischofsmel oder ein anderer Luegerianer es dem Präsidenten denunzierte und wir oben mit Klang „geräumt“ wurden.

Wenn der Weismann, der Oberwahauner der Christlich-sozialen, der Schulverpflasterer und Pensionenklammer, unten mit all der lächerlichen Jappelhaftigkeit tobte, die dem polnisch-jüdischen Aussehen dieses „verzeigten Christen“ entsprach, brauchte der Schuhmeier nur das Joubertwort „Regierungsrot Spuderk!“ zu rufen und rettungslos ging der widerliche Mensch in allgemeinen Gelächter unter. Oder er sprach über eine von der Regierung geforderte Erhöhung des Kongruen des staatlich garantierten Mindesteinkommens der Kompfaffen: „Jo, meine Herr'n. I hab in der

und so lange dies der Fall ist, bleibt trotz aller Versicherungen die Situation kritisch.

Dazu kommen andere beunruhigende Erscheinungen. In Italien scheint man große Lust zu verspüren, die besetzten Ägäischen Inseln für immer zu behalten; von Rußland befürchtet man bei weiteren Fortschritten der Bulgaren auf Gallipoli die Aufwerfung der Dardanellenfrage und zum Ueberflus hat jetzt Rumänien sich an den Dreibund gewandt, damit auf Bulgarien ein Druck ausgeübt werde, den rumänischen Erpressungen sich zu fügen.

Einen Lichtblick bildet das Ansuchen der Pforte um Friedensvermittlung. Es scheint jetzt festzustehen daß der türkische Vorkasster in London sich an Sir Edward Grey mit einem formellen Gesuch gewandt hat, mit dem sich auch die Vorkasstertontferenz am Montag befaßt hat. Es wäre in der Tat höchste Zeit, der abscheulichen Schlächtereit und der ständigen Bedrohung des europäischen Friedens ein Ende zu machen.

Vor Adrianopel.

Sofia, 12. Februar. Der gestrige Tag ist vor Tschataldicha und Bulair ruhig verlaufen, da der Feind keine Aktion unternahm. Die Bulgaren verchanzen sich in ihren Stellungen von Bulair und fünf Kilometer westlich von Tschataldicha. Die Beschießung Adrianopels dauerte den ganzen Tag über mit Unterbrechungen fort. Der Feind erwiderte das Feuer aus schweren Geschützen.

Aus Aussagen von Türken, die in dem Kampf um das Dorf Oskali in der Gegend von Tschataldicha am 9. Februar gefangen wurden, geht hervor, daß die Bulgaren, die drei Bataillone stark waren, zwei türkische Infanterieregimentern gegenüber standen. Die türkische Batterie, die bei dem Dorfe Izzedin Aufstellung genommen hatte, habe von Infanteristen gezogen werden müssen, da die Pferde zu erschöpft gewesen seien.

Türkische Gefechtsberichte.

Konstantinopel, 12. Februar. Ein amtlicher Bericht besagt: Vorgestern eröffneten die Forts Cataldja und Jassitepe, die zu den Befestigungen von Adrianopel gehören, gegen die feindlichen Batterien eine heftige Kanonade, die bis zum Anbruch der Nacht dauerte. Am selben Tage machte der Feind einen überraschenden Angriff gegen unsere Ostfront. Es entwickelte sich ein erbitterter Kampf, der vier Stunden dauerte. Unsere Truppen hielten ihre Stellungen. Feindliche Aeroplane schleuderten Bomben auf Adrianopel, die jedoch keinen Schaden anrichteten.

Bei Tschataldicha rückten von unserem rechten Flügel ausgehende Erkundungsbteilungen bis nordöstlich von den Hügelketten von Akalan östlich von Kalkafli vor. Nach den Erklärungen zweier bei Tschitepe gefangenen Bulgaren ist der Feind damit beschäftigt, Befestigungen bei Sinekli zu errichten. Seine Kavallerie soll sich in Tschorlu befinden; das Hintertreffen und das Gros des Feindes gegenüber unserem linken Flügel halte die Linie Siliviri—Kadiköj besetzt.

In der Nähe von Bulair hat sich nichts Wichtiges ereignet.

Awartende Haltung?

Sofia, 12. Februar. Wie die Agence Bulgare erfährt, ist die letzte Nacht auf dem gesamten Kriegsschauplatz ruhig verlaufen.

Die türkischen Verluste.

Konstantinopel, 12. Februar. Bei den vorgestrigen Kämpfen um Kawa bei Bulair sollen die Türken 1200 Tote und Verwundete gehabt haben, darunter einige Offiziere.

Die Polizei fährt fort, zahlreiche als verdächtig geltende griechische Staatsangehörige zu verhaften, um sie auszuweisen. Auch eine Reihe von Griechen, Bulgaren und Serben, die ottomanische Staatsangehörige sind, werden nach Sinope und anderen kleinasiatischen Städten gebracht. Etwa hundert, die sich in den russischen Städten von Galata verborgen hielten, wurden in dem Augenblicke verhaftet, als sie in Begleitung eines Kamassens des russischen Konsulats ein russisches Schiff besteigen wollten.

Das Gemetzel vor Skutari.

Cetinje, 11. Februar. Amtlich werden noch Einzelheiten über die Schmach auf dem Vardarjof bekanntgegeben. Danach kam es bei der Einnahme des Berges in dem Graben und Schanzen zu einem wahren Gemetzel, das zwei Stunden dauerte. Der Gipfel des Vardarjof war durch dreifache Stacheldrahtzäune

Schul' g'lernt, daß der Heiland Lahme gehend und Blinde sehend g'macht hat — aber, daß er s' dafür a Stohlgebüß hatt' zahl'n lass'n; dös hat uns Ia Lehrer und Ia Katechet net d'zahl't! — Oder — wie ich es einmal erlebte — wenn ihn der alte Lueger im Gemeinderat das Zwischenrufen verbieten will, das bei der Keckheit so bitteren Schmerz hervorrief und er darauf gemächlich antwortete: „Aha, Herr Bürgamass, i red' ja nur mit mir selber!“

Draußen in der Kaisertrache am Neubau, im 7. Bezirk, wo Wien nicht mehr elegant und grazios und künstlerisch ist, sondern eine gräßliche Proletariatsstadt, wie jede andere, im Portere sah er mit dem alten Karl Höger, dem Organisator der österreichischen Quaderbrüder, diesem lebenden Stück Parteigeschichte in einem vollgehangenen düsteren Zimmer und rebigerte die „Volktribüne“, die allwöchentlich von einem Heer unbezahlter Kolportiere den 70 000 Parteiführerzahlern ins Haus gebracht wurde. Sie war — und ist — ein unwürdiges Kampfblatt; zur März- und Kaiserfeier erschien sie früher gar auf rotem Papier, und wie oft hat sie der Staatsanwaltschaft drinnen in dem grauen Hause auf der Ufertrache (dem Landgericht) konfisziert! Da sah auch der Oskringer Franz manch liebes Mal als öffentlich und privat Angeklagter, manch schönen Monat als Verurteilter. Und wurde wohl in demselben Hof spazieren geführt, in dem einmal ein Wärterjunge sich an den I. I. Strafgefangenen Dr. Viktor Adler mit der furchtsam-zutraulichen Bitte wandte: „Du, Herr Räuber, geh' schäl' mit den Apfel bal!“

Aber der Witz und die Volkstümlichkeit waren dem Schuhmeier nur Mittel im Kampf, in dem er ein Führer war. Sein ganzes Interesse gehörte der Wienerstadt, ihrer Befreiung von schmählicher, korrupter Spießherrschaft; sein ganzes Interesse aber ebenso den Arbeitern des ganzen Landes. Deshalb war auch gerade der Militarismus sein Spezialgebiet, auf dem er es schließlich zu dem Ruf einer auch von der Heeresverwaltung anerkannten Kapazität brachte. Daß vor einigen Jahren endlich die Unterstützung für die Familien der zu Waffenübungen eingezogenen Reservisten eingeführt wurde, war nicht zuletzt sein Verdienst, und daß die Heeresverwaltung wenigstens energisch gegen die Soldatenmishandlungen aufzutreten begann, nicht minder. Er hätte jetzt gewiß bald im Reichsrat oder in der Delegation das elende Leben der Mobilisierten in Galizien und Bosnien an den Pranger gestellt — vorbei, vorbei.

Die Wiener werden ihn nicht mehr hören und er wird auch nicht mehr, wie bei den ersten allgemeinen, gleichen Wahlen von 1907 zu der Wiener Wahlarbeit noch die in einem hart umkämpften deutschböhmischen Kreis auf seine starken Schultern nehmen. Als Führer wird er ersetzt werden können, als Kämpfer nicht!

geschützt. Eine serbische Abteilung, welche die Aufgabe hatte, Buda zu nehmen, führte den Angriff nicht aus, da sie erkundet hatte, daß der Feind über starke Artillerie verfüge. Sie verchanzte sich deshalb bei Buzhati, um die Ankunft von Artillerie abzuwarten. Bei der Einnahme von Buzhati nahm die serbische Abteilung einen türkischen Offizier und 30 Soldaten gefangen. Die Montenegriner machten in der Umgebung des Vardarjof 150 Gefangene.

Ein gestrandetes türkisches Kriegsschiff.

Konstanta, 11. Februar. (Reibung der Agence Havas.) Der türkische Kreuzer „Asar-i-Temiz“ ist auf ein Felsenriff nahe bei Karaburun aufgelaufen. Das Vordersteck liegt unter Wasser; die Lage des Kreuzers ist fast hoffnungslos.

Die rumänischen Forderungen.

Wien, 12. Februar. Des „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt: Anlässlich des schleppenden Ganges der Verhandlungen zwischen Bulgarien und Rumänien hat sich Rumänien wiederholt an die Mächte gewandt, damit diese auf ein beschleunigteres Tempo der Verhandlungen und auf die Erfüllung der rumänischen Forderungen in Sofia hinwirkten. Die rumänische Forderungen sind: Rumänien solle sich an die Mächte wenden, damit diese auf ein beschleunigteres Tempo der Verhandlungen und auf die Erfüllung der rumänischen Forderungen in Sofia hinwirkten. Die rumänische Forderungen sind: Rumänien solle sich an die Mächte wenden, damit diese auf ein beschleunigteres Tempo der Verhandlungen und auf die Erfüllung der rumänischen Forderungen in Sofia hinwirkten.

Kriegstreiberien in Rumänien.

Bukarest, 12. Februar. Die Verhandlungen mit Bulgarien haben begonnen. Die Absicht der hiesigen Regierung ist fortwährend friedlich, solange das jetzige Ministerium die Führung behält. Die Regierung dürfte alles versucht haben, um bei den Mächten nicht den Verdacht zu erwecken, daß sie eine den Frieden gefährdende Politik getrieben habe. Jedoch drängt die oppositionelle liberale Partei zu einem energischen Vorgehen gegen Bulgarien. So sogar innerhalb der Regierungspartei macht sich eine starke kriegerische Strömung geltend. Das jetzige Ministerium dürfte also das letzte friedliche sein. Die bisherige Haltung der Bulgaren und diejenige Dr. Danew's im besonderen hat die Situation bedenklich erschwert.

Die Vermittlung Frankreichs.

Paris, 12. Februar. Das „Echo de Paris“ schreibt: Mehrere Mächte, darunter auch Frankreich, vermitteln gegenwärtig zwischen Sofia und Bukarest, um das Zustandekommen einer freundschaftlichen Verständigung zu beschleunigen. Die Mächte begnügen sich nicht damit, Ratschläge zur Mäßigung zu erteilen, sie bemühen sich auch, eine greifbare Lösung zu finden, und man muß auf diese Initiative große Hoffnungen. Nach einer durchaus unbarteiischen Ansicht würde es billig erscheinen, Rumänien eine Grenzberichtigung zu gewähren, durch die Silistria selbst, jedoch nicht dessen Banneile, Bulgarien verbliebe und das rumänische Gebiet um etwa 20 Kilometer über seine gegenwärtige Grenze hinaus bis zu einem Punkte nördlich von Kali-Akra am Schwarzen Meer ausgedehnt würde.

Die erste Verhandlung.

Sofia, 12. Februar. (W. T. B.) Der bulgarische und der rumänische Delegierte, Saravoff und Chila, hatten heute nachmittag im Ministerium des Aushern ihre erste Unterredung, die eine Stunde dauerte. Die Delegierten tauschten im Laufe der Unterhaltung in der freundschaftlichsten Weise ihre Anschauungen über eine Verständigung in dem schwebenden Fragen aus.

Der österreichisch-russische Gegensatz.

Frankfurt a. M., 12. Februar. Der „Frankf. Btg.“ wird aus Wien telegraphiert: Die internationale Situation ist vollständig ungeklärt und die vorauszusehenden Schwierigkeiten in der Frage der Abgrenzung Albanien's sind in einem von der Diplomatie doch nicht erwarteten Maße eingetreten. Rußland besteht darauf, für seine serbischen Schützlinge noch einen Einfluß zu erzielen, ohne sich mit dem bereits Erzielten zufrieden zu geben.

Tatsächlich hat Oesterreich schon zugegeben, daß die Serben die Städte Zepet und Brizend erhalten, die fast rein albanisch sind. Rußland will aber noch Tschakova erlangen und glaubt, daß es ohne dieses Zugeständnis Skutari nicht preisgeben dürfe, wenn die russische Regierung nicht nachträglich große Schwierigkeiten haben wolle. Es handelt sich aber in der Hauptsache nicht um diese Stadt, sondern um die Frage der Vorherrschaft auf dem Westbalkan.

Die österreichisch-ungarische Diplomatie glaubt bei ihrer Friedensliebe in ihren Zugeständnissen schon soweit gegangen zu sein, daß sie weiter zurück nicht mehr könne, und außerdem ist sie der Auffassung, daß jedes weitere Zurückweichen den Uebermut der durch Rußland bedekten Serben nur stärken würde. Es ist also äußerst fraglich, ob in diesem letzten Punkte noch eine Nachgiebigkeit erzielt werden kann.

(Man sieht also, in Oesterreich beginnt die Kriegspartei sich wieder zu fühlen. Aber glaubt man in Wien wirklich, daß es möglich wäre, einen Krieg zu entzünden wegen der Frage, wenn einige albanische oder serbische Kester gehören sollen?)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar 1913.

Pettusker Roggen und Zebubullentälber.

Das preussische Herrenhaus hatte am Mittwoch seinen großen Tag. Nicht weit einer der erlauchten, edlen oder sehr geistigen Herren eine welterschütternde Redebat vollbracht hatte, sondern weil zu der Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, der in diesen Tagen die preussische Vorkammer ozipiert hatte, Wilhelm II. in eigener Person erschienen war, um zu dem Thema: „Maßnahmen zur weiteren Produktionssteigerung der Landwirtschaft“ aus seinen eigenen Erfahrungen als Großgrundbesitzer einiges beizubringen.

Wilhelm II. erzählte in temperamentvoller und gelegentlich scherzhafter Weise, daß es ihm gelungen sei, durch Restorierung eines Gutes — unter Aufwendung nur mäßiger Kosten — den Ertrag ganz außerordentlich zu steigern, so daß auch der Viehbestand um 30—40 Proz., bei den Schweinen sogar um 3—400 Proz. habe erhöht werden können. Damit, meinte Wilhelm II., sei der Beweis erbracht, daß Restorationsaufwendungen sich reich verginßen und die deutsche Landwirtschaft tatsächlich in der Lage sei, ihre Produktion

betarig zu steigern, daß durch die einheimische Vieh- und Getreideproduktion der Bedarf des deutschen Volkes vollst. gedeckt werde.

Wir vermögen nicht zu beurteilen, inwieweit die persönlichen Erfahrungen des Kaisers auf dem einen Gut Weidwerk für die deutsche Landwirtschaft überhaupt besitzen. Daß durch Restorationen der landwirtschaftliche Ertrag gesteigert werden kann, stand ja auch vor dem kaiserlichen Versuch außer allem Zweifel. Es scheint deshalb, als ob der Kaiser das Problem der Vieh- und Getreideerzeugung denn doch in seinen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und seiner politischen Kompliziertheit nicht recht erfasst habe. Die Sache ist doch die, daß der Großgrundbesitz deshalb nicht so viel Vieh produziert, als er sehr wohl produzieren könnte, weil ihm durch die Infolge der Hochschutzzölle garantierten hohen Getreidepreise bei überwiegendem Getreidebau so hohe Gewinne in den Schoß fallen, daß er die Viehproduktion hauptsächlich dem Mittel- und Kleinbetrieb überläßt. Ueberhaupt hat ja die Landwirtschaft unter den heutigen Verhältnissen gar kein Interesse daran, das Volk möglichst reichlich mit Brot und Fleisch zu versorgen, da ein reichliches Angebot ja nur zu einer Senkung der Preise führen würde! Wenn unsere Junker und ihr Gefolge dank dem System der Schutzzölle und Grenzsperrn für weniger Produkte ebenfals leben können, wie für eine größere Menge von Vieh und Getreide — warum sollten sie sich dann um die Versorgung des Volkes mit reichlichen und wohlfeilen Nahrungsmitteln mühen!

Wenn also Wilhelm II. seine Rede mit erhobener Stimme und den Worten schloß, daß jetzt feststehe, daß Deutschland nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft den Nahrungsmittelbedarf seines Volkes decken könne: „Das können wir und das müssen wir,“ so sollte er auch begreifen, daß es nicht nur auf die theoretische Möglichkeit ankommt, sondern auch auf die praktische Durchführbarkeit!

Da Wilhelm II. so viel Rühmliches von seinem prächtigen Peltusier Roggen und seinen Gebuubensalben zu erzählen wußte, wäre es ja wunderhübsch, wenn das deutsche Proletariat sich zu erscheinenden Preisen an diesem vorzüglichen Roggen und saftigen Gebuubensalbenvierteln satt essen könnte. Aber der Vorteil solcher rationeller Wirtschaft wird leider nur der kaiserlichen Schatzkammer, nicht aber den Volkswaffen zugute kommen. Ihnen kann nur geholfen werden durch Beseitigung der Getreidezölle und Öffnung der Grenzen für fremdes Vieh und Fleisch, denn diese ausländische Konkurrenz ist ja das einzige Mittel, um unsere einheimische Landwirtschaft zu möglichst rationaler Wirtschaft zu zwingen!

Reichsständisches Beamtenbesoldungsgesetz.

Das langumstrittene Beamtenbesoldungsgesetz ist nun doch heute im Reichstagsrat zum Antrage gelangt. Gegenüber dem Regierungsentwurf wurden für die unteren Beamten 60.000, für die mittleren Beamten 50.000 M. mehr bewilligt, was die sozialdemokratische Fraktion veranlaßte, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, obwohl von unserer Seite besonders hervorgehoben wurde, daß bei einigermaßen gutem Willen der bürgerlichen Parteien für die unteren Beamten mehr hätte bewilligt werden können. Auch das neue Lehrerbefoldungsgesetz fand in dritter Lesung Annahme. Hier zeigte sich, wieviel die bürgerlichen Parteien, namentlich das Zentrum für die Volkserzieher übrig haben. Die Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokratie, die den Lehrern ein höheres Gehalt als den Schullehrern und Straßenlehrern geben wollten, wurden abgelehnt. Selbst ein Antrag, das Grundgehalt der Lehrer auf 1400 M. festzusetzen. Damit die Lehrer auch wissen, wo ihre Freunde sind, beantragten unsere Genossen namentlich Abstimmung, was den Zentrallern und Bestimmungsgenossen sichtlich unangenehm war. — Bei der ersten Lesung des Etats des Statthalters wurde die Streichung der Repräsentationsgelder des künftigen Statthalters von 200.000 auf 100.000 M. gegen die Stimmen der Fortschrittler, die darin eine Schwächung der Stellung des Statthalters sahen, angenommen.

Schwarze Demagogen.

Durch die kleine und mittlere Zentrumspresse läuft ein Artikel, der dem Anschein nach aus der Korrespondenz des berühmten Herrn Erzberger stammt. Es wird von der Angst erzählt, die die Sozialdemokratie vor einer Auflösung des Reichstags habe, eine Angst, die nachgerade urkomische und drollige Formen angenommen und bereits soweit geführt habe, daß die Sozialdemokraten der Regierung aus der Hand fressen. Um die Minister bei guter Laune zu erhalten, hätten die Sozialdemokraten alle höheren Beamten bewilligt. Es heißt in dem Artikel:

„So retteten sie dem Staatssekretär Delbrück den Ministerialdirektor, der die Zollpolitik zu bearbeiten und zu vertreten hat. Seit Jahr und Tag wettern die Genossen gegen die Zölle; hier stimmten sie dafür, daß die zollpolitische Abteilung im Reichsamt des Innern selbständig wird, ihren Einfluß erhöhen kann — nur, um schließlich bei der Regierung zu sein. Dann gingen sie dazu über, die neue Stelle eines Reichsanwalts durchzudrücken, das heißt, eines Staatsanwalts am Reichsgericht. Sonst sind alle Staatsämter den Aoten ein Greuel; jetzt bewilligen sie einen solchen, wo er gar nicht dauernd erforderlich ist. Das Zentrum stimmte daher gegen die Stelle, die Sozialdemokraten aber leisteten der Regierung Handlungsgedienste.“

Der alberne Verfasser dieser Anwürfe ist mit vollem Erfolg bei den Jesuiten in die Schule gegangen. Die sozialpolitischen Aufgaben des Reichsamts des Innern werden von Jahr zu Jahr größer, und es ist deshalb selbstverständlich, daß man die Beamten nicht verweigern kann, die zur Förderung dieser Arbeiten durchaus notwendig sind. Deshalb ist auch der neue Ministerialdirektor bewilligt worden, gegen die Stimmen des Zentrums, das heute in der Sozialpolitik ein möglichst langweiliges Tempo wünscht. Gegen die Schaffung eines neuen Reichsanwalts werden unsere Genossen stimmen. Sie haben bereits beantragt, diese Stelle zu streichen. —

Weshalb aber der Jörn des Zentrums? Diese Partei, die das Volk stets belogen hat, treibt gegenwärtig im Reichstag eine Politik der Nadelstiche und erwartet, daß die Sozialdemokratie diese Politik unterstützt. Auf diese Weise würde die Sozialdemokratie zum Spielball in den Händen des Zentrums. Sich zu dieser Rolle herabzuwürdigen, hat aber unsere Fraktion nicht die mindeste Neigung. Und weil nun einige aus purer Bosheit geführte Nadelstiche dieser schwarzen Demagogen abgewehrt worden sind, wird die Sozialdemokratie zur — Regierungspartei gestempelt.

Die Sozialdemokratie hat durchaus keine Ursache, einer Auflösung des Reichstags mit Angst entgegenzusehen, denn sie hat nichts unterstellt, das zum Schaden des Volkes ausschlagen könnte. Aber die Bosheitstaktik des Zentrums mitzumachen, fällt ihr nicht ein; denn sobald die Regierung in der Jesuitenfrage nachgibt, bewilligt das Zentrum der Regierung alles, was verlangt wird.

Wieder ein „minderschwerer“ Fall.

Die Auffassungen der Militärgerichte über sogenannte minderschwerere Taten scheinen noch immer nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben, wie ein Fall beweist, der vor dem Kriegsgericht Halle zur Verhandlung stand. Angeklagt wegen Mordhandlung eines Untergebenen war der Unteroffizier Georg Wäntcher von dem Kürassierregiment in Halberstadt. Als der „Vorgelesene“ am Morgen des 20. Dezember v. J. in den Stall kam, will er bemerkt haben, daß der Kürassier Unteroffizier — ein Soldat von guter Führung, der im zweiten Jahre diente — ein Pferd nicht schnell genug wußte. Er machte dem „Untergebenen“ Vorhaltungen über

die Karbatsche, schlug den Mann erst auf den Kopf und dann fünf- bis sechsmal mit der Faust ins Gesicht, daß das Zahnefleisch blutete. Dann würgte er den K. noch am Halse, drückte ihn gegen die Krippe und trat ihn mit dem Fuß. Schließlich sagte er noch zu dem Mordhandlenden: „So jetzt kannst Du mich melden, die 8 Tage mache ich schon ab“. Der Angeklagte wußte die Tat zugeben, will dabei jedoch in der „Erregung“ gehandelt haben. — Der Anklagevertreter meinte, es liege eine Mordhandlung vor und beantragte gegen den „Vorgelesenen“ 10 Tage gefänglichen Arrest. Das Gericht erkannte demgemäß mit der Begründung: Gewiß sei die Strafe sehr milde, da erwiesen sei, daß der Angeklagte den K. züchtigen wollte. Die Tathandlungen seien auch erheblich gewesen, da der Unteroffizier gestochen, getreten und geschlagen habe, daß die Zähne mit Blut bedeckt wurden. Das Gericht habe aber angenommen, daß ein minderschwerer Fall vorlag und deshalb die gelinde Strafe verflüge.

Belgien.

Der Vorlage ist bereit.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet uns unterm 10. Februar:

In einem Konstermeeting sprach am vergangenen Sonntag Vandervelde im Vorlage über die durch die Revisions-Verwertung geschaffene Lage und den Generalstreik. Laufende Vergarbeiter waren aus den benachbarten Gemeinden erschienen, Tausende konnten keinen Platz finden. Nach einer kurzen Ansprache im Freien begab sich der Zug ins Versammlungsort. — Das Datum des Streiks, sagte Vandervelde u. a., festzustellen, ist Aufgabe des großen Generalstreikkomitees (gebildet vom Generalrat der Partei und den Vertrauensmännern des ganzen Landes). Seit sechs Monaten ist alles getan worden, was menschenmöglich war, um die Regierung von der Gefahr der Situation zu überzeugen. Wir waren zu den größten Konzeptionen bereit. Die Regierung hat nicht gewillt. — Selbst die gemäßigt-liberale Bourgeois-Prese muß zugeben, daß die Fraktion keinen Schritt gescheut hat, eine friedliche Lösung zu ermöglichen. Der Augenblick des Handelns ist sonach gekommen. Und die Frage ist: Seid Ihr bereit? (Hier ruft die Versammlung: Ja! ja!) Und Vandervelde sagt weiter: Ihr seid der Ueberzeugung, bereit zu sein! Ihr habt Kampfbereitschaft! Aber Ihr braucht Geld, damit Eure Frauen und Kinder während des Streiks vor Hunger geschützt sind. Habt Ihr genügend gespart? (Alles ruft: Ja! ja!) Diese Frage, fährt der Redner fort, wird an das ganze proletarische Belgien gestellt werden und das Streikkomitee wird unter seiner Verantwortung die Stunde zu wählen haben, damit an einem bestimmten Tage, zur selben Stunde die Arbeiterklasse sagen kann: Man verweigert uns das gleiche politische Recht, wir arbeiten nicht mehr!

Das grandiose Meeting, das wieder die Vergarbeiter-schaft als die alte, kampfbereiteste sozialistische Garde zeigte, schloß unter immer erneuten Hochrufen auf das Vordere und den Generalstreik. Mehr als je sind die Vergarbeiter kampfbereit und wie vor Monaten an der Spitze der Bewegung für das gleiche Recht.

Der Generalstreik beschlossen!

Aus Brüssel wird uns unterm 12. Februar gemeldet: In einer gemeinsamen Sitzung nahmen der Parteivorstand, die Gewerkschaftskommission und der Vorstand des Genossenschaftsverbandes folgenden Beschluß an:

„Die Sitzung spricht ihr Einverständnis aus mit der Haltung der sozialistischen Kammerfraktion, die im Laufe der Verhandlungen über die Verfassungsrevision alles getan hat, was in ihrer Macht liegt, um eine versöhnliche Lösung zu ermöglichen, konstatiert jedoch, daß die unversöhnliche Haltung der Regierung und der Rechten den Generalstreik unvermeidlich macht und fordert die Arbeiterklasse auf, die letzten Vorbereitungen zu treffen und zeitig die Arbeitsverträge zu kündigen, damit am 14. April im ganzen Lande die Arbeit eingestellt wird.“

Japan.

Der Nachfolger Katsurats.

Tokio, 12. Februar. Admiral Yamamoto hat den Posten des Ministerpräsidenten angenommen.

Unruhen in Osaka.

Osaka, 12. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Gestern, am Erinnerungstage der Thronbesteigung Jimmu Tennos, des ersten Kaisers von Japan, der zugleich der Erinnerungstag der Einführung der Verfassung in Japan ist, fanden bei der Eröffnungsversammlung eines konstitutionellen Vereins junger Männer Demonstrationen der Menge statt. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst; als hierauf eine neue große Versammlung im Rakonohima Park stattfand und ebenfalls von der Polizei aufgelöst wurde, griff die bedeutend verstärkte Menge die Bureau der regierungsfreundlichen Zeitungen an und versuchte, sie in Brand zu stecken, durchschleifte die Stadt, wendete sich gegen die Häuser der regierungsfreundlichen Abgeordneten und zerstörte sie. Die Polizei eiferte Verstärkungen herbei und ging mit blanker Waffe gegen die Menge vor. Die Unruhen dauerten bis heute morgen an.

Afrika.

Eine Palastrevolution in Abessinien.

Abdisa Abeta, 11. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Als gestern nachmittags auf Befehl des Thronfolgers Bidsh Jaassu die Soldaten der Leibwache Menelik im kaiserlichen Obelbi erforscht werden sollten, brach plötzlich Streit aus, weil der Kommandant der bisherigen Leibwache, Fitaurari Gabre Marian, der Menelik seit Beginn seiner Krankheit bewachte, sich weigerte, seinen Platz als Kommandant der Palastwache zu verlassen. Der Streit ardete in einen richtigen Kampf aus, der von 6 bis 8 Uhr abends dauerte. Den Angreifern gelang es trotz wiederholter heftiger Angriffe nicht, in das Obelbi einzudringen. Die Verteidiger kämpften erbittert, obwohl sie bei weitem in der Minderzahl waren. Sie setzten sogar Kanonen und Maschinengewehre in Tätigkeit. Viehl Personnen gefallen und verwundet sind, ist noch nicht bekannt. Während der Nacht sorgte man durch Vereinstellung harter Truppenabteilungen für den Schutz der Gefandtschaften. Im Europäerquartier hat sich kein Zwischenfall ereignet. Der italienische Geschäftsträger trotz Anordnungen, um mehrere italienische Familien, die an einer bedrohten Stelle in der Stadt wohnen, in der Gefandtschaft unterzubringen. Heute morgen wurde der Angriff auf das Obelbi nicht wiederholt. Jedoch umgeben viele Tausende von Soldaten den Palast.

Amerika.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Laredo (Texas), 11. Februar. Hier eingetroffene Berichte bestätigen, daß heute vormittags in Mexiko ein Straßenkampf ausgebrochen ist. Die Bundesstruppen eröffneten das Feuer auf die

Aufständischen. Die Bundesstruppen sind im Besitze von Artillerie und Maschinengewehren. In der Nähe des Nationaltheaters wurde auf die Aufständischen, deren Zahl jetzt 4000 beträgt, Artillerie-feuer eröffnet. Die Bundesstruppen unter Führung des Generals Planquet griffen das Arsenal an.

Mexiko, 12. Februar. Der Straßenkampf von gestern endete nach sieben Stunden augenscheinlich ohne entscheidenden Erfolg. Tote wurden zu Hunderten gezählt. Die größten Verluste rührten aus einem Angriff der Muralistappan auf eine Batterie der Aufständischen her, die die Angreifer, Menschen und Pferde, fast vollständig aufried. Unter den Verwundeten befinden sich auch Zuschauer, sogar Knaben und Frauen, die sich trotz des drohenden Kampfes der Gefahr ausgesetzt hatten.

Rein Jark, 12. Februar. Nach einem Telegramm aus Mexiko haben heute früh um 7 Uhr die Kämpfe dort wieder begonnen. An den Kämpfen nahmen auf beiden Seiten Infanterie und Artillerie teil.

Mexiko City, 12. Februar. (B. L. W.) Zur weiteren Verlauf des Kampfes sind zwei Granaten in die Kaserne eingeschlagen und haben sie stark beschädigt. Dreihundert Anhänger des Generals Zapala sind in die Stadt eingerückt und haben die Bundesstruppen angegriffen.

Maßnahmen der Vereinigten Staaten.

Washington, 12. Februar. In einer heute früh im Weissen Hause abgehaltenen Konferenz, an der Präsident Taft, der Kriegssekretär, der Marine- und Offiziere der Armee und Marine teilnahmen, ist beschlossen worden, heute noch drei weitere Schlachtschiffe nach der Ostküste Mexikos zu senden. Ferner wird Befehl gegeben werden, unverzüglich zwei Truppentransportschiffe bereitzustellen, um zur Schutze der Amerikaner und anderen Ausländer Truppen nach Mexiko zu befördern, falls die Lage sich dort verschlimmern sollte.

Santiago (Chilifornien), 12. Februar. Der Panzerkreuzer „Colorado“ von der amerikanischen Pacificflotte ist mit dem Konteradmiral Southerland an Bord nach Magellan in See gegangen. Admiral Southerland wird die Bewegungen der amerikanischen Schiffe an der mexikanischen Westküste leiten.

Washington, 12. Februar. (B. L. W.) Es sind Vorbereitungen getroffen worden, um 2500 Marinesoldaten nach Veracruz zum eventuellen Entsch der ausländischen Gefandtschaften zu entsenden. Die 3000 Mann starke erste Brigade der ersten Armee-division ist angewiesen worden, sich für eine Expedition diensterbereit zu halten.

Australien.

Eine bevorstehende wichtige Volksabstimmung.

Das Volk von Australien, d. h. die über 21 Jahre alten Staatsangehörigen beider Geschlechter in der Zahl von nahezu 2 1/2 Millionen, fast die Hälfte der Einwohner, hat in nächster Zeit über eine bedeutungsvolle Änderung der Bundesverfassung zu entscheiden. Es handelt sich um wesentlichen um die Erweiterung des Rechtes der Bundesgesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbe- und Sozialpolitik, der Ueberwachung der Kapitalgesellschaften und um das Recht, bestehende Privatmonopole zu nationalisieren, d. h. in Bundesbetriebe zu verwandeln. Da die geforderten Rechte bereits alle den Einzelstaaten zustehen, handelt es sich also weniger darum, neue Grundrechte einzuführen, als ihre Verwirklichung im Gesamtinteresse zu sichern. Während heute die Parlamente der Einzelstaaten, deren „Oberhaus“ nur von Leuten mit mindestens 1000 M. Einkommen aus Grundbesitz gewählt wird, von ihren Befugnissen unter dem Einfluß kapitalistischer Gruppen keinen oder ungenügenden Gebrauch gemacht haben, würde das Bundesparlament, dessen beide Kammern aus demselben demokratischen Wahlrecht beruhen und Arbeitermehrheiten aufweisen, die zu schaffenden Verfassungsbestimmungen auch in die Praxis übertrügen. Es handelt sich dabei um folgendes:

1. Die heute der Bundesgesetzgebung zustehende Befugnis, Gewerbe- und Handelsgesetze zur Regelung des Verkehrs zwischen den Staaten oder mit anderen Ländern zu erlassen, soll von dieser Beschränkung befreit, also auch auf die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Bundesstaaten ausgedehnt werden. Bestehen soll die Beschränkung auch ferner für Staatsbahnen, um die partikularistische Furcht vor Einführung des Bundesbahnsystems zu beruhigen.

2. Die bisher auf ausländische oder Handels- und Finanzgesellschaften mit einem sich über das ganze Bundesgebiet erstreckenden Geschäftsbetrieb beschränkte Aufsichtsbefugnis des Bundes soll auf alle auf Gewinn ausgehenden Gesellschaften ausgedehnt werden. Das Recht der Regelung, Beaufsichtigung, Auflösung soll sich also auch auf die nur für das Gebiet eines Staates gebildeten Gesellschaften solcher Art, also mit Ausschluß religiöser, wohltätiger, wissenschaftlicher u. a. Vereine wie auch der vom Staate oder Kommunalverbänden geschaffenen Körperschaften erstrecken.

3. Anstatt des jetzt bestehenden Rechtes der Vermittelung in Arbeitsstreitigkeiten, die sich über das Gebiet eines Staates hinaus erstrecken, soll der Bund das Recht erhalten, einzugreifen in „Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses und der Arbeitslosigkeit“, einschließl: a) die Bedingungen für Arbeit und Beschäftigung in jedem Gewerbe oder Berufe; b) Rechte und Pflichten von Unternehmern und Arbeitern; c) Streiks und Aussperrungen; d) Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten.

4. Ausdehnung des Vermittelungsrechtes auf Arbeitsstreitigkeiten bei Staatsbahnen. Diese Befugnis des Schiedsgerichtshofs war schon im Schiedsgerichtsgesetz von 1904 ausgesprochen, dann aber vom Höchstgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Dem soll die Verfassungsänderung abhelfen.

5. Regelung von Zuzugs, Vereinigungen oder Kanapolen in bezug auf Erzeugung, Verarbeitung oder Beschaffung von Waren oder Beschaffung von Diensten.

6. Nationalisierung der Monopole: „Wenn beide Häuser des Parlaments in derselben Session mit Mehrheit sämtlicher Mitglieder die Erzeugung, Verarbeitung oder Beschaffung bestimmter Leistungen als Gegenstand eines Monopols erklären, soll das Parlament die Macht haben, Befehle zur Erwerbung dieser Unternehmungen durch den Bund oder nach dessen Vorschritt zu erlassen und die Enteignung alles damit in Verbindung benutzten Eigentums unter gerechten Bedingungen anzuordnen.“ — Ausgenommen sind auch hier wieder die Einzelstaatsbetriebe.

Die Entscheidung über diese Vorlage wird Zeugnis geben, inwieweit die sozialpolitischen und staatssozialistischen Ideen in den letzten zwei Jahren im australischen Volke neuen Boden gewonnen haben. Eine gleichartige Vorlage ist nämlich in der Volksabstimmung vom 26. April 1911 mit der gewaltigen Mehrheit von 657.000 gegen 443.000 Stimmen (61 gegen 30 Proz.) bei einer Beteiligung von nur 45 Proz. der Stimmberechtigten abgelehnt worden. Damals hatten die Kapitalgesellschaften alle Hebel in Bewegung gesetzt und mit einem Aufwand von über 2 Millionen Mark das noch ungenügend aufgeklärte Volk zur Preisgabe seiner eigenen Interessen gebracht, wobei auch die Angst vor einer Uebermacht der Bundesgenossen eine Rolle spielte.

Gewerkschaftliches.

Christliche Agitationsart.

Die Ortsgruppe Düsseldorf des christlichen Zentralverbandes der Bekleber, Fabrics- und Hilfsarbeiter Deutschlands, dessen Name länger ist als seine Mitgliederliste in genannter Stadt, veranstaltete am 9. Februar eine Versammlung. Um den Besuch der Versammlung zu heben und um Mitglieder zu fangen, waren vorher an ausfindig gemachte Adressen mit Kopierschrift hergestellte Einladungen ergangen, die von echt christlicher Agitationsart zeugen. Die Einleitung davon sei hier wiedergegeben:

Lieber Freund und Kollege! Es ist uns bekannt, daß Du bis jetzt den Anschluß an Deine Berufsorganisation noch nicht gefunden hast. Es ist uns ferner bekannt, daß Du auf Grund Deiner Anschauungen nicht zur Sozialdemokratie gehörst und auch nicht dazu gehörest willst.

Wir möchten Dir nun folgendes zu bedenken geben: Auch Du mußt durch die Verhältnisse gezwungen, den Weg zur Organisation früher oder später finden. Findest Du diesen Weg nicht durch Anschluß an die christlich-nationale Gewerkschaft, so wirst Du, wenn auch gegen Deinen Willen, ihn bei der Sozialdemokratie finden. Tausenden ist es so ergangen, die später von ihr schwer mehr loskommen konnten. Du mußt dann Dein Geld und Deinen Namen für eine Bewegung hergeben, von welcher Du überzeugt bist, daß sie nicht einmal Dein Bestes will. Sage uns ja nicht, das kommt bei mir nicht vor. Das haben auch schon Tausende vor Dir gesagt und sind von den Sozialdemokraten dennoch dazu gezwungen worden.

Die hier unterstrichen Stellen sind auch im Original unterstrichen. Das Zirkular soll anscheinend auch noch dem Zweck dienen, Terrorisismaterial gegen die freien Gewerkschaften zu sammeln, denn es mag schon sein, daß mancher Angsthase seine Indifferenz auf diese gewünschte Art zu entschuldigen sich verleiten läßt. Auf christliche Weise scheinen die Christen keine Mitglieder mehr zu bekommen. Ob aber mit dem Schwanken des roten Lappens noch Erfolge erzielt werden, ist sehr zweifelhaft, höchstens haben Scharfmacher und Arbeiterfeinde ihre Freude an solchem Tun. In der Deffektivität erklären die Christlichen und mit ihnen die Zentrumsrepublikaner, gegen Beschränkung der Arbeiterfreiheit zu sein, insgeheim aber drehen sie fleißig den Schleiffstein.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Differenzen mit der Berliner Tischschleiferzunft, Rudolf Werth, Kleine Alexanderstraße, sind noch nicht beigelegt und eruchen wir, alle Arbeitsangebote dieser Firma nach wie vor zurückzuweisen. Die Ortsverwaltung.

Ein Verzweiflungsjahr der Schirmnäherinnen!

Schon des öfteren ist über die Lage der Schirmnäherinnen in Versammlungen und der Presse berichtet worden. Die Lage ist ihre Lage. Die Löhne für Stapelware sind elende. Der Arbeitslohn für billige Ware beträgt per Duzend 1,50 bis 2 M. Zur Fertigstellung ist eine Arbeitszeit von 10-11 Stunden erforderlich. An Unkosten für Material usw. sind 70-80 Pf. zu berechnen, so daß Stundenlöhne von 6-10 Pf. in Frage kommen, und selbst für das bessere Genre erhöhen sich dieselben selten auf mehr als 30 Pf. pro Stunde. Wohl waren die Löhne vor Jahren noch 20-30 Proz. höher, aber den schuldigen Heimarbeitern hat man ihr Einkommen in der jetzigen Zeit der Teuerung noch um obige Sätze verringert. Hinzu kommt, daß für fehlerhafte Ware, Webefehler im Stoff, die erst beim Spinnen hervortreten, die Arbeiterin selbst verantwortlich gemacht wird und gezwungen ist, für die fehlerhaften Teile ohne Entschädigung andere einzulegen, so daß die Arbeiterinnen im Monat tagelange Versäumnisse haben. Eine weitere Schädigung und schwerste Last für die Arbeiterin ist jedoch die Lieferzeit. Jeden Tag muß in den meisten Geschäften geliefert werden, und stundenlanges Warten ist die Regel. Wenn die Arbeiterin früh um 8 Uhr die Wohnung verläßt, ist sie selten vor 1 Uhr wieder in ihrem Heim. Gewöhnlich geht der Arbeiterin dadurch der ganze Vormittag verloren und dann muß bei Nacht die halbe Nacht gearbeitet werden, um die veräumte Zeit wieder einzuholen, gleichgültig ob Gesundheit und Augenlicht hierbei in schwerer Weise geschädigt werden.

Eine Verbesserung der Lage ist äußerst schwierig, da alle Bestrebungen, die Arbeiterinnen in der Organisation zusammenzufassen, bisher nahezu gescheitert sind. Hinzu kommt, daß eine ganze Reihe Elemente in der Branche beschäftigt sind, die niemals zu gewinnen sind. So Beamtenfrauen in großer Zahl, die nun wieder ganze Familien ernähren müssen. Dann auch lichtscheue Elemente, die durch Zwischenmeister ausgebeutet werden. Und derartige Arbeitskräfte werden den anderen Arbeiterinnen gegenüber bevorzugt.

Seitdem nun die Organisationsbestrebungen sich bemerkbar machen, kommt noch der Versuch der Unternehmer, dieselben im Keime zu ersticken, hinzu. Lassen sich doch die Direktionen, denen die Abfertigung der Arbeiterinnen übertragen ist, dazu verleiten, die Näherinnen, die verdächtig sind, organisiert zu sein, in überhebendster Weise zu schikanieren durch überlanges Wartenlassen, Zurückgabe der Arbeit und die häufigere Entlassung bestimmter Näherinnen.

Alles in allem! Vom Unternehmertum eines glänzenden florierenden Gewerbes werden die armen Heimarbeitern in maßloser Weise ausgebeutet und zum Schaden gestellt sich noch der Hohn. Ist doch mehrfach von Unternehmern vor dem Gewerbeamt erklärt worden, den Arbeiterinnen wird nur Arbeit mitgegeben, wenn etwas da ist. Wir haben keine Verpflichtung ihnen gegenüber. Sie können überhaupt froh sein, wenn sie von uns beschäftigt werden.

Die Unternehmer halten es noch für eine Gnade, daß sie die Arbeiterinnen bis aufs Blut ausbeuten.

Um hier Besserung zu schaffen, wäre es dringend notwendig, die Arbeiterinnen, trotz aller Schwierigkeiten, für die Organisation zu gewinnen. Aber hier kann nicht nur die Organisation wirken, nein, alle Genossinnen und Genossen, die mit Arbeiterinnen der Branche Fühlung haben, sollen hier agitatorisch sich betätigen, um diesen elend entlohnten und behandelten Arbeiterinnen den Gedanken der Organisation einzupflanzen, damit endlich auch die Besserung der Lage der Arbeiterinnen in dieser Branche angestrebt werden kann. Man verweise sie an den Deutschen Holzarbeiterverband, Zentral-Kommission für die Schirmindustrie.

Achtung, Töpfer! Die Firma Will Herzog, Linienstr. 205, wird hiermit wegen Umgehung des Lohntarifes gesperrt. In Betracht kommt der Bau in Pantow, Witzstraße. Es darf unter keinen Umständen ein Verbandskollege dort in Arbeit treten, ehe die Sperre aufgehoben wird!

Der Vorstand der Filiale Berlin.

Zur Nachahmung! Von der Berliner Gauleitung des Tabakarbeiter-Verbandes wird uns mitgeteilt: Die Tariffirma Nid. N. A. B. in Finsterwalde hat mit der Gauleitung des Verbandes tariflich festgelegt, daß die bei der Firma beschäftigten Arbeiter unter Fortzahlung des durchschnittlich erzielten Wochenverdienstes in jedem Jahre sechs Tage Ferien erhalten. Was werden die Scharfmacher der Tabakindustrie dazu wohl sagen?

Deutsches Reich.

Organisatorische Konzentrationbestrebungen machen sich in letzter Zeit auch unter den graphischen Arbeitern sehr stark bemerkbar. Das Bestreben des Unternehmertums, das Kampffeld auszubreiten, immer größere Arbeitermassen in einen Kampf hineinzuziehen und die Dauer des Kampfes zu verlängern, hat auch die graphischen Arbeiter veranlaßt, auf eine Verbesserung ihrer Kampf-

stellung durch einen Ausbau ihrer Organisation hinzuwirken. Den letzten Generalversammlungen der verschiedenen graphischen Verbände waren schon Anträge zugegangen, die auf die Gründung eines graphischen Industrieverbandes hingingen. Diese Anträge fanden in allen Verbänden im Prinzip eine Zustimmung. Eingewendet wurde nur, daß sich vorderhand eine Durchführung der Anträge nicht ermöglichen lasse. Der Zusammenlegung der graphischen Verbände stünden gegenwärtig noch zu viel Hindernisse entgegen. Es wurde auf die zu großen Verschiedenheiten in den Vertragsverhältnissen, den weitverstreuten Unterstützungsbedingungen und den weitgehenden Abweichungen in der Gewerkschaftspolitik hingewiesen. Unter den graphischen Arbeitern kam aber dadurch das Streben nach einem engeren organisatorischen Zusammenschluß durchaus nicht zur Ruhe. Daß dies nicht geschah, dafür sorgte schon die weitere Zuspitzung der auf diesen Zusammenschluß hindringenden Verhältnisse. Es sei nur hingewiesen auf den unbefriedigenden Verlauf der letzten großen Bewegung im Stein- und Druckgewerbe, der zum guten Teil durch das Fehlen eines Zusammenarbeitens der verschiedenen graphischen Verbände verschuldet worden ist. Auch die Vorgänge im Buchdruckgewerbe lassen erkennen, daß dort die tarifgegnereischen Heber-Scharfmacher an Einfluß gewinnen und daß diese Scharfmacher selbst vor der Anwendung der frivolen Mittel nicht zurückzusehen würden, um eine große Katastrophe im Buchdruckgewerbe herbeizuführen. Es ist daher erklärlich, daß sich jetzt, wo wieder verschiedene graphische Verbände vor ihren Generalversammlungen stehen, das Streben nach Gründung eines graphischen Industriearbeiterverbandes, den die Unternehmer so sehr fürchten, mit besonderer Stärke bemerkbar macht. Die hannoverschen Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steindrucker haben in ihrer letzten Versammlung nach Anhörung eines Vortrages über „Die Notwendigkeit von Änderungen in der Form und der Taktik der Organisation“ zur Frage des graphischen Industriearbeiterverbandes folgende beachtenswerte Entschlüsse gefaßt:

„Das Streben des kapitalistischen Unternehmertums geht in neuester Zeit dahin, durch einen immer engeren und feineren Zusammenschluß seiner Organisation seine Macht der organisierten Arbeiterschaft gegenüber gewaltig zu steigern und das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verschieben. In welchem Maße durch dieses planmäßige Vorgehen des gesamten Unternehmertums die strategische Stellung verschiedener Gewerkschaften schon verschlechtert worden ist, das zeigt im besonderen recht augenfällig der Ausgang des letzten großen Kampfes im Stein- und Druckgewerbe. Diese für die Gewerkschaften so ungemein unangünstige Verschiebung ihres Kräfteverhältnisses zu den Unternehmern kann nur dadurch wieder ausgeglichen werden, daß es die Arbeiterschaft dem Unternehmertum gleich tut und ihre einzelnen Berufsorganisationen ebenfalls zu großen machtvollen Industrieverbänden zusammenschließt.“

In Erkenntnis dieser Sachlage beschließen die hannoverschen Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, die graphischen Arbeiter im allgemeinen und ihre Verbandskollegen im besonderen aufzufordern, erneut mit dem Aufgebot aller Kräfte für einen Zusammenschluß der verschiedenen graphischen Verbände zu einem Graphischen Bunde zu wirken.

Um die von verschiedenen Seiten erhobenen Einwendungen, daß sich ein solcher Zusammenschluß der einzelnen graphischen Verbände wegen der weitgehenden Verschiedenheiten in ihren inneren Einrichtungen, ihren Kassen- und Beitragsverhältnissen usw. nicht ermöglichen lasse, zu entkräften, empfehlen die hannoverschen Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, den Zusammenschluß auf föderativer Grundlage herbeizuführen, also einen Bund von Verbänden zu bilden, und zwar in der Weise, daß eine gemeinsame Gewerkschaftszentrale gebildet und eine gemeinsame Gewerkschaftsstimme gegründet wird, zu der jeder einzelne Berufsverband einen bestimmten Teil jedes Mitgliedsbeitrages abzuführen hat. Die Erledigung der besonderen verschiedenartigen Unterstützungs-aufgaben, die nicht unmittelbar mit dem Gewerkschaftskampf zusammenhängen, soll den einzelnen beruflichen Unterverbänden überlassen bleiben.“

Tarif- und Lohnbewegungen im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker hat bereits mit zahlreichen Firmen, die nicht dem Unternehmerverbande angehören, Tarife abgeschlossen; der Unternehmerverband ist Gegner einer Tarifpolitik. In mehreren Fällen erstreckten sich diese abgeschlossenen Tarife auf sämtliche Betriebe bestimmter Orte oder Bezirke. Einzeltarife wurden abgeschlossen in Cannstadt, Hamburg, Pforzheim, Stolberg im Rheinland, Ulm, Elberfeld und Eslingen. In den Verträgen wird die Arbeitszeit geregelt, Mindestlöhne werden festgelegt, Ueberstundenzuschläge und sonstige Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt. In einer Reihe von Verträgen sind auch Ferien vorgesehen. — In Leipzig wurde für alle Rotendrucker ein allgemeiner Tarif auf vier Jahre abgeschlossen. Festgelegt wurde die 53stündige Arbeitszeit, Mindestlohn 23 M., steigend bis 29 M. Außerdem sollen die Löhne bis 32,50 M. erhöht werden. Feiertagsbezahlung usw. ist ebenfalls festgelegt.

Differenzen in der Schuhfabrik G. Liebmann (Hassia) in Offenbach a. M. Die Firma, die sehr gut finanziert ist und erst kürzlich einen großen Erweiterungsbau vollendete, sucht außerordentliche Lohnkürzungen vorzunehmen. In einzelnen Branchen hat sie diese bereits durchgeführt, in anderen sind die Abzüge angekündigt. Die Arbeiter, die ihre Vertrauensleute bei der Firma hiergegen vorstellig werden ließen, konnten nichts erreichen. Die Firma beschäftigt etwa 400 Leute, sie fabriziert besonders feine Luxusware. Sie begründet den Abzug mit den schwierigen Geschäftsverhältnissen, den außerordentlich gestiegenen Lederpreisen usw. Die Arbeiter, die zu 95 Proz. organisiert sind, werden sich diese Lohnabzüge nicht gefallen lassen; läßt die Firma von ihrem Vorgehen nicht ab, so ist der Kampf unvermeidlich.

Der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe, Landesverband Elsaß-Lothringen, hat die Tarifverträge mit den Klempnern und Installateuren gekündigt.

Gautarifsverhandlungen im deutschen Malergewerbe.

Am Montag vormittag begannen auch vor dem Gewerbegericht München als Gautarifsamt unter dem Vorsitz des Gerichtsrats Sartorius die Tarifverhandlungen für den Gau IIIa (Bayern und Württemberg). Außer den Gauleitern für Bayern und Württemberg sind noch die Städte München, Nürnberg und Regensburg vertreten, außerdem sind Vertreter der christlichen und kirchlichen Dunderischen Organisationen anwesend. Die Verhandlungen vor dem Gautarifsamt München erstreckten sich über 57 Lohngebiete, darunter 33 bayerische. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte einigte man sich, in eine Generaldiskussion über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im ganzen Gau einzutreten. Die Unternehmervertreter erklärten sich grundsätzlich gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit, waren aber damit einverstanden, wenn dafür kein Lohnausgleich gefordert würde. Dieser Widerspruch wurde von den Vertretern der Arbeiterverbände entsprechend festgenagelt. Nach dem von den Unternehmern im Tarifsamt vorgelegten schriftlichen Angebote wollen diese keine Arbeitszeitverkürzung geben für Ober- und Niederbayern, Schwaben und Oberpfalz und nur für Bafau, Tegernsee, Augsburg und Neumarkt i. O. je 1 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, und zwar nicht allgemein, sondern nur auf die bestehenden Tariflöhne geben. Ebenso bieten die Unternehmer für das Vertragsgebiet Württemberg, und zwar

für die Orte Friedrichshafen, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Stuttgart, Tübingen und Ulm nur eine Stundenlohnerhöhung von 1 Pf. an, während das Angebot für Schwenningen sogar eine Verschlechterung von 2 Pf. bedeutet. Der Vorsitzende des Tarifsamts bezeichnete ein solches Angebot nicht für diskutabel, da es keinerlei Ausgleich bietet für die in den letzten Jahren eingetretenen Teuerungsverhältnisse. Die Arbeitnehmervertreter wiesen auf die Ausführungen des Landesvorstehenden Kampf vom Süddeutschen Maler- und Tüchlermeisterverband, der bei den zentralen Verhandlungen in Berlin bereits 1 Pf. Lohnerhöhung für dieses Jahr und einen weiteren Pfennig für 1914 in Aussicht gestellt habe. Darnach wurde dieses Angebot für den ganzen Gau gemacht, während man heute nur für 4 Orte 1 Pf. Lohnerhöhung gewähren will. Der Gauleiter für Bayern wies daraufhin, daß besonders in Bayern die schlechtesten Löhne vorhanden sind. München mit 54 Pf. Mindestlohn für 20 Jahre alte Gehilfen, 51 Pf. für Gehilfen unter 20 Jahren und 51 Pf. für Anreicher. Mit diesen Löhnen steht München an neunter Stelle in Deutschland. Die Löhne betragen ferner in Bamberg 41 Pf., Bayreuth 40 Pf., Augsburg 45 Pf., Regensburg 45 Pf., Würzburg 43 bzw. 45 Pf. für 20 Jahre alte Gehilfen, für solche unter 20 Jahren wird sogar bis 10 Pf. weniger bezahlt. Wenn die Unternehmer meinen, eine allgemeine Lohnerhöhung könne deshalb nicht gegeben werden, weil diese sonst die minderleistungsfähigen Leute erhalten würden, so sei auch dieses Argument nicht richtig. In Bayern seien 70 Proz. über dem Mindestlohn bezahlt. Diese würden also, wenn die Lohnerhöhung nicht allgemein durchgeführt würde, leer ausgehen. Da bei einer solchen Spannung keinerlei Aussicht geboten war, eine friedliche Einigung zu erzielen, wurden die Parteien von den Unparteiischen aufgefordert, neue Vorschläge zu machen, da die Forderungen und Angebote keine Grundlage zur weiteren Verhandlung bieten. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen setzten hierauf ihre Forderungen wie folgt fest: Im 1. Jahre 6 Pf., im 2. Jahre 3 Pf. Lohnerhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung in der Woche. Die Vertreter der Unternehmer wichen jedoch dabei, daß sie jetzt 1 Pf. Lohnerhöhung und 1914 einen weiteren Pfennig geben wollen. Dieses Angebot wurde als un diskutabel zurückgewiesen. Die Vertreter der Organisationen erklärten darauf, daß sie nunmehr ihre ursprünglichen Forderungen wieder aufrechterhalten werden. Nach dem Gange der Verhandlungen besteht wenig Aussicht, den Lohn und die Arbeitszeit ohne Schiedspruch festlegen zu können.

Ausland.

In den Renault-Automobilwerken zu Billancourt bei Paris sind 4000 Arbeiter in den Streik getreten. Die Arbeiter erklärten, durch ein von der Fabrikleitung eingeführtes Kontrollsystem bei der Handarbeit in ihren Bezügen empfindlich geschädigt zu sein.

Letzte Nachrichten.

Das Geständnis des Mörders Kunschad.

Wien, 12. Februar. (P. C.) Heute wurde das Verhör mit dem Mörder des Abgeordneten Schuhmeier, Kunschad, fortgesetzt. Im Laufe des Verhörs stellte es sich heraus, daß Kunschad, um die Wirkung des Schusses noch größer zu gestalten, das Geschloß, ehe er es in den Lauf führte, nach Art der Dumdumgeschosse behandelte, indem er in die Stahlhülle zwei Querschnitte machte. Das Geschloß ging daher bei Berührung mit dem Kopfe Schuhmeiers in Stücke und zerfiel diesen vollständig; der Tod trat auf der Stelle ein. Kunschad war auf das Attentat bereits seit langem vorbereitet; er zeigt auch nicht die geringste Spur von Reue und ist im Gegenteil befriedigt, daß das Attentat so gut gelungen ist. Das Leichenbegängnis Schuhmeiers findet am Sonntag statt.

Abgewehrter Angriff der Bulgaren.

Wien, 12. Februar. (W. T. B.) Die „Neue freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Der gestern von den Bulgaren erneute Versuch, bei Jeniöf, südwestlich von Derloosee, die Eishatalbahnlinie zu durchbrechen, wurde nach heftigem Kampf streng abgewehrt. Der Geschloßdonner war bis spät abends in den Vororten von Pera hörbar.

Türkische Intervention der Mächte.

London, 12. Februar. (Melbung des Österreichischen Bureaus.) Zwölf Pascha soll vor einigen Tagen um die Intervention der Mächte im Interesse des Friedens ersucht haben. Es wurde ihm geantwortet, daß eine Intervention unmöglich sei, sofern nicht die sofortigen Vorschläge unterbreitete, die annehmbar erschienen. Es ist die Ansicht verbreitet, daß Haffi Pascha der Heberbringer neuer Vorschläge sein wird.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Mexiko City, 12. Februar. (W. T. B.) Vier Stunden lang haben die Bundesstruppen fast ohne Wirkung die Stellungen der Aufständischen beschossen. Diese erwiderten das Feuer lebhaft; ihre schweren Geschütze schleuderten Schrapnells und Vollkugeln in den Mittelpunkt des Geschloßviertels. Die Aufständischen haben ihre Stellung durch Aufpflanzung weiterer Feldgeschütze auf einem Berg ein Gebäude besetzt und etwa 3000 bis 5000 Gefangene aus den Gefängnissen befreit und sie bewaffnet. Die Geschosse haben die großen Gebäude im Zentrum der Stadt schwer beschädigt; auf den Straßen liegen Trümmer, und der Regen aus den Maschinen-gewehren hat gegen die Häuserwände. Die Aufständischen haben zeitweise ihre Geschütze gegen das Gebäude der englischen Gesandtschaft gerichtet und das Feuer der dort zum Schutze aufgestellten Geschütze erwidert. Die Pläne, eine Zusammenkunft der Vertreter der beiden Parteien zu ermöglichen, sind gescheitert.

Vom Automobil des Prinzen Ernst August überfahren.

Karlsruhe, 12. Februar. (W. T. B.) Die Karlsruher Feiertage fanden heute abend leider einen bedauerlichen Abschluß durch einen Unfall, der sich kurz nach 7 Uhr in der Akademiestraße ereignete. Das Automobil des Prinzen Ernst August zu Braunschweig-Lüneburg, in dem der Prinz selbst saß, überfuhr den 16 Jahre alten Lehrling Ludwig Gänger, der beim Spielen mit Kameraden blindlings in das Automobil hineingerannt war. Der Verunglückte trug anscheinend ernste Verletzungen davon und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Zusammenstoß.

Berlin, 12. Februar. (Amtliche Meldung.) Heute mittag gegen 12 Uhr 10 Min. fuhr die von Stadthaus kommende Reersfahrt 9677 bei der Einfahrt in Bahnhof Jäntrath auf eine Rangierlokomotive. Schwere Verletzte wurde der Hilfsbeizer der Rangierlokomotive. Vier Eisenbahnbedienstete erlitten leichtere Verletzungen. Materialschaden ziemlich erheblich. Der Betrieb wurde nur un-erheblich gestört. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Reichstag.

110. Sitzung. Mittwoch, den 12. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Der Wahlrechtsantrag.

Auf der Tagesordnung steht der von den Sozialdemokraten beantragte Gesetzentwurf:

„In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.“

Hg. Weis (Soz.):

Der Antrag, der Ihnen heute wieder unterbreitet wird, ist Ihnen nicht unbekannt und ebenso wenig das, was wir zu seiner Begründung anzuführen haben. Ein Fortschritt in einer Frage ist belamntlich dann festzustellen, wenn man aufhört, die Sache zu diskutieren. So beweist die Tatsache, daß wir immer wieder die alten Fragen vorbringen müssen, und wie wenig Fortschritte es in unserem Vaterlande gibt und wie schwer es ist, für ganz selbstverständliche Forderungen Anerkennung zu erringen. Wenn ich versuchen wollte, Ihnen die Schlechtheiten des preußischen Wahlsystems, auf das es mir als Preußen zunächst ankommt, in einzelnen nachzuweisen, so hieße das wahrhaftig Kanonen auffahren, um nach toten Kägen zu schießen. Vor dem Richterstuhl der Geschichte, der Vernunft und Gerechtigkeit ist dieses System längst verurteilt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem aber lebt dieses Wahlrecht noch als

eine brutale Tatsache

und hat sich sogar im Laufe der Zeit ein so dickes Fell angehäuft, daß es völlig unempfindlich geworden ist gegen alle Pfeile. Auch für das Wahlsystem gilt wie für die Menschen das weise Wort: Ist dein Ruf erst ruiniert, bist du gänzlich ungeriert. (Sehr gut!) Gegen das Dreiklassenwahlrecht kann schlechterdings nichts mehr gesagt werden, was nicht schon längst von aller Welt als unbestreitbare Tatsache anerkannt ist. Auch könnte ich mich über diese Frage nicht schärfer und treffender äußern, als es Bismarck seinerzeit in seinem berühmten Ausspruch getan hat, und ich könnte auch nicht die klassische Prägnanz erreichen, mit der die Begründung der preußischen Wahlrechtsvorlage von 1910 einen integrierenden Bestandteil des preußischen Wahlrechts preisgab, indem sie erklärte: „Das indirekte Wahlverfahren hat sich überlebt.“ Ich erinnere auch an die Thronrede von 1908. Hier findet die Sozialdemokratie in ihrer Bekämpfung des preußischen Wahlrechts eine solche Unterstützung, daß ich mich beinahe wundern muß, in welche Gesellschaft sie gekommen ist. (Heiterkeit.) Aber trotz aller Keulenschläge lebt der Balg noch und zeigt sich zäher als je. Stärker als Vernunft und Gerechtigkeit haben sich ja von jeder die Interessen einer Klasse erwiesen, die auf all' die schönen Dinge pfeift, wenn es gilt, festzuhalten, was sie erhält. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Das preußische Wahlrecht ist gänzlich veraltet und erledigt als Gegenstand der Diskussion und existiert heute nur noch als eine Pachttirage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich haben nicht alle Konservativen so ehrlich wie der Freiherr von Hammerstein offen erklärt, daß sie an diesem Wahlrecht festhalten, weil es den Konservativen vor allem nützlich sei. (Hört! hört!) Da sie das Wahlrecht nicht mehr verteidigen können, verziehen sie das Feld der Diskussion, indem sie unsere positiven Vorschläge zum Gegenstand ihrer Kritik machen, und gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einen Heißzug eröffnen, indem sie behaupten, es sei unmöglich, ein ideales Wahlsystem überhaupt zu schaffen. Philosophen mit bekümmertem Miene behaupten, das allgemeine Wahlrecht führe zur Verrohung, man müsse die Stimmen wägen und nicht zählen und was solche philosophische Originalitäten mehr sind. Es gibt aber keine Reform, die man nicht in derselben Weise unter Hinweis auf die sündhafte Unvollkommenheit aller menschlichen ebenso wie unter Hinweis auf die sündhafte Unvollkommenheit aller menschlichen ebenfalls unter Hinweis auf die sündhafte Unvollkommenheit aller menschlichen erhalten, weil es nach Ansicht jener Philosophen ein allgemein anerkanntes, vollkommenes Wahlrecht nicht gibt, muß man im Dreck der Umwelt stehen bleiben,

weil man nicht in den Himmel fliegen kann? (Sehr gut!) Man spricht vom rohen Kult der Zahl; aber das Wesen jedes Gesetzes ist es, nicht zu individualisieren, sondern zu generalisieren. In diesem Sinne gibt es keine ödere Gleichmacheret als das Grundgesetz der Monarchie. Auch ein Dummkopf kann nach diesem Grundgesetz der monarchistischen Gleichmacheret ein Reich beherrschen,

unumschränkt über Millionen gebieten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Könnte man es zur Not verstehen, wenn auch nicht billigen, wenn ein Teil der Bevölkerung als angeblich unreif von der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ausgeschlossen wird, so ist es jedenfalls der Gipfel des Unrechts, wenn man auch unter den Gleichberechtigten da noch Unterschiede macht und sagt: Ihr dürft zwar alle wählen, aber du hast so viel Stimmen, du so viel und du so viele. Es bleibt immer lächerlich, wenn man versucht, die unendlichen Verschiedenheiten der Individualität, der Bildung usw. in die Zahlen des Einmaleins zu pressen, wenn man sagt: Du verunglücktes Genie hast eine Stimme, du Unteroffizier hast mehr Stimmen und du reichgewordener Bäckermeister hast 40 mal so viel Stimmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sicher ist doch Herr v. Heydebrand zehnmal klüger als viele von seinen Fraktionskollegen. Ich erinnere nur an sein Wort: „Wir sind doch als Preußen hell genug, um zu wissen, daß kein Gesetz, auch kein Wahlgesetz, ewig sein kann. Diese Dinge müssen sich anordnen im wechselnden Fluß unserer ganzen politischen Entwicklung, und die Partei, die nicht anderes für sich hätte, als die formalen Bestimmungen des Wahlgesezes, würde auf die Dauer keinen festen Bestand haben.“ Schon durch diese eine Rede hat Herr v. Heydebrand bewiesen, daß er in der Tat zehnmal klüger ist, als eine große Reihe seiner konservativen Fraktionsfreunde. Wenn er aber in einer Fraktionsrede bei einer fröhlichen Abstimmung erklären würde: Ich bin zehnmal so gesund wie ihr, darum habe ich auch zehn Stimmen, so würden seine konservativen Parteigänger wahrscheinlich glauben, daß bei ihm plötzlich Geisteskrankheit ausgebrochen sei. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Berrücktheit aber, die sofort erkannt wird, wenn so etwas im kleinen Kreise passiert, wird sogar von nationalliberalen Theoretikern als Ausfluß höchster Staatsweisheit geschildert, wenn es sich um größere Zahlen handelt. Wir Sozialdemokraten sagen, was im engeren Kreise Unbequem ist, ist es im größeren Umfange erst recht. Ja, es ist eine Unverschämtheit! Und wir wollen beitragen zur Beseitigung dieser Unverschämtheit, darum fordern wir mit unserem Antrag das gleiche Wahlrecht.

Das allgemeine Wahlrecht fordern wir, weil wir der Ansicht sind, daß auch die Frauen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen. Wir erwarten einen

wohlthätigen Einfluß der Frau im politischen Leben,

insbesondere in der Richtung der Bekämpfung des Lebensmittelpeters und im Sinne der Friedensbewegung. In allen Parteien vollzieht sich jetzt eine gewaltige Wandlung in bezug auf ihre Stellung zur Frauenfrage von den Konservativen angefangen bis zur fortschrittlichen Volkspartei. Die Konservativen, die auf dem Standpunkt stehen, die Frau gehört ins Haus und müsse ferngehalten werden vom Gebiet der Politik, sind den Frauen entgegengekommen bei Gründung des Deutschen Frauenbundes, bei dem Herr v. Liebert Parteigänger hat. Damit haben sie sich in Widerspruch gesetzt mit ihrem Grundsatz: Die Frau gehört ins Haus. Denn der Ausruf zur Gründung des Deutschen Frauenbundes besagt ausdrücklich, daß die Frauen aufgestellt werden sollen über die politischen Tagesfragen, und diese Aufforderung soll erreicht werden in Wort und Schrift über alle politischen, nationalen und sozialen Fragen. (Hört! hört!) An der Entwicklung dieser Organisation haben mitgewirkt die Herren Kreis, v. Oldenburg, v. Liebert und auch Dr. Arndt. Ferner vertrete ich die Herren auf die Erziehung, die sie der gegenwärtig heranwachsenden weiblichen Jugend angedeihen lassen, die wirklich nicht dazu angetan ist, echte holde Weiblichkeit und häusliches Wesen heranzubilden. Geben Sie doch daran, mit Unterstützung von Offizieren aller Grade, vom Unteroffizier bis zum Generalfeldmarschall, in den Pfadfinderkorps des Jungdeutschlandbundes weibliche Abteilungen einzurichten. Ob das eine Erziehung zur Weiblichkeit ist, lasse ich dahingestellt. Vielleicht hoffen Sie, daß wenn die ganze heranwachsende männliche Jugend einmal der Sozialdemokratie mit Haut und Haaren verfallen sollte, sich dann Amazonenkorps bilden, um dem Umsturz zu begegnen. (Große Heiterkeit.) Die Absicht mag ja lässlich sein, aber Erfolg werden Sie nicht haben. Und vor allem stellen Sie sich damit in Widerspruch mit den Grundätzen, die Sie sonst betätigen, und die auch der Kaiser in seiner bekannten Rede in Königsberg doppelt unterstrichen hat: Die Frau gehört ins Haus.

Auch im Zentrum, das in der Emanzipation der Frau einen Verstoß gegen Grundsätze der christlichen Kirche sieht, wonach der Mann der Frau übergeordnet sein soll, gärt es. Auch dort vollziehen sich Wandlungen in den Anschauungen gegenüber der Frauenbewegung. Schon 1909 beschloß der Vertretertag des Bindhorstbundes, jener Organisation, die dazu geschaffen ist, um die Agitatoren für das Zentrum heranzubilden, mit 331 gegen 8 Stimmen die Frauen zur Mitgliedschaft zuzulassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also auch das Zentrum wird sich schließlich mit dem Frauenwahlrecht abfinden. Die Nationalliberalen haben in einem Rundschreiben ihres Zentralvorstandes 1911 ausdrücklich die Hoffnung ausgesprochen,

daß der Heranziehung der Frauen zur politischen Betätigung größere Beachtung geschenkt werde, und daß die Frauen mehr als bisher zur politischen Mitarbeit in national-liberalen Vereinen herangezogen werden. (Hört! hört!) Ebenso stehen die Freisinnigen der politischen Betätigung der Frau gegenüber, wenn auch auf ihrem letzten Parteitage manche Gegenstände in dieser Frage zutage getreten sind. In der Tat ist es das allergrößte Unrecht,

die Frauen noch weiterhin vom politischen Leben auszuschließen. Denken Sie daran, daß acht Millionen Frauen im Erwerbsleben stehen, die an verschiedensten Fragen der Gesetzgebung auf das lebhafteste interessiert sind. Auch das Argument kann nicht zugehen, daß die Frauen der allgemeinen Wehrpflicht nicht unterliegen. Demen gegenüber, die erklären, daß das allgemeine Wahlrecht ein Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht sei, muß betont werden, daß die Wehrpflicht den Frauen mindestens ebenso schwere Lasten auferlegt, und auch im Kriege kann man der Frau nicht entrasten als Samariterinnen und als Desferinnen. Und es ist noch verdienstlicher, Wunden zu heilen, als Wunden zu schlagen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Genau dieselben Gründe, die für unseren Antrag auf Gewährung des Wahlrechts auch an die Frauen sprechen, könnte ich anführen für die Herabsetzung der Altersgrenze auf 20 Jahre. Es besteht kein durchschlagender Grund, das Alter von 25 Jahren als die richtige Grenze anzusehen. Mit 20 Jahren wird man Soldat, mit 21 volljährig, dann ist der junge Mann imstande, eine Familie zu gründen, einen Haushalt zu errichten, ein Geschäft zu führen, er verfügt über Vermögen, aber zum Wählen soll er nicht reif genug sein. Die eingehende Betrachtung dieser Frage führt auf einige besondere Schönheiten der preußischen Verfassung. Ihr § 81 sagt, daß die Mitglieder beider Kammern als Vertreter des ganzen Volkes anzupreisen sind. Zu diesen Vertretern des ganzen Volkes drüben im Herrenhause zählen auch die 18 Jahre alten Prinzen des Königshauses, die ins Herrenhaus nach ihrer Volljährigkeit berufen werden können. Der junge Mann, der im Königschloß geboren ist, ist mit 18 Jahren Vertreter des ganzen Volkes, er hat die notwendige Reife dazu; der nicht mit der Krone geborene ist höchstens reif, als Kanonenfutter sein Leben zu lassen für die heiligsten Güter der Nation. Im Kriege sind auch diese jungen Leute von 18 Jahren nicht mindertwertig, nur im Frieden sind sie unfähig teilzunehmen am politischen Leben des Vaterlandes. Selbst in Ungarn mit seinem sonst so schlechten Wahlrecht sind die jungen Leute mit zwanzig Jahren wahlberechtigt und mit 21 Jahren wählt man in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten und Italien, auch in Bulgarien, Serbien, Rumänien und Griechenland. (Hört! hört!) Sie werden sagen, unser Antrag geht Ihnen zu weit. Dann könnten Sie ihn ja entsprechend amendieren. Wenn Sie ihn aber als Ganzes ablehnen, so ist das nichts, als eine Kurrede, um einer klaren Stellungnahme auszuweichen. (Sehr wahr! h. d. Sozialdemokr.) Die preussische Regierung hat in dem Entwurf von 1910 selbst die direkte Wahl gefordert. Die Unmoral der öffentlichen Wahl ist von den allerbedeutendsten Leuten herbegehoben worden. Ich erinnere die Nationalliberalen an den Ausruf ihrer Partei von 1867, worin Briquet und Valler das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht für

das festeste Bollwerk der Freiheit

erklären, worin sie Preußens Geschichte als eng mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes verknüpft hinstellen und sagen, sie werden sie um so glorievoller erfüllen, je weiter und breiter alle Klassen zur Beteiligung herangezogen werden, das beschränkte Dreiklassenwahlrecht habe sich überlebt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man das liest und Herrn Schiffer vor sich sieht oder an Herrn Friedberg denkt, so könnte man wirklich eine Konsequenz in der nationalliberalen Partei annehmen, nämlich die Konsequenz in der Entwicklung nach rechts. Man könnte da an das Wort Franz Jürglers von dem blassen Hinterlassen der Demokraten denken, das er einmal in einem Gedicht an Vassallo gedachte.

Wir werden wohl wieder das Schauspiel erleben wie vor drei Jahren, daß die Nationalliberalen grundsätzlich eine reichsgesetzliche Regelung der Wahlrechtsfrage für erlaubt erklären, dann aber sagen, sie ist unmöglich. Auch das Zentrum wird ähnlich verfahren. Ich beneide es um seine Kunst, aus dem wohlfortierten Lager seiner Grundätze immer diejenigen herauszufinden, mit deren Hilfe man auf die wichtige Seite fällt. Die Wähler des Zentrums beneide ich allerdings nicht um ihren politischen Scharfblick. Herr Spahn meinte freilich im Jahre 1909, der Reichstag sei in dieser Frage an die Initiative des Bundesrats gebunden. Damit steht er aber im Gegensatz zu Windthorst und so reaktionären Staatsrechtslehrern wie Professor Arndt und Laband. (Hört! hört! h. d. Soz.) In Artikel 4 der Reichsverfassung ist das Staatsbürgerrecht als Gegenstand der Reichsgesetzgebung festgelegt und daraus folgt ohne weiteres, daß das Reich und zwar auf Initiative des Reichstags jederzeit* für die Bundesstaaten eine Ver-

Kleines feuilleton.

Scotts Expedition.

Ihre wissenschaftliche Bedeutung.

Als am 1. April 1912 der Draht vom fernen Neuseeland die Kunde von der Rückkehr der „Terra Nova“, des Schiffes der Britischen Antarktischen Expedition, in die Welt trug, mit der näheren Meldung, daß Kapitän Scott mit vier seiner Begleiter beim Abgang des Schiffes aus dem Winterquartier von seinem Vorstoß zum Südpol noch nicht zurückgewesen sei, doch er jedoch bereits am 3. Januar 1912 87 Grad 33 Minuten südlicher Breite erreicht hätte, da bewaunte man Scotts Mißgeschick. Hatte ihn doch Amundsen in dem Wettrennen zum Südpol geschlagen. Man zweifelte indes nicht, daß es Scott mittlerweile bereits gelungen sein würde, auch seinerseits den Südpol zu erreichen. Diese Vermutung ist dem fähigen Pionier der Südpolarforschung, der auf seiner ersten Expedition (1901 bis 1904) bereits über den 82. Grad hinaus vorgedrungen war und seinen Nachfolgern den Weg besonders durch Entwicklung der Schlitzen- und sonstigen Methoden gebahnt hatte, in der Tat zuteil geworden; aber die Tragik seines Geschicks liegt darin, daß ihn nicht allzuweit von seinem rettenden Winterquartier entfernt das Unheil erreichte, nachdem er bereits zusehends hoffend durfte, gleichfalls als Kolbezwinger heimzukehren. Und doppelt tragisch wirkt der Umstand, daß Scott mit seinen vier Begleitern just in den Tagen den Tod in der weichen, unendlichen Einöde der Antarktis gefunden, da sein Schiff mit frohen und guten Nachrichten von ihm in die Kulturwelt zurückkehrte.

Robert F. Scotts Name wird für alle Zeiten unter denen der zumhöchsten Polarforscher verzeichnet bleiben, die ihren Drang in unbekannte, eiserne Weiten mit ihrem Leben bezahlten mußten. Er ist einweilen der letzte in der großen Reihe, die mit dem holländischen Seefahrer Willem Barren begann, und die durch die Jahrhundertüber Franklin und Andree bis zu Julius Erichsen führt. Und so schmerzlich das traurige Ende Scotts und seiner vier Begleiter auch sein mag, seine mit so großen Hoffnungen unternommene Expedition ist nicht erfolglos gewesen. Man braucht dabei die Erreichung des Südpoles als eine mehr sportliche denn wissenschaftliche Leistung nicht einmal so hoch einzuschätzen; aber auch in geographischer, geologischer, meteorologischer Hinsicht ist von dem wissenschaftlichen Stabe, der mit ihm ausgezogen war, Bemerkenswertes geleistet wor-

den. Der vorher aufgestellte wissenschaftliche Arbeitsplan konnte fast bis in alle Einzelheiten durchgeführt werden. Die automatisch registrierenden meteorologischen Instrumente haben einen fortlaufenden Bericht über den Luftdruck, die Temperatur, die Windgeschwindigkeit und Windrichtung gegeben, alles Feststellungen, die für die Meteorologie der südlichen Halbkugel, vor allem Australiens und Neuseelands, von großer Bedeutung sind. Bemerkenswert ist es, daß an der Hochbarriere bei Kap Crozier die niedrigste, je auf der Erde beobachtete Temperatur mit 77 Grad Celsius unter Null registriert wurde. Auch über die Natur der furchtbaren Schneestürme in der Antarktis, die deren Eigentümlichkeit sind und in solcher Heftigkeit im nördlichen Polargebiet nicht vorkommen, konnten bedeutsame Feststellungen gemacht werden. Die höheren atmosphärischen Zonen sind durch kleine Ballons erforscht worden; spezielle Untersuchungen wurden hinsichtlich der Temperaturverhältnisse in den größeren Höhen vermittelt selbstregistrierender Instrumente vorgenommen. Weiterhin wurden fortlaufende Beobachtungen der erdmagnetischen Verhältnisse, gleichfalls mit Hilfe selbstregistrierender Instrumente vorgenommen. Das Südlicht wurde den ganzen Winter hindurch jede Stunde beobachtet; auch die atmosphärische Elektrizität war erforscht worden; die Eisverhältnisse und die Physiographie bildeten andere Zweige der Beobachtungen. Vom Schiff aus war mit sieben Schleppnetzen erfolgreich die Tiefseefauna erforscht worden; man entdeckte einige neue Protozoenarten und legte eine große Sammlung von Arten der antarktischen Tiefseefauna an. Diese naturgeschichtlichen Forschungen wurden durch kinematographische Aufnahmen wesentlich unterstützt. Es wurden kilometerlange Films aufgenommen, die überaus anschaulich das Treiben der Vögel und der Tiere dieser Regionen erkennen lassen. So wurden z. B. interessante Beobachtungen über das Brutgeschäft der Kaiserpinguine angestellt. Auch sonst wurde jede Warte des Lebens der Robben, der Pinguine und Eisbären durch ausgezeichnete kinematographische Aufnahmen festgelegt, und zum ersten Male gelang es auch, kinematographische Aufnahmen des Totschlagerswalfisches in seinem natürlichen Element zu machen. Selbst während des Winters wurden die tiefseebiologischen Arbeiten nicht eingestellt; durch ein Loch, das in das Eis geschlagen war, versenkte man die Schleppnetze. Diese Arbeiten brachten bemerkenswerte Aufschlüsse über die Parasiten der Robben, der Pinguine und anderer Vögel und sogar der Fische. Schließlich machte man mit Hilfe von Pendelbeobachtungen erfolgreiche Versuche zur Erforschung der Schwerkraft,

Zu diesen bereits im ersten Jahre der Expedition gemachten Untersuchungen kommen nun noch die Ergebnisse der seit dem vergangenen Winter angestellten Untersuchungen, die zweifellos ebenfalls eine Fülle bedeutsamer wissenschaftlicher Resultate gezeitigt haben werden. In erster Linie dürften hier die rein geographischen Feststellungen stehen, die uns nunmehr vermuthlich in den Stand setzen werden, uns ein genaues Bild dieses Teiles der Antarktis, aus dem ja auch Shackleton und Amundsen bedeutungsvolle geographische Ergebnisse mit heimgebracht haben, zu machen. So wird es nunmehr vermuthlich möglich sein, den gewaltigen vulkanischen Gebirgsgang in allen seinen Teilen genau festzulegen, der sich als Ausläufer der Anden gewissermaßen in der Antarktis von Westen nach Osten über den Pol hinweg fortsetzt, und zu dessen Erkenntnis Amundsens Reise bisher am meisten beigetragen hatte. Hinzu kommen weiterhin die noch zu erwartenden geologischen Studien, die durch Teilexpeditionen bereits im ersten Expeditionsjahre sehr gefördert worden waren. Jedenfalls sind Scott und seine Begleiter Silvan, Oates, Powers und Unteroffizier Evans nicht vergeblich auf dem Felde der Forschung geblieben.

Die Ursachen der Katastrophe sind immer noch im Dunkeln. Gerade Scott hat für die Entwicklung der Polarforscher bedeutendes geleistet und gerade er hatte die Vorbereitung des etappenweisen Vorstoßes durch Anlage von Depots vortrefflich geordnet. Auch durch die Dagwissenschaft Amundsens hatte er sich nicht verleiten lassen, sein letztes Vordringen zu beschleunigen. Und so war denn ja auch scheinbar alles gelungen. Freilich war der Verlust der Poms gleich zu Anfang ein harter Schlag, der Verzögerung brachte. Aber im übrigen war die Expedition auch mit Hunden und Automobilschlitten ausgerüstet. Die schlechte Witterung hemmte dann den Rückmarsch und besonders hielt die Verantwortung zweier Mitglieder auf. War es Storöb, der sie enttäuscht hatte? Den letzten Kapitäl, den Scott bezog, vermuthete er nicht mehr zu verlassen, um das wenige Meilen entfernte Depot zu erreichen. Der Sturm machte es unmöglich, das Ziel zu verlassen. Der Mangel an Petroleum und schließlich wohl auch an Nahrung scheint die Katastrophe herbeigeführt zu haben. Aber rätselhaft bleibt es vorläufig doch noch, warum so tauffähige und erprobte Männer so nahe dem Depot, das Rettung bringen mußte, erlogen.

fassung mit gewissen fundamentalen Grund-
sätzen verwirklichen kann. (Lebhaftes Sehr richtig! bei
den Sozialdemokraten.)

Alles, was dem Reichstagswahlrecht, der Reichsreform, der
freiwilligen Entwicklung feindlich ist, konzentriert sich in dem einen
Worte Preußen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemo-
kraten.) Die Verflechtung des Wahlrechts in Sachsen, die
Wahlrechtsverträge in Posen, in Hamburg, jetzt mit
Hilfe der Fortschrittler in Neuchâtel und Schwaburg-
Muhlenberg wären unmöglich gewesen, wenn die Regierung
Preußens die Worte beherzigt hätte, mit denen Wilhelm I. am
25. Juli 1870 in den Krieg zog: „Er hoffe, daß der Krieg
dauernden Frieden bringe und daß aus der blutigen Saat einer
von Gott gesegneten Erde deutsche Freiheit und Einigkeit
sprichende werde.“ Die Sehnsucht nach der Freiheit und die An-
erkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung kam bei den
Hohenzollern immer zum Ausdruck,

wenn sie das Volk brauchten.

Der Krieg brachte die Einheit. Aber an Stelle der Freiheit kam
der Kulturkampf, die Polenunterdrückung, die Ver-
schärfung der Strafgesetznovelle und das fluch-
würdige Sozialistengesetz. Die Herrschenden feiern in
diesem Jahre die Wiedergeburt Preußens, das Jahr des Siegens
aller Kräfte der Nation zur Wiedergewinnung der Hohenzollernschen
Hausmacht. Das Volk wartet noch heute auf den Dank vom
Hause Hohenzollern. Wie nach 1870 die Katholiken und
Sozialdemokraten verfolgt wurden, so damals die deutschen Patrioten.
Friedrich Wilhelm III. hatte am 27. Oktober 1810 versprochen, eine
„Repräsentation zu geben... dadurch wird sich das Band der
Liebe und des Vertrauens zwischen uns und unserem Volke
immer fester knüpfen.“ Am 7. September 1811 wiederholte er diese
Abicht. Am 22. Mai 1815, nach dem Kriege, wurde erklärt, daß
die Sicherheit und die Ordnung in den Eigenschaften des
Regenten gegründet sei, aber trotzdem wurde das Ver-
sprechen der Verfassung wiederholt, „um der preussischen Nation ein
Bund des Vertrauens zu geben.“ Es hieß: „ohne Verlust
soll eine Kommission in Berlin eingesetzt werden, um die Vor-
arbeiten zu erledigen.“ Am 5. Juni 1823 wurde noch einmal
dasselbe befohlen: „Um unseren getreuen Untertanen ein neues
bleibendes Pfand landesväterlicher Huld und
Vertrauens zu geben, sollen Provinzialstände in unserer Monarchie
in Wirksamkeit treten.“ Geblieben ist nichts. Am 3. Februar 1847
erklärte Friedrich Wilhelm IV. diese Angelegenheit „für eine der
wichtigsten Aufgaben des uns von Gott verliehenen könig-
lichen Berufes. So oft die Bedürfnisse des Staates (neue An-
leihen, Einführung neuer, Erhöhung bestehender Steuern) es
erfordern, werden wir die Provinzialstände der Monarchie zu einem
vereinigen Landtag versammeln.“ Fast wörtlich ebenso sprach
Wilhelm II. in der Thronrede vom Jahre 1908: „Ich
erkenne darin eine der wichtigsten Aufgaben“, allerdings der
Gegenwart, während es damals noch des von Gott gegebenen
Vertrauens hieß. Und wie es 1815 hieß, daß die Kommission ohne
Zeitverlust eingesetzt oder arbeiten solle, so hieß es 1908 in der
Thronrede, „mit allem Nachdruck solle die Angelegenheit
betrieben werden“.

Verprechen auf Verprechen, aber keine Tat.

Erst in diesen Tagen hat der Träger der Krone in Königsberg
von den Opfern gesprochen, die das Volk bringen müsse, von den
Banden der Liebe und des Vertrauens sowie der Treue zwischen
Fürst und Volk. In den Wochen der Jubiläumsbegeisterung fielen
wohl manch bitterer Tropfen Vermut, wenn der kaiserliche Redner
seine Rede noch weitere 50 Jahre hätte zurückweisen lassen. Dar-
maße, als sein Ahn Friedrich II. sich wegen der verlorenen Schlacht
bei Munsdorf mit Selbstmordgedanken trug, betätigte sich
der ostpreussische Adel als derselbe Realpolitiker, der er
heute noch ist. Am Geburtstag des Königs, am 24. Jan-
uar 1788, löste der Adel die Milizen auf, ohne jeden
Versuch des Widerstandes gegen die Russen, und die preussischen
Stände ludigten feierlich der Kaiserin Elisabeth
und dem Thronfolger Peter, indem sie dem Hohenzollern-
könig und seinem Hause ebenso oblagten. Es ist ja bekannt, daß
Friedrich II. nach dem siebenjährigen Kriege Ostpreußen nie mehr
betrat, und daß er dem dortigen Adel im Jahre 1781 eine nach-
gesuchte Audienz mit dem Vermerken verweigerte, „daß die ost-
preussischen adeligen Stände sich nur hübsch zurückerrinnern möchten,
wie sie sich im Kriege von 1758 betrogen haben.“ Sie haben keine
Vaterlandsliebe (hörl. hörl. bei den
Sozialdemokraten), mithin können sie nicht verlangen, daß königliche
Majestäts welche vor sie habe“. Dies nur zur Ergänzung der Jubi-
läumsreden in Königsberg.

Die offiziöse Presse bemüht sich gegenwärtig, die Welt zu über-
zeugen, daß die Verlobung der Tochter des Kaisers
mit dem künftigen Herzog von Braunschweig das braun-
schweigische Volk aus freudigster Bewege. Ich wage das zu
beweisen. Braunschweig besitzt bis heute noch ein Wahlrecht, das
sich an reaktionärer Tendenz mit dem preussischen messen kann.
Das wird die Stimmung des Volkes erheblich dämpfen, und man
muß sich immerhin fragen, ob man nicht damit rechnen kann, daß
in das Glodenläuten und in die Palmbegeisterung des
offiziellen Schaugepranges der Einzugsfeier auch der Auf-

des rechtlosen Volkes nach einem freien Wahlrecht erschallt.
Das wäre freilich eine Disharmonie, aber doch nur die einzige
Musik, die die Stimmung des Volkes richtig wiedergibt. (Leb-
haftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Heute noch wartet das Volk auf die Gewährung seiner auf
Schlachtfeldern und in Straßenkämpfen errungenen und ihm wieder
genommenen Rechte. Es wäre zu wünschen, daß der Träger der Krone
in diesem Jubiläumstage sich wieder mehr der Auffassung zuneigt,
die er in der Thronrede vom Jahre 1908 zum Ausdruck brachte.
Aber zu erwarten ist das nicht. Denn auch der Träger
der Krone ist ja nicht und kann nicht sein eine über den Parteien
stehende Macht, er ist nur der

Vollstrecker des Willens der herrschenden Klassen,

die Königl. sind als der König, und die ihm die Einlösung seines
Versprechens aus Gründen der monarchischen Doktrin unterlagen, die
Graf Drexler bereit ist so definiert, daß „die konstitutionelle
Hauptarbeit ins Reich gehört, zur absoluten Monarchie
zurückgeführt und der Adel wieder hergestellt werde.“ Noch deutlicher
läßt er: „Ehe es zur Ausführung eines Planes kommt, der
eine Gewalttat gegen die heiligen Rechte der Krone
in sich schließt, lieber Republik! Besser, eine Krone ruht, als
daß sie geschändet wird.“ Das ist die Logik, mit der das Junker-
tum die Krone zwingt, ihre Interessen wahrzunehmen.
Die herrschenden Klassen trauen sich nicht mehr die Kraft zu,
in allgemeinen Wahlen die Mehrheit des Volkes zu ge-
winnen, sondern wollen das Wahlgeld durch Klassen-, Plural- und
Privilegienysteme korrigieren, oder auch durch Gewaltmaß-
regeln, wie sie Herr v. Kardorff im Abgeordnetenhaus verlangte.
Er und all die anderen sind aber dabei nur Vollstrecker des Herrn
v. Didenburg, der 1905 und noch deutlicher im Dezember 1908
die preussische Auffassung aussprach, als er gegen die süddeutschen
Wahlreformen die preussischen Deputierten aufrief. (Sehr wahr! bei
den Sozialdemokraten.) Die Herren, die das Reich unter Kuratel
Preußens bringen wollen, die die Bundesfürsten zu Vasallen
degradieren wollen, handeln nur nach dem Spitzbüchlein: „Was
euer ist, ist mein! Und was mein ist, geht euch nichts an!“
und wollen ihn zum obersten Rechtsgrundgesetz proklamieren.

Alle diese Angriffe sind im Grunde nichts anderes als

Kämpfe der Herrschenden gegen die aufstrebende Klasse der Arbeiter
und ihre politische Vertreterin, die Sozialdemokratie. Was
ist aus der Zuvorsicht geworden, mit der ein Bismarck der
Sozialdemokratie entgegentrat, als er sagte, er wäre bereit, ihr
eine Probe abzulegen, um ihre Theorien so rasch als möglich
ad absurdum zu führen. Bismarck glaubte wirklich, wenn
die Sozialdemokratie sich praktisch in der Leistung eines
Staatswesens erproben sollte, werde ihre Unzulänglichkeit
zutage treten, und das Volk sich von ihr abwenden. Heute
glaubt das weder Herr v. Bethmann Hollweg, noch die
preussische Regierung oder der Hamburger Senat. Sie
wissen vielmehr, daß die Sozialdemokratie, wenn sie erst einmal
hinzu gekommen ist, nicht wieder hinunter zu bekommen
ist. Darin liegt eine ehrenvolle Anerkennung und Rücksicht und
Ausführbarkeit unserer Ideen, zugleich aber auch die Anerkennung,
daß von der Herrschaft der Sozialdemokratie nicht das Volk Schaden
zu befürchten hat, sondern die herrschenden Klassen eine un-
bequeme Aenderung ihrer angenehmen Lage befürchten. Darum die
Furcht vor dem allgemeinen Wahlrecht. (Sehr wahr! b. d. Sozialdem.)
Dabei kann in Preußen meine Partei durchaus noch nicht auf die
Mehrheit der Bevölkerung rechnen. Das gleiche Wahlrecht würde in
Preußen nur eine ähnliche Gruppierung ergeben, wie
hier im Reichstag. Die Gegner des gleichen Wahlrechts
rechnen aber offenbar mit einer gewaltigen Stimmenzunahme der
Sozialdemokratie, sie haben ehrenvolles Vertrauen zur sieghaften
Kraft unserer Propaganda. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
Diesem Gegner möchte ich zurufen: Habt doch ein gotteswilliges
ein wenig mehr Courage. Kämpft doch auf dem Boden
des gleichen Wahlrechts, und wenn Ihr verliert, wird
die Welt auch nicht darüber zugrunde gehen. Sogar der Reichs-
kanzler sollte uns dankbar sein, wenn die Dissonanzen mit
Preußen durch uns beseitigt werden.

Graf Posadowski hat diese Dissonanzen als Staatssekretär
anerkannt, weil sowohl die Majorität im Reichstage als auch die im
Landtage Einspruch auf die Regierung aussenden will. Da wird auch
ein Stärkerer zittern als der gegenwärtige Reichskanzler, zumal,
wenn dieselben Parteien in den verschiedenen Parlamenten ver-
schiedene politische Ansichten vertreten. (Sehr wahr! bei den Sozial-
demokraten.) Den so entstehenden Anforderungen gerecht zu werden,
dazu genügt nicht mehr die bekannte Rhinocerushaut des
Fürsten Bismarck, dazu muß man die Eigenschaften eines
Chamäleon haben. Das Dreiklassenwahlrecht ist nicht nur ein Unrecht
und ein Unfug, es ist auch eine politische Katastrophe, für die Re-
gierung selbst und für alle Parteien, mit Ausnahme der konservativen.
Eine Aenderung auf gleichem Wege ist nur möglich, wenn die
nationalliberale Partei ihren Widerstand aufgeben wird; aber statt
eines allgemeinen Aufmarsches gegen rechts, sehen wir einen

Allgemeinen Aufmarsch gegen links.

Die Sozialdemokratie geht im Wahlkampf einer Isolierung ent-
gegen, die ihr als Partei sehr nützlich wird, aber der Sache der Wahl-
reform großen Schaden zufügt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo-
kraten.) Die Angst vor der Polizei, die Angst vor dem Tero-

rismus der Rechten, die Angst vor den Philistern bei
den eigenen Parteigenossen treibt die Liberalen herdenweise ins
Lager der Rechten. Dadurch nützen sie uns, denn die Isolierung
hat uns noch immer genützt, aber sie schädigen die Sache
der Wahlreform und beseitigen den letzten Schein von
Hoffnung, daß in Preußen auf dem Wege ruhiger innerer Geleg-
gebung ein Fortschritt erreichbar ist. In dieser Situation halten wir
es für unsere Pflicht, alle Möglichkeiten einer geist-
lichen Weiterentwicklung zu erschöpfen, indem wir
den deutschen Reichstag auffordern, dem politischen Konflikt in Preußen
und anderen Bundesstaaten ein Ende zu machen, freilich nicht auf
dem Wege des Antrages Pachniz, der seinerlei Richtlinien für
die Wahl der Volksvertretung gibt. Wir erfüllen diese Pflicht, um
mit ruhigem Gewissen der Zukunft entgegenzusehen zu können. Wir
sind friedliche Leute (Lachen rechts). Sehr wahr! bei den Sozial-
demokraten), wir sind Fanatiker der Gewaltlosig-
keit (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), wir sind
unverbesserliche Optimisten in der Hoffnung auf die
geleglich geordnete Erfüllung unserer reif und überreif gewordenen
Forderung. Was aber sollen wir jenen Leuten entgegen, die uns
sagen: Ihr seht doch, daß auf geistlichem Wege nichts zu erreichen
ist, der König hält sein Wort nicht, die Regierung
bleibt passiv, die bürgerlichen Parteien sind
teils unwillig, teils ohnmächtig, und die Reichs-
gesetzgebung verlagert. Wie sollen wir die naheliegenden Schluß-
folgerungen überlegen, die sich aus solchen Voraussetzungen ergeben.
Sie sagen vielleicht: die praktische Verwirklichung dieser Forderungen
wäre ein Unglück für das Staatsganze und vielleicht auch für meine Partei.
Ich beitrete das nicht, aber gerade um dieses Unglück zu verhindern
durch eine weit vorausschauende Politik, haben wir unseren Antrag
eingebraut. Sie ahnen ja gar nicht, welche Summe von Haß
und Erbitterung in den Massen aufgespeichert ist,
nur ein Polizeihirn kann glauben, daß dieser Haß und diese Er-
bitterung eine Folge sozialdemokratischer Verheerung ist. Die Massen
wollen sich nicht mehr als Sklaven behandeln lassen, sie
verlangen ihren Anteil an den Rechten des Staates und der Ge-
sellschaft. Dieser Bewegung den weiten Spielraum zu öffnen,
das wäre wahrhaft konservativ und staatsverhaltend. Sie ihr mit
brutaler Gewalt entgegenzusehen, heißt den Grundsatz betätigen:
Nach und die Einstufung.

Auf die Dauer können Sie nicht über ein Volk regieren, das
an Gerechtigkeit nicht mehr glaubt, das Ihre Versprechungen ver-
lacht, das Sie haßt und Ihnen mißtraut.

Was man die äußere Ordnung nennt, könnten Sie vielleicht noch
lange Zeit aufrecht erhalten; aber dieser Zustand wird krank durch
und durch, dieses Regiment wird morsch sein, und die schwere
Rebens- und Wartzeit, die sie über das Volk verhängen, muß eines
Tages zu Ihrem Schrecken ein Ende nehmen.

Darum warnen wir, darum raten wir, darum bitten wir:
Nehmen Sie unseren Antrag an! Aber mögen Sie beschließen, was
Sie wollen, unser Ausbleiben verändert, an dem Erfolg unserer
Sache verzweifeln wir nicht. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozial-
demokraten.) Mögen Sie auch nicht an die Macht der Masse
glauben, wir fühlen sie, sie steht hinter uns, sie treibt
uns vorwärts, sie hat trotz aller Verfolgung unsere Partei
zur stärksten im Reiche emporgehoben, sie wird endlich auch dieser
Forderung zum Siege verhelfen. Wir werden, davon sind wir fest
überzeugt, dafür sprechen die Lehren der Geschichte, dafür sprechen
die Erfahrungen der Länder aller Welt — wir werden zu unserem
Ziel gelangen, und nur darüber haben Sie zu entscheiden, ob wir
dahin gelangen mit Ihnen oder über Sie! (Lebhafter Beifall
bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich beschränke mich auf die Erklärung,
die Graf Dompesh für uns schon zweimal abgegeben hat. Wir
halten an der Auffassung fest, daß die Befreiung des Wahlrechts in
den Einzelstaaten zu deren Unabhängigkeit gehört
und der Befreiung im Reiche entgegen ist. Kaderereits bringt
die Entwicklung immer deutlicher die Tatsache zum Bewußtsein,
daß das Wohl und Wehe des Deutschen Reichs von einer harmo-
nischen Gestaltung des Verfassungslbens nicht
zu trennen ist. In einem Staat der allgemeinen Schul-
pflicht und Wehrpflicht ist es ein Widerspruch, wenn einzelne
Teile der Bevölkerung von einer wirksamen verfassungs-
mäßigen Vertretung ihrer Rechte und Interessen ausgeschlossen
sind. Was das Reich seinen Bürgern gewährt hat, wird
auch in den Einzelstaaten bewilligt werden müssen. Dieser
Widerspruch wird um so peinlicher empfunden, je länger er aufrecht
erhalten wird. Er ist dem Staatswohl nicht entsprechend, sondern
schädlich. Aber eine Frage von solcher Bedeutung kann eine be-
friedigende Lösung nur finden, wenn sie in Zeiten des Friedens in
Angriff genommen wird. Nach der Reichsverfassung ist der Reichs-
tag nicht in der Lage, hier die Initiative zu ergreifen. Wenn aber
die Regierung dem Reichstag einen Entwurf zugehen läßt, der eine
Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches vorschlägt, so sind wir
bereit, ihm unsere Zustimmung zu geben.

Abg. Baffermann (nat.): Auch wir haben keine Ver-
anlassung, von unserer Auffassung abzugehen. Wir erkennen
dem Reiche das Recht zu, für jeden Einzelstaat eine aus Wahlen
der Bevölkerung hervorgehende Vertretung zu verlangen. Darüber
hinausgehen und die Einzelheiten einer solchen Verfassungsreform
vorfalszulegen, lehnen wir bis bisher ab.

Abg. Graf Kanitz (L.): Der Antrag verstößt gegen die Grund-
lagen der Reichsverfassung. Die Regelung der inneren
Verfassung der Bundesstaaten ist nicht der Reichsgesetzgebung über-
tragen worden. Sie würde nicht ihr übertragen werden können,
ohne die Souveränität der Einzelstaaten zu berühren und dadurch
den bundesstaatlichen Charakter des Reiches ins Wanken zu bringen.
Letzteres entspricht den Bestrebungen der Sozialdemokraten, das
Reich in einen Einheitsstaat auf demokratischer
Grundlage zu verwandeln. Der Antrag stellt nur ein Glied in
der Kette dar, auf diesem Gebiet weiterzukommen. Wir erheben
gegen diese fortgesetzte Verletzung unserer Verfassung
Einspruch. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen es
grundsätzlich ab, uns an der Erörterung zu beteiligen, weil der
Reichstag durch eine solche Erörterung seine Zuständigkeit über-
schreitet. (Beifall rechts, erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopp (Op.): Die Zustände in Mecklenburg und das
Wahlrecht in Preußen sind in der Tat unhaltbar. Früher hat
auch das Zentrum als Mindestforderung ein geheimes und
direktes Wahlrecht für alle Bundesstaaten bezeichnet. Aber das war
in der guten alten Zeit! Wir aber haben uns nicht gewandelt und
sehen noch heute auf diesem früheren Standpunkt des Zentrums.
In Süddeutschland sind unsere Forderungen im wesentlichen
erfüllt, nur Preußen ist noch rückständig. Der Redner beipflichtet die
bekanntesten Debatten im Abgeordnetenhaus: Wir protestieren
dagegen, daß sich das preussische Parlament in dieser
Weise in Reichsangelegenheiten einmischt. Herr von
Kardorff hat den Wunsch ausgesprochen, daß Dr. Del-
brück der junge Mann des Herrn v. Dölling sein
möchte. So schlägt ein königlicher Landrat und preussischer
Abgeordneter die Autorität der Reichsregierung! Nach unserer An-
sicht genügt das preussische Wahlrecht den Mindestforderungen, die
das Reich in seinem eigenen Interesse stellen muß, längst nicht
mehr. Trotzdem können wir dem sozialdemokratischen Antrag in
dieser Form nicht zustimmen. Er verlangt das Wahlrecht auch
für Frauen. Aber wir sind Fortschrittler und glauben, daß
die Entwicklung auf diesem Gebiet (schrittweise und nicht
sprunghaft) vor sich geht. Die verbrecherische Tätigkeit der
Suffragetten hat auch gerade nicht die Sympathien für das Frauen-
wahlrecht erhöht. Und dann das Wahlrecht für jugend-
liche. Viele jungen Leute gehen in diesem Alter noch zur Schule
und Schüler dürfen nicht wählen. Die übertriebenen Forderungen
der Sozialdemokraten gefährden auch in diesem Fall wieder
einmal den berechtigten Kern, der in dem Antrag steht. Wir
können nur für den ersten Satz des Antrages stimmen. (Bravo
links.)

Die patriotische Heberschwemme. Aus Paris wird uns ge-
schrieben: Das Pariser Theatergeschäft handelt jetzt hauptsächlich
mit dem Mittel Patriotismus. Seit dem „Coup von Agadir“ ist er in
steigender Aufnahme. Derzeit bieten ihn von den großen Theatern
die folgenden aus: Porta Saint-Martin („La Flamme“ von
Henri Kistemäcker, der einstmalig anders konnte), Ambigu
(„Coeur de Francaise“ von dem weniger literarischen Bernède
und Kristide Bruant, dem Varden der Wpachenheit, ehemaligen
Chat-Noir-Mannes und jetzigem Scaudliteraturfabrikanten), Theater
Najasse („Affaire“ vom Sensationsprofessionisten Bourou), Sarah
Bernhardt („Serris“ vom Dichterdichter und Labemiler Labedau).
Dabei ist eine Entwicklung unterkennbar. In dem älteren Stück
Kistemäcker wird das Umbringen eines Spions — natürlich eines
ausländischen — sichtlich gerechtfertigt, in der nagelneuen Dichtung
des Herrn Labedau ist der Spion ein Heros — allerdings der Spion
für Frankreich. Wo alles das Vaterland liebt, kann aber auch
Henry Bernstein nicht lassen. Er ist ehemals, als der
Anarchismus in den Salons Mode war, dabongelassen, als er in
die Kaserne einrückte sollte und dafür haben die „Camelots du roi“
vor zwei Jahren an ihm mit Peisen und Hauschlüsseln grimmige
Rache genommen. Er aber wollte seine tändige Reue beweisen und
beschloß, sich erstens nachträglich zu stellen und zweitens Frankreich
ein patriotisches Stück zu schenken. Das erste hat er unter dem
Beistand der erforderlichen Reklamephographen ohne größere Be-
schwerden absolviert. Das zweite bereitet sich vor. Die „Confes-
sions Parisiens“ werden nächstens Bernsteins „Le Secret“ aufführen.
Der Autor ist vom heiligen Geist des Patriotismus befeuert worden
und flüstert allen Reportern das süße Geheimnis ins Ohr.

Zwei Arten von Bücherliebhabern. Wie die kapitalistische
Klassenbildung auch den Charakter in unerwünschter Weise be-
einflußt, das wurde an einem interessanten Beispiel in der kürzlich
in Berlin stattgefundenen Konferenz Berliner Arbeiterbibliothekare
gezeigt.

Die Arbeiter lesen Bücher, um sich in den Geist unserer großen
Denker und Dichter zu vertiefen. In dieser Absicht bemühen sie die
Bildungsfaktoren, die von privaten oder öffentlichen Körperschaften
errichtet wurden. Anders die Angehörigen der sogenannten gebildeten
Stände. Manche von ihnen verbinden den idealen Zweck des Bücher-
studiums mit einem eminent praktischen. Sie nehmen die Bücher
nach beendeten Studium gleich mit nach Hause! Natürlich, ohne
daß der Bibliothekar davon etwas weiß.

Es zeigt sich hier, wie durch Zugehörigkeit zur besitzenden Klasse
Zügel und Denken beeinflusst werden. Der vorherrschende, hart
ausgeprägten Eigentumsinn läßt die Bücherliebhaberei in Biblio-
manie ausarten. —

In der einleitend angeführten Konferenz wurde festgestellt,
daß im Lesesaal der „Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle“ —
einer Stiftung des Genossen Hugo Heimann —, während der
13 Jahre ihres Bestehens 2 Bücher entwendet wurden. Aus dem
Lesesaal der königlichen Bibliothek dagegen, zu der man nur nach
ausreichender Legitimation Zutritt erhält, verschwanden allein im
letzten Jahre 188 Bücher auf Rimmerwiedersehen!

Während die Heimannsche Bibliothek fast ausschließlich von Ar-
beitern benutzt wird, die ohne jede Legitimation den Lesesaal be-
treten dürfen, rekrutiert sich das Lesepublikum der königlichen
Bibliothek fast nur aus Studenten, Gelehrten, Beamten usw.

Notizen.

Theaterchronik. Die Direktion des Deutschen
Schauspielhauses hat ihren Vertrag mit der Freien
Volkstheater bis Mitte Mai verlängert. An den Montagabenden
und den Sonntagabenden geht Harbts Schauspiel „Der
Kampf ums Rosenrot“ für die Volkstheater in Szene,
während an allen übrigen Abenden der Wode Sobermanns
„Guter Ruf“ zur Aufführung gelangt.

Ein „Freischuß“ ohne Damen. Im Regens-
burger Meritalkeminar wurde zum Fasching Webers „Freischuß“
aufgeführt, aber — ohne Damen. Der Regensburger des Meritalken
„Regensb. Anz.“ freut sich ganz riesig, daß man im bischöflichen
Seminar in das „Atrium der sublimen dramatischen Kunst“ ein-
getreten ist, „natürlich“ ohne Damen; obwohl damit das schöne
Lied „Wir wenden dir den Jungfernkranz“ nicht genügend zur
Weltung gelangen sein dürfte. Er schwärmt von der Aufführung
und sagt: daß die „hochphantastische Impulsion“ so exakt und sicher
herausgearbeitet war, daß man „nichts mehr darüber hinaus wün-
schen“ konnte. — Wie sollte man auch.

Ein Denkmal für Otto Ludwig wurde in Dres-
den auf der Grabstätte des Dichters enthüllt. Es ist ein Gedenk-
stein, den Reichler Adolf Hilbrand mit einem Relief geschmückt hat.

Den „Böhlern“ ins Stammbuch. Die der
öffentlichen Wohltätigkeit vom „Berliner Tageblatt“ mit dem Erfolg
von 11,05 M. unterbreitete Diäteten Elise Vasker-Schüler
beschwert sich in diesem Blatte über die Art und Weise der Sam-
mlung. „Es handelt sich“, schreibt sie, „weniger um mich als um
meinen Anaben, dem ich dieses Opfer, das größte meines Lebens,
bringe, indem ich meine Hände streide. Wie man mich jedoch in
einigen Zeitungen zu Markte trägt, empört mich aufs grenzenloseste;
ich danke für bergleichen bettelnde Wohltaten.“

Abg. Seyda (Volk): Der Reichstag ist kompetent. Dem Grundgedanken des Antrages stehen wir sympathisch gegenüber. Das Ausnahmewort gegen uns ist in Preußen nur möglich, weil dort ein solches Wahlrecht besteht. Die Ausfichten über das Frauenwahlrecht und über das Alter, mit dem das Wahlrecht zu beginnen hat, sind bei uns geteilt.

Abg. Martin-Deis (Sp.): Der Antrag widerspricht dem föderalistischen Charakter des Reichs und wir lehnen es ab, auf seine maßlosen Forderungen in einzelnen überhaup eingugehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Burckhardt (Wirtsh. Bg.): Wir stehen auf demselben Standpunkt, obwohl wir im Abgeordnetenhaus überhaupt unvertreten sind und den Wunsch haben, dort vertreten zu sein. Der Antrag dient nur Agitationszwecken. Wir hätten in Preußen längst ein vernünftiges Wahlrecht, wenn es keine Sozialdemokratie, sondern nur eine kritisch-nationale Arbeiterbewegung gäbe. (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die erste Lesung. Da ein Antrag auf Kommissionsberatung nicht vorliegt, wird sofort in die zweite Lesung eingetreten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die gähnende Leere auf den Regierungsbänken und auf der Rechten ist ein Beweis für die Notwendigkeit dieser Debatte und unseres Antrages, der den gegenwärtigen schmachvollen politischen Zuständen in Preußen ein Ende machen soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Großer Lärm rechts. — Zurufe rechts: Schmachvoll!) Wir erleben ja immer dasselbe Bild. (Zerstreute Zurufe rechts: Schmachvoll!)

Vizepräsident Dove: Ich bitte, die Zulässigkeit dieses Ausdrucks nicht weiter zu bezweifeln. Auf Personen angewendet, würde ich ihn rügen. Aber auf Zustände angewendet, unterliegt er nicht meiner Kritik. (Lebhaftes Bravo! links. — Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wie immer werden Kompetenzbedenken vorgebracht. Am unverständlichsten ist die Haltung des Zentrums. Wenn die Regierung einen Entwurf vorlegt, will das Zentrum ihm zustimmen. Als ob der Reichstag nicht dieselbe gesetzgebende Initiative hätte, wie die Regierung. (Sehr richtig! links.) Die Haltung der Rechten ist auch höchst sonderbar. Man denke nur an Schwarzburg-Rudolstadt. Die dortige Regierung hat beim Staatsrechtslehrer Laband ein Gutachten eingeholt und Laband hat erklärt, daß gegebenenfalls, wenn die Regierung mit dem Landtag nicht regieren kann, die Exekutive des Reiches einschreiten und die Regierung dort auch ohne Budget regieren könnte. (Lebhaftes Hört! links.) Dieses Gutachten ist in der gesamten konservativen Presse mit Begeisterung begrüßt worden. (Hört! links.) Jetzt aber soll auf einmal das Reich nicht das Recht haben, ein Gesetz, wie wir es vorgeschlagen haben, zu erlassen. So geht die Logik zum Teufel, wenn man nur seine

barbarischen Gewaltinstänke

dem Volke gegenüber durchsetzen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Ich glaube, wenn es sich darum handeln würde, von Reich wegen gegen Württemberg, Baden, Bayern oder Hessen vorzugehen, so würde sich die Rechte auch nicht so sehr wehren. (Sehr wahr! links.) Aber jetzt wird Peter und Paulus geschrien, weil es sich um das geliebte Preußen handelt und um Mecklenburg mit dem Ochsenkopf im Wappen. (Weiterkeit links.) Nicht aus juristischen Gründen, sondern aus politischen Gründen wird unser Antrag verworfen. Im übrigen haben die Herren auf der Rechten sich wirklich niemals an das formale Recht gehalten. Wenn sie nur ihre Forderungen durchsetzen, auf ein bißchen mehr oder weniger Gewalt kam es nicht an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre juristischen Bedenken glauben wir Ihnen allen nicht, auch dem Zentrum nicht. Diese juristischen Bedenken werden nur vorgeschoben als Wandschirme, hinter denen man ungestörter seinen politischen Intrigen nachgehen kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Ihnen unser Antrag im allgemeinen nicht behagt, weshalb bringen Sie nicht Amendements ein. Aber das tun Sie nicht, Sie wollen nicht, daß sich auf unseren Antrag eine Mehrheit vereinigt. Wenn das Zentrum wollte, es könnte ebenso mit den Mitteln der stärksten Demagogie und der politischen Intrigue vorgehen wie beim Jesuitengeseß. (Großer Lärm im Zentrum.)

Vizepräsident Dove: Sie sprechen doch nicht etwa von Mitgliedern dieses Hauses?

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Selbstverständlich nicht. (Stürmisches Weiterkeit.) Ich denke an die Oberen des Jesuitenordens und an die Herren, die jenseits der Alpen sitzen. (Lachen im Zentrum.) Beim Enteignungsgesetz war nach Ansicht des Zentrums der Reichstag zuständig. Da lag ihm daran, eine Mehrheit hier zu bekommen, da wollte es sich an der Regierung reiben. Aber hier liegt dem Zentrum nichts an dieser Mehrheit, weil es eben eine Wahlrechtsreform ernstlich nicht will. (Widerpruch im Zentrum.) In den Akten des Abgeordnetenhauses ist dokumentarisch festgelegt, wie weit das Zentrum im Volksrat gegangen ist, nur weil es in den Armen der Konservativen lag und mit ihnen Brüderlichkeit getrunken hatte zu dem Zweck, gemeinsam das Volk über den Pöbel zu barbieren. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Unruhe rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Dove: Diese Worte können sich aber nur auf Mitglieder des Hauses beziehen. (Stürmisches Weiterkeit links.)

Abg. Dr. Liebknecht:

Oh nein! (Weiterkeit.) Die Sünden, die das Zentrum damals im Abgeordnetenhaus begangen hat, werden unvergessen bleiben, und diesen politischen Sünden wird auch die gerechte Sühne folgen. Es hätte sich im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für den freisinnigen Wahlrechtsantrag auf geheimes und direktes Wahlrecht gefunden, wenn das Zentrum nicht

mehrere Duzend seiner Abgeordneten abkommandiert

hätte. (Stürmisches Hört! hört! links.) Wenn das Zentrum auch die entscheidende Schuld dafür trägt, daß der freisinnige Wahlrechtsantrag zu Fall kam, die Nationalliberalen haben nicht viel besser gehandelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein offenes Geheimnis, daß eine Reihe national-liberaler Abgeordneter während der Abstimmung über den Wahlrechtsantrag wohl im Haus, aber nicht im Saal waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor einigen Tagen hat im Abgeordnetenhaus der Zentrumsabgeordnete Gronowski erklärt, das Zentrum sei mindestens für das geheime und direkte Wahlrecht. Das heißt mit anderen Worten, daß das Zentrum nicht mehr als das geheime und direkte Wahlrecht für Preußen verlangt. (Widerpruch im Zentrum.) Wenn man in solchen grundsätzlichen Fragen in einer Debatte, in der die Grundzüge der Parteien niedergelegt werden sollen, erklärt, daß man mindestens das geheime und direkte Wahlrecht haben will, so meint man damit, daß man darüber hinaus keine ernstlichen Forderungen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerpruch im Zentrum.) Der Abg. Gronowski hat dieselbe nicht aus dem Munde, wohl aber aus dem Herzen des Zentrums heraus geredet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die freikonserervative Partei wollte, wie die Herren v. Redlig und v. Kardorff im vorigen Jahre unter dem schmerzhaften Eindruck der erlittenen Prügel sagten, aus der Niederlage lernen. Aber sie war ja von je die rückwärtslose Vertreterin der mechanistischen Staatsauffassung und der Unterdrückung der Volksmassen, sie wollte in Preußen auch noch die Drittstellung der Unwählbaren bewahren, die einzige Bestimmung, die es ermöglicht, daß in durch und durch proletarischen Bezirken die Volksmassen sich Gehör verschaffen können. Hand in Hand mit den Nationalliberalen ließen die Freikonserverativen dagegen Sturm. Wenn man daran denkt, so weiß man, was hinter den formellen Erklärungen steckt, mit denen sie sich den Vätern zu decken suchen. Herr v. Redlig forderte eine Reform des kommunalen

Wahlrechts dahin, daß überall das „alle bewährte Dreiklassenwahlrecht“ eingeführt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Partei arbeitet also systematisch auf die weitere Enttötung des Volkes hin. Und die nennt sich Reichspartei. Eigentlich ist es keine Partei, sondern nur eine kleine Koterrie, und wir erwähnen sie nur, weil sie uns die besten Objekte zur Demonstration der Rückständigkeit in Preußen bietet. (Weiterkeit.) Hr

Sturm im Abgeordnetenhaus gegen den Reichstag

ist ein Vorgang von historischer Bedeutung. Im vorigen Jahre hat sich der Justizminister v. Beseler daran beteiligt, in diesem Jahre Herr v. Dallwig. Und die Konservativen, die beständig gegen das Reich liegen, bestreiten dem Reich das Recht, sich um Preußen zu kümmern. Wo es sich darum handelt, Volksrechte zu verkürzen und zu verkleinern, hält das Abgeordnetenhaus sich für kompetent, einzugreifen. Der Erweiterung der Volksrechte steht es sämterleiten entgegen. Haben wir es doch erlebt, daß süddeutschen Staaten wegen der Verbesserung des Wahlrechts mit preussischer Gewalt gedroht wurde. Das ist ein ungläubiger Mangel an Verschämtheit. (Große Weiterkeit und sehr gut! Präsident Kaempf bittet den Redner, sich zu mahigen.)

Auf die Dauer kann Preußen nicht eine durchaus andere Verfassung haben, wie das Reich. Die Spannung zwischen Preußen und dem Reich ist ganz untragbar geworden. Die Sozialdemokraten haben dort noch nicht den zwanzigsten Teil des parlamentarischen Einflusses wie hier. (Abg. Schulz (Sp.): Gott-leidlich!) Auf die Dauer ist das unhaltbar und diese Unhaltbarkeit ist klar hervorgetreten durch die arthrogante Art, mit der Herr v. Kardorff in der Art eines Grandseigneurs gegen das Reich auftrat. (Präsident Kaempf bittet den Redner, sich zu mahigen.)

Ich will gern zurücknehmen, daß Herr v. Kardorff wie ein Grandseigneur aufgetreten ist. (Große Weiterkeit.) Das junkerliche Preußen kann mit dem Reich zugleich nicht auf die Dauer bestehen, hier gibt es kein „sowohl — als auch“, sondern nur ein „entweder — oder“. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sie möchten dem Volk das Wahlrecht nehmen, aber das Wahlrecht lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie möchten die preussische Polizei in den Reichstag einziehen lassen. Sie stärken die preussischen Finanzen, um der Erbschaftsteuer im Reich entgegenzutreten zu können. Die Politik der Sozialdemokratie geht dahin,

das Junkerpreußen zu zertrümmern und ein freies Preußen zu schaffen.

(Große Unruhe rechts. Präsident Kaempf: Ich kann nicht zugeben, daß Sie einer Partei dieses Hauses vorwerfen, sie wolle das Reich zertrümmern. Stürmisches Weiterkeit.) Wir wollen — selbstverständlich bittlich — mit allen Mitteln das junkerliche Preußen zertrümmern und das Deutsche Reich von dem preussischen Joch befreien. (Unruhe rechts.) Ihre Stellung zu unserem Antrag beweist Ihre Schwäche und Ihren Mangel an Selbstvertrauen, genau so, wie Ihre Haltung im Abgeordnetenhaus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen keine innerpolitische Sozialreform, sondern Sie treiben eine Provokationspolitik, um der Bevölkerung mit Gewalt gegenüber zu treten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie erhalten, nicht aus liberalisierender Richtung der Regierung, sondern wegen der Spannung zwischen Deutschland und Frankreich, die es nicht erlaubt, einen Staat an der Grenze zu haben, dessen Bevölkerung feindselig bleibt. So greifen inner- und außerpolitische Notwendigkeiten ineinander über. Als Ihr patriotisches Geschrei wird im Volk keinen Enthusiasmus hervorzurufen, das Volk wird sich erinnern, daß es seine Knochen 1818 so gut wie 1870 hat zerrieben lassen, und daß man ihm trotzdem die Gleichberechtigung versagt. Die Gefahren, die in unserer Entwidlung liegen, sind durch Ihre Freunde herausgeschworen, durch die sogenannte preussische Regierung. (Präsident Kaempf: Sie dürfen die preussische Regierung nicht herabsetzen!) Die wirklich Herrschenden in Preußen sind ja die Herren von der konservativen Partei, Arm in Arm mit denen von der Mitte. Wir sind entschlossen, das preussische Wahlrecht zu erobern, und wir werden es erobern. Die Sozialdemokratie läßt sich durch Ihre blinde Wägen nicht ins Wackelhorn lagern; sie ist entschlossen, mit einer ganzen Welt von Feinden fertig zu werden, sie wird auch mit Ihnen fertig werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sidorowich (Sp.): Das mecklenburgische Volk hat sich bei den Wahlen in seiner überwältigenden Mehrheit für einen modernen Verfassungsstaat ausgesprochen. Die mecklenburgische Verfassung stammt aus dem Jahre 1786, sie ist aber nicht ein altertümliches Kleid, sondern ein alter schäbiger Rock, der endlich beiseite geworfen werden muß. Überall sonst ist die päpstliche Verfassung längst zum alten Eisen geworden worden, nur in Mecklenburg besteht sie immer noch. So kann es auf keinen Fall weiter gehen. Die Bevölkerung Mecklenburgs im Gebiete der Ritterschaft geht ständig zurück. (Hört! hört! links.) Das ist das furchtbarste Bild, das über die Zustände in Mecklenburg gefällt werden kann. Wenn alle Mittel erschöpft sind muß der Reichstag helfen. Wir wollen nicht etwa, daß und nun etwa das Reich sofort ein Wahlrecht aufstrotzt. Wir sind nach wie vor für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch für Mecklenburg, aber wir sind natürlich zunächst auch mit Abschlusssatzungen zufriedener, vorausgesetzt, daß das Gebilde überhaupt den Namen einer Volksvertretung verdient. Das bis jetzt von der Regierung vorgeschlagene Repräsentativsystem verdient diesen Ehrennamen nicht. (Sehr wahr!)

Abg. Herzfeld (Soz.):

Die Tatsache, daß sich die ausschlaggebenden Parteien im Reichstag bei dieser wichtigsten politischen Frage des Reichs hinter Kompetenzbedenken verstecken, ist ein trauriges Zeichen für die politische Bildung im deutschen Bürgerum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man wenigstens den Mut hätte, zu sagen, es handelt sich hier um die größte politische Frage für das Deutsche Reich, und da wollen wir die Sozialdemokratie und die breiten Massen des Volkes, die hinter ihr stehen, niederhalten. Aber Kompetenzbedenken hier vorzubringen, ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Wähler. Deshalb meine ich, wenn wir auch heute im Deutschen Reichstag die Besiegten sein werden, im Lande drüben werden wir die Sieger sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier um die Macht des Reichstags gegenüber Preußen. Es handelt sich nicht um das Wahlrecht in Süddeutschland, auch nicht in Mecklenburg. Wenn in Preußen ein demokratisches Wahlrecht kommt, dann brauchen wir nicht hänge zu sein um das Wahlrecht in Mecklenburg. Fällt der Herzog, dann fällt der Mantel nach. Mecklenburg ist nie etwas anderes gewesen, als der Mantel Preußens.

Vor einigen Tagen sagte Graf Posadowski, wenn der Reichstag ein politischer Faktor sein will, dann muß er imstande sein, seinen Willen durchzusetzen. Sind wir dazu jetzt imstande? Wir haben die einheitlichen Wahlurnen beschlossen, aber Preußen wünscht die Wahlurnen nicht, deshalb bekommen wir sie nicht. Herr v. Bermuth im Reich wollte die Erbschaftsteuer. Er mußte über die Klänge springen, denn Zentrum und Konservativen in Preußen wollen sie nicht. So herrscht Preußen im Reich. Diese Machtfrage zeigt sich auch in der äußeren Politik. Das haben wir erlebt, als hier ausgesprochen wurde, daß unter allen Umständen

die Riblungentreue

den österreichischen Verbündeten gehalten werden müsse. Woher kam das? Weil das Zentrum, unterstützt von seinen Bundesgenossen, den Konservativen, dies Eintreten für Oesterreich wünschte, da es in Oesterreich seine Interessen besonders gefördert meint. Wohin die Dinge kommen, wenn eine Klasse wie das Junkertum unter allen Umständen an ihrer Macht festhält, beweisen die Verhältnisse in Mecklenburg. Dort handelt es sich nicht um eine feudale Ständeherrschaft. Natürlich ist es unmöglich, ihr nur ein demokratisches Wahlrecht aufzupropfen. Das kann nur der reinste Utopist glauben, der von den tat-

sächlichen Machtverhältnissen keine Vorstellung hat. So wahr es ist, daß es in Preußen nicht durch Verhandlungen mit den Ständen zu einer Umwälzung des Staatsrechts gekommen ist, sondern erst durch die Revolution von 1848, so werden auch die Verhandlungen mit den Ständen in Mecklenburg allein niemals zu einer Aufhebung des feudalen Staats führen. Als der König von Preußen vor den Barrikaden den Hut abnahm, da entstand auch in Mecklenburg der konstitutionelle Staat; aber als in Preußen die Revolution niedergeschlagen war, wurde er wieder beseitigt. Der Grund war eben, daß in Wirklichkeit die Herrschaft der feudalen Ritterschaft ganz unerschüttert war. Sie war so unerschüttert, daß sie heute noch besteht. In Mecklenburg muß der Landesherz die Ausgaben für das Landesregiment bestreiten. Infolge der Jökopolitik im Reich kommt er nicht mehr auf seinen Mitteln, und weil die Junker ihm seit 1910 keine Zuschüsse mehr bewilligen, deshalb der große Eifer der mecklenburgischen Landesregierung, dem Lande eine Verfassung zu geben. Aber bei allen Entwürfen handelt es sich nur um ein ständisches Wahlrecht.

Arbeiter und Mittelstand bleiben rechtslos.

(Hört! hört!) Es bleibt nichts übrig, als daß zunächst in Preußen ein demokratisches Wahlrecht durch den Reichstag eingeführt wird. Das wird in dem Moment möglich sein, wo die Massen drängen, die daran ein Interesse haben, die Macht errungen haben, um den Deutschen Reichstag dazu zu zwingen. Mit dem Reichstagswahlrecht ist ein Drittel des deutschen Volkes zu einer Macht geworden, ist emporgehoben zu einem Bewußtsein seiner Macht und Würde. Mit diesem Wahlrecht werden wir weiter ringen um die Seele auch des letzten Mannes im deutschen Volke, und das deutsche Volk läßt sich nicht mehr niederdrücken und in Unkultur halten, das deutsche Volk wird sich in immer größeren Massen und schließlich in seiner großen Mehrheit der Sozialdemokratie anschließen. Dann werden Sie dem Deutschen Reichstag nicht die Zuständigkeit bestreiten können, wenn es sich um die Interessen des Volkes handelt, dann wird der Reichstag dieses Gesetz geben, das das Wahlrecht bringt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hofmann-Rudolstadt (Soz.):

Unser kleines Land hat ja in der letzten Zeit wiederholt im Mittelpunkt des politischen Interesses gestanden. Der Grund ist darin zu suchen, daß bei uns ein echter preussischer Junker gegen das Volk zu regieren versucht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat es gewagt, einem Landtag mit sozialdemokratischer Mehrheit einen Wahlgesetzentwurf vorzulegen, der die unglücklichsten Bestimmungen enthält. Wir müßten ja geradezu verrückt sein, wenn wir diesen Entwurf annehmen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist schwer, die Leute noch ernst zu nehmen, die bei uns die Politik leiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Mehrheit hat bei uns die Regierung niemals gehindert, ihren gesetzlichen Verpflichtungen als Bundesstaat nachzukommen. Wenn die Regierung nur

ein wenig Vernunft und guten Willen

gehabt hätte, hätte sie mit der sozialdemokratischen Mehrheit auskommen können. Aber der Minister v. d. Rede wollte eben nicht. Daher griff er zu diesem erbärmlichen Attentatsversuch auf die Rechte des Volkes, der aller Vernunft widerspricht. (Unruhe rechts.)

Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen von der Tribüne des Reichstages herab einer Bundesregierung nicht die Vernunft absprechen. Das ist eine Beschimpfung, die ich nicht zulassen kann. (Bravo! rechts.)

Abg. Hofmann:

Dann schließe ich mit den Worten, daß wir in Rudolstadt bisher von der Vernunft unserer Regierung nur sehr wenig gemerkt haben. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wurm (Soz.):

Ich will nur über einen der tollsten reaktionären Streiche sprechen, der einer gewissen Komik nicht entbehrt. Im reussischen Landtag sitzt ein Herr von Neuhöflich als Vertreter der früher regierenden Linie. Der junge Herr studiert jetzt und ist 21 Jahre alt. Die Regierung geneierte sich offenbar, die beachtliche Verfassungsänderung mit seiner Stimme durchzuführen, weil die übrigen Abgeordneten 25 Jahre alt sein müssen. Daher brachte sie ein Gesetz ein, das diesem Fürsten das Recht gibt, bis zum 25. Jahre einen Vertreter zu haben.

(Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz wäre hierauf angenommen worden, wenn meine Parteifreunde es nicht zu verhindern gewußt hätten. Was aber tat nun die Regierung? Dieselbe Regierung, die solchen diesen Gesetzentwurf vorgelegt hatte, ließ nun den 21jährigen Fürsten seinen Sitz im Landtag einnehmen. (Hört! hört! links.) Und nun wurde das bisher leidliche Wahlrecht in ein fünfklassenwahlrecht umgewandelt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die reussischen Fortschrittler haben für dieses Massentwahlrecht gestimmt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und rechts.) Freilich verstanden nachher die Fortschrittler, diese Herren von sich abzuhäuteln. Aber Tatsache ist doch, daß diese Herren als Fortschrittler kandidiert haben. Das neue Wahlrecht bringt außerdem noch eine ungerechte Wahlkreis-einteilung und eine Mehrstimmenrecht. Die reussischen Arbeiter haben auf diesen Wahlrechtsraub die gebührende Antwort gegeben, sie haben den Generalstreik durchgeführt, und am Tage der Wahlrechtsberatung standen alle Fabriken still. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Sie zwingen uns, zu diesen äußersten Mitteln zu greifen. Aber das Volk wird sich nicht hineinziehen lassen, zur unrichtigen Zeit andere Mittel anzuwenden. Aber wenn die Zeit kommt, wird das Volk zu handeln wissen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung wird der erste Satz des sozialdemokratischen Antrages gegen die Stimmen der Antragsteller, Fortschrittler und Polen abgelehnt. Für die übrigen Sätze stimmen nur die Antragsteller. Der Gesetzentwurf ist damit in erster und zweiter Lesung abgelehnt und wird nicht zur dritten Lesung gestellt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Justizetat, Postetat). Schluß: 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Wahlprüfungs-Kommission.

Die Wahl des Abgeordneten Barlo (Zentrum) wurde für gültig erklärt. — In lebhaften Debatten kam es bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Dr. Arndt (Mansfeld). Im Wahllokal des 1. Bezirks der Stadt Eisenberg war an der Wahlzelle das bekannte reichsüberwändlerische Schwindelplakat angebracht, in dem behauptet wurde, es seien gefälschte Stimmzettel im Umlauf, die statt auf Arndt auf Arndt lauten. Unsere Genossen beantragten, diesen Protestpunkt als erheblich zu erachten, weil das Plakat an der Wahlzelle, also im Wahllokal befestigt war. Mit 7 gegen 7 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt. — Die Prüfung der Wahl wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Konkurrenz-Klausel.

In der Mittwochsitzung ist die Beratung des § 74a des Entwurfs noch nicht zum Abschluß gekommen. Von der großen Menge der dazu gestellten Anträge haben sich aber aus dem Gange der Verhandlungen die Einzelfragen deutlicher ab, die auf eine Mehrheit rechnen können, natürlich soweit die Haltung des Zentrums überhaupt berechenbar ist. Diesmal liegt es die von allen Seiten angegriffenen Grundzüge seines „verbesserten“ Antrages fallen und zog sich auf den früheren Antrag zurück, akzeptierte auch die Geltungsdauer von nur einem Jahre für die Konkurrenz-Klausel. Danach be-

steht eigentlich eine große Mehrheit für Beschränkung des Konkurrenzkaufumfanges durch: 1. einjährige Geltungsdauer; 2. Zahlung mindestens des vollen Gehalts für die Geltungsdauer. Hiergegen kämpfen nun aber die Regierungsvertreter mit aller Kraft an. In der nächsten Sitzung am 18. Februar wird es zur Abstimmung kommen, von der der Wert des Gesetzes für die Angestellten überhaupt abhängt.

Marineetat.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Mittwoch bei der Weiterberatung des Marineetats eine lebhafte Debatte über die Stellung und Bedeutung der Deskoffiziere und Unteroffiziere gepflogen. Es lagen mehrere Resolutionen vor. Wir werden zusammenhängend über die am Mittwoch nicht abgeschlossene Debatte berichten.

In der Budgetkommission des Dreiklassenhauses
gab es am Mittwoch eine kleine Schärpmacherei gegen die paritätische Arbeitsvermittlung. Beim Etat für Handel und Gewerbe bemerkten nämlich nationalliberale und freikonserervative Redner, daß die angeblich paritätischen Arbeitsnachweise zu Stützpunkten für die Sozialdemokratie würden und daß die Sozialdemokratie jetzt auch auf diesem Wege Einfluß auf das platte Land zu gewinnen suche. Vom Zentrum und den Freikonserватiven wurde jedoch die Unterstützung der paritätischen und neutralen Arbeitsnachweise gewünscht.
Dann wurde der Vergeltungsberater. Der Lieberschuh der Staatsbergwerke betrug im letzten Jahre 14,6 Millionen Mark und die Verwertung erklärte, daß auch das bevorstehende Etatsjahr einen günstigen Ertrag liefern werde. Die Debatte beschäftigte sich dann auch

mit der Kündigung des Vertrages des Staates mit dem Kohlen-Syndikat, wobei auch die Frage erörtert wurde, ob eine Verteuerung der Hausbrandkohle, wie sie das Syndikat plane, von der Regierung hätte mitgemacht werden können. Der Fortschrittler sprach sich unbedingt dagegen aus, auch der Handelsminister; während ein nationalliberaler Redner, allerdings ein Vertreter des Jochenkapitals, meinte, daß eine Preiserhöhung der Hausbrandkohle wohl zu tragen gewesen wäre. — Der Minister antwortete, daß eine verständige Syndikatspolitik sehr wohltätig wirken könne, aber man sei schon bis an die äußerste Grenze gegangen und habe diese sogar schon teilweise überschritten, und die Regierung könne sich die Freiheit der Preisfestsetzung der Kohle für ihre Bergwerke nicht aus der Hand nehmen lassen.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 13. Februar 1913.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Tristan und Isolde.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Jirtus Busch. Gala-Vorstellung.
Jirtus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Paris und die Königs-schlösser von Versailles.
Kammerspiele. Schöne Frauen.
Berlino. Die große Liebe.
Deutsches Opernhaus. Eugen Onegin.
Königsgräber Straße. Die fünf Franzosen.
Schiller O. Uiel Acosta.
Schiller. Charlottenburg. Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfsplatz. Die Studentengräfin.
Komödienhaus. Die Generaldele.
Groß-Berlin. Das Juchend.
Kurfürstentempel. Der Kuchengast.
Berliner. Filmgalerie.
Montis Operetten. Der liebe Augustin.
Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Kleines. Professor Bernhardt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht...
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Rosa. Mein Leopold.
Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Apollo. Die schöne Galathee.
Reichshallen. Meyers Hofen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der Jaungast.
Luisenpark. Majolla.
Walhalla. Alt-Heidelberg.
Folies Caprice. Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Heiden.
Anfang 9 Uhr.
Konradspalast. Tischball: Blick in St. Moritz.
Sternwarte. Smalldenstr. 57-62.

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanke. 3 Akt. u. Yvonnequin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Theater des Westens.
8 Uhr:
Die beiden Husaren.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik: Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brase,
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute, Donnerstag, den 13. Febr. 1913:
Elite-Tag! Im neuen Saal: Gr. Ball.
Keine Fleischnot!!
Braten von 2 ganzen Schweinen.
Portion 80 Pf. — Anschnitt 8 Uhr.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
Die großen Spezialitäten.
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Groteske
„Der Herzog von Westminster.“

Herrnsfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater.)

Walhalla-Theater.
Reinbergsweg 10/20. Hofenthal Tor.
Sonntag, 15. Februar, 7 1/2 Uhr:
Premiere
„Parole Walhalla.“
Große Jahres-Revue.
Heute 8 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg.

Theater Königstadt-Casino.
Ede Polmarck u. Alexanderstraße.
1. Akt: u. Bahnd. Jammowigbrücke
Tägl. abds. 7 1/2, Sonn. 7 1/2 Uhr:
Puppen tadellos.
Bosse u. Ges. in 1 Akt — und das groß. Spezialitätenprogramm
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Casino-Theater
Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft!
Stürmische Helterkeit!
Die Berliner Lokalposse
Am grünen Strand d. Spree.
Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufge. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10 1/2 halb. Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt u. A. Schütz.
64 Andreasstr. 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
der allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger
mit vollständigem neuem Programm
Anfang 8 Uhr.
Nach der Frei-Tanz.
Soiree: Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Freie Volksbühne
Donnerstag, 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im großen Saale des Gewerkschaftshauses,
Tagesordnung:
Ein **Kartellvertrag** zwischen den beiden Volksbühnen.
Referent: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt.
II. Diskussion.
Da diese Generalversammlung für die Zukunft der Freien Volksbühne entscheidende Beschlüsse zu fassen hat, werden die Mitglieder aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Der Vorstand.
Der Einberufer i. Vertr.: G. Winkler.

Nächste Extraveranstaltungen:
Opernextravortrag: Lortzing: Zar u. Zimmermann.
im Deutschen Opernhaus an Charlottenburg
Sonntag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr.
Einlaßkarten à M. 1.30.

Einführungskonzert
zu César Franck's **Die Seligpreisungen**
Sonntag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr,
im Blüthner-Saal, Lützowstraße 76.
Mitwirkende: Herr Leo Kestenberg: Vortrag: César Franck's Bedeutung für das Musikleben der Gegenwart. Gesang: Frä. Meta Hotnicka. Orgel: Herr Egon Petri. Violoncello: Herr Marix Loevensohn.
Einlaßkarten à 50 Pfennig inkl. Garderobe.

2 Choraufführungen:
César Franck: **Die Seligpreisungen.**
Gründonnerstag, den 20. März, abend 8 Uhr,
im Konzertsaal Friedrichshain.
Kartfreitag, den 21. März, abends 7 Uhr,
„Neue Welt“.
Mitwirkende: Das Blüthner-Orchester } Dirigent:
u. der Berliner Volksschor } Dr. Ernst Zander.
Einlaßkarten im Vorverkauf in allen Zahlstellen 75 Pfennig,
an der Abendkasse M. 1.—.

Extravortrag im Lessing-Theater:
Sonntag, 23. März (Ostern), 3 Uhr:
Gerhart Hauptmann: **Die Weber.**
Einlaßkarten à M. 1.30 in den Zahlstellen erhältlich. [244/5

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Im Inseratenteil der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ ist infolge eines Druckfehlers angegeben:
Donnerstag: Elitetag!
Wegen Veranstaltung einer Privatfestlichkeit fällt jedoch heute das Bockbierfest aus.
Nächster Elitetag: Mittwoch, 19. Februar.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Paris und die Königsschlösser von Versailles.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Donnerstag, 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr:
Ohne Konkurrenz!
7 Luftvoltigeure 7 Hegelmann-Truppe
Neu! Der Mann mit der eisernen Hand
sowie MIB Barbara das Wunder weiblicher Kraft.
Prolongiert! **Casarios Löwen- und Tigergruppe,**
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr:
Nur noch 3 Tage!
Mac Norton läßt sich seine Frösche und Goldfische gut schmecken, muß aber sich zum Scheiden von Berlin entschließen, da er anderweitig verpflichtet ist.
Neu! **Der mysteriöse Deckenläufer.**
Hd. Delta del'Oro's 6 dressierte Kühe.
Zum Schluß: „Sevilla“.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Donnerstag, den 13. Februar 1913:
Gastspiel in
Puhmanns Theater,
Schönhauser Allee 148.
Stolz und Liebe.
Schauspiel in 5 Akten von Rob. Feil.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Rabenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
und Bockbierfest.
24155 C. NIBLE.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers Rosen.
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Mein Leopold.
Sonntagabend nach 4 Uhr:
Schauspielchen.
8 Uhr: Zapfenstreich.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Magistrat und Internierung der Geisteskranken.

Der Magistrat hat, wie wir bereits mitteilten, an den Landtag eine Petition gerichtet, welche die Uebernahme der gemeingefährlichen, d. h. der unsozialen, insbesondere der verbrecherischen Geisteskranken auf den Staat zum Gegenstand hat. Es handelt sich dabei um eine Forderung, die nicht nur von der psychiatrischen Wissenschaft, sondern auch von sämtlichen Landarmenverbänden Preußens und von beiden Häusern des Landtages selbst in wiederholten Beschlüssen von der Staatsregierung verlangt ist.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß mit der Ausscheidung der unsozialen Kranken aus der Provinzial-Irrenpflege die schwersten, an sich verschieden gearteten Mißstände behoben werden, die heute noch einer gefunden, dem hohen Stande der deutschen Psychiatrie entsprechenden Weiterentwicklung des Irrenwesens entgegenstehen, ja, daß diese Ausscheidung die unumgängliche Vorbedingung für eine solche Weiterentwicklung ist. In Ländern mit vorbildlicher Irrenpflege, wie England, ja, auch in unserm Nachbarlande Schweden, ist diese Scheidung bereits seit Jahrzehnten vollzogen. Der Magistrat glaubt um so mehr auf sie dringen zu müssen, als nach der Rechtsprechung des höchsten Reichsgerichtshofes in diesen Sachen, des Bundesamts für das Heimatswesen, den Landarmenverbänden eine Verpflichtung zur Verpflegung solcher Kranken überhaupt nicht obliegt. Dieser Rechtsprechung steht zunächst die preussische Staatsregierung ihre Verwaltungspraxis entgegen. Sie stellte sich auf einen anderen Rechtsstandpunkt und brach den Widerstand der Provinzialverbände. Durch einen Erlass vom 13. Juli 1904 wies sie die Polizeibehörden an, nötigenfalls die Armenverbände zwangsweise zur Aufnahme solcher Kranken anzuhalten. Diese Verwaltungspraxis wurde ein Jahr später durch ein Urteil des höchsten preussischen Gerichtshofes, des Oberverwaltungsgerichts, sanktioniert, das in demselben Gegenstand zu dem höchsten Reichsgerichtshof eine Verpflichtung der Landarmenverbände auf Grund der Armenengesetzgebung feststellte. Dadurch ist eine völlige Rechtsunsicherheit geschaffen.

Diese Verwaltungspraxis führte in erster Linie zu einer schweren Schädigung der öffentlichen Irrenpflege selbst und einer Stenmung ihrer Entwicklung im Sinne der modernen Psychiatrie. Während das Gefängniswesen für Irrenanstalten von der Wissenschaft seit vielen Jahrzehnten verlassen ist, nötigen die verbrecherischen Kranken die Anstalten zu einem teilweisen gefängnisähnlichen Ausbau, worauf von den Regierungsbehörden mit aller Energie hingewirkt wird. Da aber die Krankenpflege den Gefängnisanstaltungen natürliche Grenzen setzt, läßt sich doch niemals in einer Irrenanstalt eine so sichere Abspernung erzielen, wie in Gefängnissen. Daher das Streben aller schweren Verbrecher nach der Irrenanstalt und die verhältnismäßig häufigen Ausbrüche von dort, für welche nicht die Anstalt, sondern das System verantwortlich gemacht werden muß.

Ein weiterer schwerer Mißstand des preussischen Irrenwesens ist die Praxis der Polizeibehörden in bezug auf Internierung und Festhaltung angeblich gefährlicher Geisteskranker. Während im Anfang des vorigen Jahrhunderts nach der preussischen Gesetzgebung eine Unterbringung von Geisteskranken in Irrenanstalten nur vom Gericht angeordnet werden konnte, ist durch die nachfolgende Rechtsentwicklung, insbesondere auch durch Ministerialerlasse aus dem letzten Jahrzehnt der Polizei die nur wenig eingeschränkte Befugnis zur Internierung beigelegt. Das führt dazu, daß die Polizei alle ihr läufig fallenden Personen mit anormaler Geistesverfassung in den Irrenanstalten interniert. In Berlin insbesondere hat diese Praxis eine große Ausdehnung erfahren, da die Polizeibehörden von den Kommunalverwaltungsbehörden in dieser Praxis gestützt werden und da ferner Berlin gegen eine Anweisung der Aufsichtsbehörde einen Kranken, den es entlassen will, festhalten, keine Klage zuzieht, wie sie sonst die Provinzen gegen den Oberpräsidenten haben. Bettler, Quersulanten und sonstige Lästige, bei denen eine geistige Erkrankung vermutet werden kann, werden in großer Zahl in die Irrenanstalten gebracht, häufig ohne daß auch nur ein Kreisarzt befragt wird. Die Belastung des Etats durch diese Kranken ist auf 900 000 M. jährlich berechnet.

Der Magistrat hofft, mit seiner Petition an den Landtag endlich den Anstoß zu einer die geschilderten Mißstände beseitigenden Reform des Irrenwesens zu geben.

Zur Charakteristik über das heute von der Polizei beliebte Verfahren der Ueberweisung von Personen in Irrenanstalten seien aus der großen Zahl der Fälle folgende mitgeteilt:

1. Fall H. Wird vom 5. Polizeirevier ohne Kreisärztliches Zeugnis allein mit folgendem Schreiben des Reviers nach Dalldorf gebracht: „H. wurde am 20. 12. der Wache zugeführt, weil er am Schluß der Wache die Passanten um Gaben anbettelte; erhalten hatte er nichts. Nach beigelegtem Entlassungsschein ist H. am 2. 7. 1912 aus der Irrenanstalt entlassen. Er wird als rückfälliger gemeingefährlicher Geisteskranker hiermit der Irrenanstalt Dalldorf überwiesen.“

2. Fall J. Nach Aeußerung des Polizeireviers ein Kaufmann, der von seinen Erbschaften lebt. „Ein Sonderling, der sich aber still verhält und weder gewalttätig noch gemeingefährlich ist.“ Er schreibt Briefe an den Reichskanzler, indem er ihn auffordert, abzusenden und ihm seine Stelle zu überlassen. Der Polizeipräsident läßt ihn daraufhin kreisärztlich untersuchen. Der Kreisarzt erklart: „Ich halte ihn für geisteskrank, aber nicht für gemeingefährlich.“ J. schreibt erneut an den Reichskanzler im früheren Sinne. Der Polizeipräsident legt dem Kreisarzt nahe, daß ihm doch Gemeingefährlichkeit vorzuliegen scheint. Derselbe Kreisarzt bescheinigt drei Wochen nach der ersten Untersuchung: „Durch Eingaben an den Kaiser und den Reichskanzler sucht J. die Abdankung des letzteren zu erwirken. Während die Schreiben an letzteren früher in längeren Fristen erfolgten, werden sie jetzt immer häufiger und, obwohl er vom Chef der 4. Abteilung bereits verzoart worden ist, dringender. Man ist nicht mehr sicher, ob J. nicht zu ernstlichen Mitteln greifen wird, wenn er sich dauernd in seinen Forderungen erfolglos sieht. Ich gebe daher mein Gutachten dahin ab, daß J. gemeingefährlich geisteskrank ist und der Ueberführung in eine Irrenanstalt bedarf.“

3. Der Fabrikant Ernst F. ist ein religiöser Schwärmer. Aus dem kreisärztlichen Attest: „F. ist heute noch dem Polizeigewahrsam hien, weil er, der als geisteskrank erklart, sich mit einem Wittgesuch an Se. Majestät gewandt hat. . . er ist orientiert und beantwortet an ihn gerichtete Fragen produktiv. Aus seinen Antworten ergibt sich aber, daß er an phantastischen Bahndeeen leidet“ (will mit dem Kaiser korrespondieren, Gott habe ihn zum Erlöser der Welt berufen). Da Se. Majestät der Kaiser Gegenstand seiner Phantasien ist, muß F. als gemeingefährlich erachtet und deshalb seine Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt im öffentlichen Interesse als notwendig bezeichnet werden.“

4. Der Schneidermeister W. wird ohne kreisärztliches Attest mit folgendem polizeilichen Ueberweisungsschein nach Herzberge überwiesen: „W. hat am 11. 12. als der Schuhmann Welter eine dienstliche Rederhe bei ihm vornehmen wollte, denselben mit einer Schere bedroht. Da R. vom 10. bis 15. 10. 1912 in der Irrenanstalt Herzberge untergebracht war, wird er nach dort übergeführt. gez. V. Polizeiwachmeister.“ — Also ein nur fünfjähriger Aufenthalt in einer Irrenanstalt, der doch erwies, daß die Anstaltsleitung geschlossene Pflege nicht für notwendig hält, wird als ausreichend angesehen, um einen Polizeiwachmeister zu ermächtigen, einen ihm geisteskrank erscheinenden Menschen in eine Irrenanstalt zu bringen und damit aus fernem Erwerb zu reifen.

Die Leiche rigorose Praxis verfolgt die Polizei bei den Widersprüchen gegen die hochsinnigen Entlassungen. Wir erinnern an den der Öffentlichkeit von früher bekannten Fall H., der auf Grund einer in Einverständnis mit dem Herrn Minister des Innern von dem Polizeipräsidenten erlassenen Anweisung noch etwa fünf Wochen in der Irrenanstalt festgehalten wurde, trotz der energischen und eingehend begründeten Gegenvertretung der Anstaltsärzte, die ihn für einen harmlosen Kranken erklärten. Welche Anforderungen der Oberpräsident für die Dauer der Internierung stellt, ergibt ein auch im übrigen sehr trag liegender Fall Zebler, in welchem er auf die Ankündigung der Entlassung eine Ergänzung des ärztlichen Gutachtens dahin forderte, ob „bei Z. nach seinem Geisteszustande die Willensstärke vorausgesetzt werden kann, daß er sich außerhalb der Anstalt des Genusses von Schnaps und Bier völlig enthalten werde“. Der Magistrat hat darauf die Entlassung angeordnet, ohne einen weiteren Befehl des Oberpräsidenten abzuwarten. Die Irrenanstalten dürfen nicht zu Fürsorgeerziehungsanstalten für Volljährige herabgewürdigt werden.

Die angezogenen Fälle bilden nicht nur Belege für die magistratische Petition an den Landtag, sondern auch für eine reichsgesetzliche Regelung des Irrenwesens überhaupt.

Aus der Partei.

Erklärung.

Auf die gestrige „Vorwärts“-Notiz: „Ein unzulässiges Vorgehen“ erlaube ich die Redaktion um die Aufnahme folgender Erklärung:

1. Es ist vollkommen richtig, daß ich das Pressebureau ersucht habe, drei Artikel über ein von der Genossin Luxemburg im Verlage des „Vorwärts“ erschienenen wissenschaftliches Werk an die Parteipresse zu versenden. Wenn die Verfasser der „Vorwärts“-Notiz dagegen „nicht scharf und rechtzeitig genug Stellung nehmen“ können, so kann ich nur bedauern, daß sie dieselbe behende Energie nicht im April v. J. gegen den Genossen Kautsky aufgewandt haben, als er eine Reihe schwerer persönlicher Angriffe gegen mich ebenfalls durch das Pressebureau verbreiten ließ. Ich weiß wirklich nicht, weshalb ich auf die Galgenleiter klettern soll, während sich Genosse Kautsky, was ich ihm von Herzen gönne, einer ganz unbehelligten Freiheit erfreut.

2. Das ist um so unbedenklicher, als meine drei Artikel überhaupt keine persönlichen Angriffe gegen irgendeinen Parteigenossen enthalten, sondern nur beiläufig zwei Einwendungen gegen zwei Kritiker des Buches erheben, gegen den einen eine formelle, gegen den anderen eine sachliche. Die harmlos diese Einwendungen sind, zeigt am besten die „Frankfurter Volksstimme“, gegen deren Kritiker sich die sachliche, also schwerer wiegende Einwendung richtete. Das Frankfurter Parteiblatt beginnt heute, meine drei Artikel abzubringen, für mich ehrenvollerweise sogar als Leitartikel. Das Gerede der „Vorwärts“-Notiz über die „Ausstrahlung innerer Parteirechtlichkeit“ usw. ist dadurch hinlänglich gekennzeichnet.

3. Sie sagt dann noch: „Bei kritischen Fragen blieb es bisher den einzelnen Redaktionen oder einzelnen Genossen mit Namensnennung vorbehalten, jede und jeder für sich ihren Standpunkt und die Argumente für seine Begründung zu entwickeln. Es scheint und nicht der Würde der Parteipresse zu entsprechen, wenn ihr in kritischen Fragen Standpunkt und Argument aus einer Zentralfabrik im Abonnement fertig zum Abdruck ins Haus geliefert werden.“ Sehr gut gesagt, sogar ganz vortrefflich! Aber ich bin wirklich keine „Zentralfabrik im Abonnement“, sondern nur ein „einzelner Genosse mit Namensnennung“. Die Sache ist einfach die, daß ältere Parteischüler, die mir einiges und der Genossin Luxemburg ein noch viel größeres Vertrauen schenken, mir ungefähr sagten: „X in Kolmar und Y in Frankfurt haben das Buch der Genossin Luxemburg in Vorschub und Bogen als unrichtig verurteilt; wir verstehen diese gelehrten Kritiker nicht, und auch das Buch ist für uns schwer verständlich. Sagen Sie uns doch in allgemein verständlicher Form, worauf die Genossin Luxemburg hinaus will und geben Sie Ihre Darstellung an das Pressebureau, da auch Genossen, denen eine wissenschaftliche Untersuchung unzugänglich ist, doch ein lebhaftes Interesse an ihren Ergebnissen haben“. Das ist der einfache Hergang der Sache. Meine drei Artikel sind wesentlich eine Inhaltsangabe des Buches, das ich weder für „richtig“ noch für „unrichtig“, sondern nur für eine künftige Anregung der theoretischen Parteidiskussion erkläre, die so oder so zu neuen Erkenntnissen führen müsse. Anders wird kein vernünftiger Parteigenosse oder selbst ein ecklicher Gegner über das Buch urteilen.

4. Die Sentiments der „Vorwärts“-Notiz über die Würde der Parteipresse sind für mich selbstverständlich unbedenklich. Im gleichen Falle werde ich genau ebenso handeln, gewiß ohne die Hilfe, die mir das Pressebureau zu gewähren so freundlich war, aber unter Opferung einiger Duzend Streifenpapier und einiger Duzend Dreipennigmarken. Es tut mir leid, daß ich die Leiter unseres Zentralorgans von dieser etwaigen Belohnung meines künftigen Budgets unterhalten muß, aber es ist wirklich nicht meine Schuld.

Steglich-Berlin, 12. Februar 1913.

Mit dieser Einwendung folgt Genosse Mehring der ersten Ueberzeugung eine zweite hinzu. Wir haben uns nicht gegen Mehring, sondern gegen ein unzulässiges Verfahren des Pressebureaus gewandt und durften eigentlich der Meinung sein, daß wir dabei wenn irgend jemandem so die Zustimmung des Genossen Mehring finden werden, der seinerzeit bei Gründung des Pressebureaus durchaus der Meinung war, es solle keine Zentralfabrik für Uebermittlung fertiger wissenschaftlicher oder Parteimeinungen werden. Wir glauben auch, von dieser damals gemeinsamen Ueberzeugung heute um so weniger abweichen zu brauchen, weil Genosse Mehring objektive Gründe für seine Anschauung selbst nicht beibringt.

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 11. Februar. (Sig. Ber.) Heute trat hier der diesjährige Parteitag der dänischen Sozialdemokratie zusammen. Die Teilnahme ist eine größere als je zuvor, was aus der politischen Situation zu erklären ist. Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände betreffen die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Taktik der Partei, ferner das Parteiprogramm, insbesondere das Agrarprogramm, wozu eine Kommission ein umfangreiches Gutachten ausgearbeitet hat; sodann die Propaganda, die Genossenschaftsbewegung, Organisationsform und Verhältnisse der Partei, Jugendbewegung usw. Der Bericht des Parteivorstandes, der vom Genossen Stauning erstattet wurde, legt von einer rüstigen Parteiloyalität seit dem letzten Kongress vor 4 Jahren Zeugnis ab. Die Zahl der Parteimitglieder ist auf 48 344 angewachsen, die sozialdemokratischen Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen (1910) stiegen auf 98 718 gegen 93 079 im Jahre vorher, das sind ungefähr 29 Proz. der abgegebenen Stimmen. Die Zahl der Mandate ist jedoch nicht gestiegen, sondern beträgt nach wie vor 24. Dagegen sind bei den Gemeindevahlen glänzende Erfolge zu verzeichnen und die Partei hat in den verschiedenen Gemeindevahlungen insgesamt 844 Vertreter. In Kopenhagen wurde 1912 die Hälfte aller Mandate sozialdemokratischen Kandidaten übertragen.

Im Parlament ist eine ebenso tüchtige Tätigkeit entfaltet worden und die sozialdemokratischen Vertreter haben einen hoch zu schätzenden Einfluß auf einzelne Gesetzesvorlagen ausüben können. Leider hat der militärische Wahnsinn die Parlamentarperiode beherrscht und das Staatsbudget ist mit Militärausgaben überladen, so daß wenig Geld für andere Zwecke zur Verfügung steht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafbarer Rauferei-Spaziergang.

Genosse Deuper in Essen hatte am 1. Mai in einer Frühversammlung, die bereits um 9 Uhr zu Ende war, darauf hingewiesen, daß um 11 Uhr in einem Saal eine weitere Veranstaltung stattfinden würde. Darin wurde die Veranstaltung eines Aufzuges erblid, als dessen Leiter Genosse Deuper von der Strafammer mit 50 M. Geldstrafe belegt wurde. Das Schöffengericht hatte auf Freisprechung erkannt.

„Seelenverkäufer.“

Mit diesem Ausdruck belegte die „Offener Arbeiter-Zeitung“ den Arbeitsvermittler Lange. Das Gericht erkannte auf 50 M. Geldstrafe, der Staatsanwalt hatte 200 M. beantragt.

Verworfen Revision.

Ein auffehenerregendes Urteil wurde seinerzeit vom Schöffengericht in Weichwasser gefällt. Der Genosse Arno Reichard wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einer Gemeindevahlversammlung den Direktor Krebs von den Vereinigten Kaufmännischen Werken beleidigt haben sollte. Krebs hatte kurz vorher den Vertrauensmann der Glasarbeiter „Baig“ und „Trauerkloß“ geschimpft und vor der Fabrik waren sozialdemokratische Flugblattverbreiter mit Jauche begossen worden. Für diese Schimpereien erhielt Krebs vom Schöffengericht 10 M. Geldstrafe, Reichard aber für seine Kritik an den unerhörten Vorfällen drei Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar ein Jahr Gefängnis beantragt.

Die Strafkammer in Göttingen als Berufungsinstanz hat das Urteil bestätigt und das Oberlandesgericht in Breslau hat die eingelegte Revision verworfen.

Aus Industrie und Handel.

Au der Börse

erfolgte gestern von neuem ein Druck auf das Kursniveau. Mit geringen Ausnahmen erlitten sämtliche Wertpapiere Kurseinbußen. Betroffen wurden insbesondere die Aktien von Montan-, Bergbau- und Bankunternehmungen. Nicht erheblich waren die Rückgänge am Kassamarkt. Die Umsätze blieben gering. Am Geldmarkt zeigte die schwierige Situation noch eine Verschärfung.

Neue Erweiterungen des Mannesmann-Konzerns.

In ihrem letzten Geschäftsbericht sprachen die Mannesmann-Röhrenwerke von der Entbehrlichkeit, ja Schädlichkeit der Schindlerisierung. Schon damals verwiesen wir darauf, daß die Gesellschaft gegen ein Röhrenmonopol nur deshalb Stellung nehme, weil sie die Vertretung der Röhrenfabrikation anstrebe. Seither hat sie sich neue Werke durch Eingehen von Interessengemeinschaften angeeignet. Vor wenigen Tagen erwarb die dem Mannesmann-Konzern angehörige Gustav Kunze A.-G. die Firma M. Wärfel u. Neuhaus in Vödem. Die Kunze A.-G. hat vor einem Jahre den gesamten Vertrieb ihrer Produktion (in Göttingen, Sieben und Worms) an Mannesmann für 30 Jahre übertragen. Die Firma Wärfel u. Neuhaus wird künftig als Niederlieferant der Kunze A.-G. ebenfalls ihre Erzeugung an Mannesmann liefern. Ihren direkten Vertrieb zur Verkaufsorganisation der Mannesmannwerke soll jedoch weiter die Gesellschaft Käfertburg in Effenhütte und das Röhrenwerk Kaunhe in.

Fusion von Kolonialgesellschaften.

Die gestrige Generalversammlung der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft stimmte einem Vertrage zu, wonach die Schantung-Verdauungsgesellschaft in die Eisenbahngesellschaft aufgeht. Für die Uebertragung des Bergbauvermögens werden der Verdauungsgesellschaft für 5,4 Millionen Mark neue Aktien der Eisenbahngesellschaft gewährt. Die Eisenbahngesellschaft erhöht ihr Kapital um 6 Millionen Mark auf 60 Millionen Mark.

Boykott von Zigarettenfirmen.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie beschloß laut einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ den Ausschluss der Firmen Jofetti, Sulima, Delta und Jasmah, die bekanntlich dem amerikanischen Tabaktrust angehören.

Soziales.

Entlassung wegen verspäteter Krankmeldung.

Der erkrankte Gehilfe tut zwar gut, sich möglichst unmittelbar nach dem Fernbleiben vom Geschäft zu entschuldigen, damit der Chef auch sofort die entsprechenden Dispositionen treffen kann. Aber er kann, wie am Dienstag eine Entschuldigung der 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts anerkannt, nicht gleich entlassen werden, wenn er die Entschuldigung einen Tag später abspricht. Klägerin in dem betreffenden Prozeß war eine Verkäuferin A., die von der Kaufmannswarenfirma L. an einem Montag entlassen wurde, weil sie bereits am Sonntag in den zur Arbeit freigegebenen Stunden schulte und ihre Krankmeldung erst am Montag gegen 3 Uhr eintraf. Die beklagte Firma rüht sich darauf, daß die Klägerin schon drei Wochen vorher wegen eigenmächtigen Fortbleibens aus dem Geschäft verworfen und ihr auch für den Fall des Zuwiderhandelns die sofortige Entlassung angedroht wurde. Die Klägerin macht dagegen geltend, daß sie an dem fraglichen Sonntag krank im Bett gelegen haben und nicht imstande gewesen sei, zu schreiben. Montag früh, als es ihr etwas besser ging, habe sie sofort die Entschuldigung geschrieben und abgeschickt. Sie ist heute noch krank und befindet sich auch in ärztlicher Behandlung.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung von 162 M. Restlohn. Daß Klägerin vor drei Wochen mal verurteilt worden, sei noch kein Entlassungsgrund, auch nicht, daß sie erst am Montag die Krankmeldung absprach. Eine Boswilligkeit oder absichtliche Schädigung der Beklagten sei nicht zu vermuten.

Ein eigenartiger Entlassungsgrund.

In einem vor der 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Entschuldigung gekommenen Fall hatte der Vater des Lehrlings A. eine Anzeige bei der Polizei erstattet, daß der Lehrling mit Hausdienearbeiten beschäftigt werde, und daß die Toilette sich in ungesünderem Zustande befinde. Die Polizei stellte auch auf die Anzeige hin Ermittlungen an. Während sie die Beschäftigung des Lehrlings einwandfrei fand, stellte sie doch fest, daß die Toilettenverhältnisse in der Tat unzureichend gewesen waren. Zur Zeit der Ermittlungen war allerdings auch dieser Mißstand behoben. Der Lehrling sprach infolge der polizeilichen Untersuchung die sofortige Entlassung seines Lehrlings aus. Er meint, ein Lehrling, dessen Vater zur Polizei läuft und ihn wegen solcher Lappalien anzeigt, könne unmöglich weiter in dem Betriebe ausgebildet werden. Das würde auch die ganze Disziplin beim anderen Personal untergraben. Das Kaufmannsgericht hielt die sonderbaren Einwendungen des Beklagten nicht für stichhaltig, sondern verurteilte den Lehrherrn zur Fortsetzung der Lehre. Der Lehrling sei berechtigt gewesen, Ermittlungen durch die Polizei anstellen zu lassen. Solche Feststellungen seien erforderlich geworden, da die Zustände nicht unbedenklich gewesen seien.

Beamter?

Einen unerwarteten Abbruch nahm eine Verhandlung, welche gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II beschaffte.

Der Angeklagte war vom 1. April 1900 ab bei der Gemeinde Zehlendorf (Zeltow) als Bureauassistent angestellt. Zu seinen Obliegenheiten gehörte u. a. die Bearbeitung der Hundsfachen.

Revolvergeschichte.

Ein nächtlicher Straßengezack, der den Schuhmannsrevolver in Tätigkeit gesetzt hatte, führte gestern den Privat-Telephonisten Paul Teich, dem von seinem Quartiergeber das beste Zeugnis gegeben wird, vor die 6. Strafkammer des Landgerichts I.

Die Gegend des Scheunenviertels wurde eine Zeitlang nächtlicher Weise durch Fackelwagen verunreinigt, die einfach den von ihnen abzufahrenden Urnat auf die Straße schütteten.

Später stand er unter der Anklage des Widerstandes und der Beleidigung vor dem Schöffengericht. Er bestritt seine Schuld und behauptete insbesondere, nicht gewohnt zu haben, daß der hinter dem Wagen jagende Mann ohne Kopfbedeckung ein Kriminalbeamter war.

Der Staatsanwalt legte hiergegen Berufung ein. Nach der Beweisaufnahme, die im allgemeinen den oben dargestellten Tatsachen entsprach, beantragte Staatsanwalt Jehn Aufhebung des ersten Urteils und Verurteilung des Angeklagten zu 7 Monaten Gefängnis.

Stempelfreiheit aller Grundstücksübertragungen zwischen Eltern und Kindern.

Eine wichtige stempelfreie Entscheidung fällt kürzlich das Reichsgericht. Nach dem Reichsstempelgesetz Tarifstelle 11a ist für Beurteilungen der Übertragung des Eigentums an im Inlande gelegenen Grundstücken eine Stempelabgabe von 1/2 Proz. vom Kaufpreis oder Wert des Grundstücks zu zahlen.

Ein vernünftiges Urteil

in Sachen des Streikpostenstreikens fällt die Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf. Dort befanden sich im Vorjahre die Arbeiter der Fittingsfabrik von Gebr. Juden im Streik.

daß der Streikposten ohne weiteres die polizeilichen Aufforderungen hätte befolgen müssen.

Die Strafkammer als Berufungsinstanz erkannte jedoch auf Freisprechung, obwohl der Schuhmann behauptete, daß ein „Aufschießen“ und eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu erwarten gewesen sei.

Das Urteil spricht eigentlich nur Selbstverständliches aus. Aber da solche Selbstverständlichkeiten in der Streikjustiz schon zu den Seltenheiten gehören, so sind sie immerhin als einzelne Lichtpunkte beachtenswert.

Aus der Frauenbewegung.

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Bereit für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 17. Februar, 8 1/2 Uhr, in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 98: III. Vortrag zum Jpluss Erziehungsfragen: „Kind und Religion“.

Schöneberg. Heute, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Besichtigung der Konsumgenossenschaft in Lichtenberg. Treffpunkt: 3/8 Uhr vor der Konsumgenossenschaft in Lichtenberg, Rittergutstraße.

Aus aller Welt.

Das hypnotische Wunder.

Vor einigen Tagen gaben wir unter der Überschrift „Die Wirkung der Predigt“ einen kleinen Scherz wieder, den wir einer englischen bürgerlichen Korrespondenz entnommen hatten.

Zwar werden in der Schule und Kirche die sonderbarsten Wunderdinge gelehrt, so beispielsweise, daß Jonas viele Tage lang im Bauche eines Haifisches gelebt habe, und das wird auch geglaubt.

- 1. Wie heißt der englische Prediger?
2. Wo wohnt er (mit genauer postalischer Adresse)?
3. Zu welcher Zeit hat sich das „hypnotische Wunder“ zugezogen?
4. Sind Sie in der Lage, auch sonst noch irgendwelche Anhaltspunkte für die objektive Wirklichkeit des Ereignisses anzuführen?

Wir müssen gestehen, wir waren zunächst baff, denn bekanntlich kann ein Neugieriger mehr fragen als zehn Weisheit beantworten können. Doch Herr Pastor Starck ist nicht nur neugierig, er ist auch tolerant.

Diese Tatsachen hat der Korrespondent etwas durcheinandergewürfelt und so uns und den geschäftsführenden Direktor des Evangelischen Predigerbundes - angehängelt.

Manche Pfarrherren müssen aber doch im Besitze hypnotischer Kräfte sein, denn es heißt ja im Liede:

War einst ein Pfarrer von Ohnewitz,
Der hatte nur eine Predigt in Besitz,
Die hielt er dann, jahraus, jahrein,
Und mancher Anecht, mancher Witterlein,
Die schliefen sanft und selig ein!

Eine Skandalaffäre in Italien.

Die römische Polizei verhaftete in der Nacht zum Mittwoch die Ingenieure Ricciardi und Vorrrelli, die Erbauer des Justizpalastes. Die Verhaftung ist die Folge von Ermittlungen einer Untersuchungskommission über den genannten Bau, durch welche Beziehungen zwischen den Verhafteten und dem früheren Substituten des Generalstaatsanwalts, jetzigem Abteilungschef in der Verwaltung der Staatsbahnen Sibestre aufgedeckt wurden.

Kleine Notizen.

Durch Verharmlofung verschüttet. Auf einem Lehmfelde der Guido-Grube bei Lipine (Oberkalabrien) stürzten gewaltige Lehmmassen ein, die verschiedene Arbeiter unter sich begruben.

Berschollens Eisfabrik. Im März v. J. sind in den Innsbrucker Alpen die Schafner Windheim und Walling aus Rindchen spurlos verschwunden. Trotz aller Nachforschungen ist es bisher nicht gelungen, irgend etwas zu entdecken, was über ihr Verschwinden Aufklärung gibt.

Ein schweres Unglück hat sich heute in der Gießereiabteilung der Bergischen Stahlindustrie-Gesellschaft in Remscheid zugezogen. In der Eisgießerei platzte das Ventil eines Schmelzofens, wodurch die im flüssigen Zustand befindliche Schmelzmasse ihren Ausweg fand und acht in der Nähe des Schmelzofens beschäftigte Arbeiter schwer verletzte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumlichkeiten des Redaktionsbüros, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

B. G. 1883. Vater als auch die drei Söhne. - G. Z. 100. 1 und 2. Die Haushaltungsverhältnisse verbleiben dem Mann, der übrige Nachlaß, darunter auch Bausache, Kleider und Schmuckstücke jedoch zur Hälfte.

Zur Silberhochzeit
unserem Freund und Genossen
Johann Weber
und seiner lieben Gertrud
Reimiger Str. 10
die herzlichsten Glückwünsche.

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreises
Am 4. Februar verstarb unser
Genosse, der Krankführer
Robert Härtel

Verband der
Fabrika rheiher Deutschlands.
Zentralstelle Groß-Berlin.
Am Dienstag, den 4. Februar,
verstarb unser Mitglid
Robert Härtel

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglid, der Former
Paul Mätschke

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Geschäftsführer
Ferdinand Zielke
am 8. Februar im Alter von
45 Jahren verstorben ist.

Dankfagung.
Für die vielen herzlichen Beweise
bei der Beerdigung unseres lieben
Vaters
Wilhelm Werber
sagen wir hiermit allen, besonders dem
6. Wahlkreis unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Ferdinand Kiesel
sage ich allen Freunden, Bekannten
sowie dem Wahlverein meinen innigsten
Dank.
Witwe Auguste Kiesel.

Nationale Krankenkasse
der deutschen Gold- u. Silberarbeiter
u. verw. Berufsgenossen
(E. H. 3) zu Schwablosch-Gümlach
(Ortsverh. Schönberg-Friedenau)
Dienstag, den 18. Februar,
nachmittags präz. 4 1/2 Uhr,
im oberen Saal des Kaiser Wilhelm-
Gartens, Friedenau, Rheinstr. 65-7
Mitgliederversammlung
(§ 28 des Statuts)
Tagesordnung:
1. Jahres- und Rechenschaftsbericht
vom Jahre 1912 - 2. Diskussion -
3. Wahl für die nach § 28 des Statuts
ausgehenden Mitglieder des Vor-
standes - 4. Verschiedenes.
Des Mitglidenschafts legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen ersucht.
Der Vorstand: J. U.: F. Semde, Bot.

Stoffe
für elegante Maßanzüge, Uster,
Paloto's Mtr. 4.-, 6.-, 8.- M. etc.
Damen - Kostüme Stoffe, Damastuche
„Nouhoiten“ Mtr. 2.-, 3.-, 4.- M.
etc. Loden f. Pelarinen Mtr. 1.50,
2.50 M. etc. Schneidmeister, welche
unsere Stoffe tadellos u. schick
verarbeiten, weisen wir nach,
Arbeitslohn nebst Zutaten zirka
25.-, 30.- M. etc.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Patirikirche.

FÜR DIE SCHULE
Hochelastisch
bis in die äußerste
Spitze
Heintze &
Blancher
Letzte deutsche
Stahlfederfabrik
BERLIN

Patente etc.
Das beratende Nachschlagebuch:
„Wie muss
eine Erfindung für die Verwertung
beschafft sein?“
erwirkt u. verwertet anerkt. schnell
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Preußner
Berlin, Gieselerstr. 108 n. d. Post-Amt

Arbeiter des Südens!

Freitag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Hofjäger-Palast“, Hasenheide 52:

Oeffentliche Versammlung (nur für Erwachsene) des Hausarztvereins.

Thema: **Altreicher Kindersegen in der Arbeiterfamilie.** Referent: **Dr. Moses.**

Die Zentralkommission der Krankenkassen empfiehlt den Hausarztverein wie folgt: „Wir können Ihnen den Hausarztverein als vollstündliche Institution bestens empfehlen.“

Der Hausarztverein ist kein gewöhnliches Privatunternehmen, sondern eine proletarische Vereinigung zu gegenseitiger Hilfe bei Erkrankungen der Familienangehörigen. Selbstverwaltung durch die Mitglieder. Für den geringen Beitrag von **25 Pfennig** pro Woche sind die Frau und sämtliche Kinder versichert. Der Beitrag wird monatlich aus der Wohnung abgeholt.

Wir gewähren:
nach 1 Monat **freien Hausarzt**, nach 6 Monaten **freie Medizin** bei akuten Erkrankungen u. viele andere Vorteile.
Mitgliedschaft
Nähere Auskunft erteilen: für den Hausarztverein Neukölln der 1. Vorsitzende Aug. Kuhnert, Stuttgarter Str. 54; für den Süden die Vertrauensleute M. Thurm, Dieffenbachstr. 17/18, A. Köhner, Hasenheide 7/8.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sonntag, den 16. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29:

Mitglieder-Versammlung aller Sektionen.

Tagesordnung:

1. Die Lohnbewegung im Baugewerbe. 2. Wahl des Verbands-Ausschusses.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714

Bezirke: Charlottenburg, Moabit, Siemens-Werke.

Lichtbildervortrag

am Freitag, den 14. Februar 1913, abends 8 Uhr, im großen Saal des Stadttheaters Moabit.

„Paris, die Stadt und ihre Kunst“. Vortrag von Dr. Cohn-Wiener. Die Ortsverwaltung.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 19/26.

Heute: Seefische.

Knurrhahn . . . per Pfd. 28 Pf. Kabliau (ohne Kopf) . . . per Pfd. 24 Pf.
Goldbarsch . . . „ 24. Seelachs . . . „ 24.
Brat-Schollen per Pfd. 28 Pf.

Ferner empfehlen wir:

prima eingemachte Früchte.

Pflaumen	Birnen
Reineclauden	Mirabellen
Blaubeeren	Stachelbeeren
Preiselbeeren	Dreifrucht
Kürbis	Melange 6-Frucht.

in Dosen und Gläsern zu soliden Preisen.

Ab **Freitag** nachmittag führen wir:

Hirschfleisch

in nachfolgenden Verkaufsstellen:

In Berlin:

Norden: Hochstädter Str. 6 Schivelbeiner Str. 9 Swinemünder Str. 33 Togostr. 4	Osten: Zorndorfer Str. 61
Nord-West: Rostocker Str. 35	Süd-Ost: Manteuffelstr. 91
Nord-Ost: Bötzowstr. 34	Süd-West: Kochstr. 62
	Westen: Göbenstr. 17

In den Vororten:

Charlottenburg: Wallstr. 23	Neukölln: Wildenbruchstr. 61/62
Köpenick: Borgmannstr. 5	Schöneberg: Ebersstr. 25/26
Lichtenberg: Kronprinzenstr. 1	Tempelhof: Berliner Str. 39.

Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. Küchennöbelbranche.

Freitag, den 14. Februar 1913, abends 7 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Lohnbewegung. 2. Branchenangelegenheiten.
In dieser Versammlung sind die Kollegen aus den hiesigen Möbel-fabriken auch eingeladen. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.
Mitgliedsbuch legitimiert.

137/10

Der Obmann.

Steinarbeiter!

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Neuwahl zweier Gauleitungsmitglieder. 4. Verschiedenes.

Gleichzeitig wird eine

Arbeitslosen-Zählung

vorgenommen. Jeder Arbeitslose ist verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen. Wer am Erscheinen verhindert ist, wird ersucht, am selben Tage (16. Februar) eine Postkarte an das Verbandsbureau der Steinarbeiter, Engelufer 15 I zu richten, auf welcher vermerkt ist: 1. Name; 2. Art der Beschäftigung; 3. Beginn der letzten Beschäftigung; 4. Ende der letzten Beschäftigung; 5. Dauer der jetzigen Arbeitslosigkeit; 6. Dauer der vorigen Arbeitslosigkeit.

Kollegen, sorgt für guten Besuch und vollständige Zählung der Arbeitslosen.

171/2*

Die Ortsverwaltung.

Diese Woche!!

Inventur-

Extrapreise für
Buntperlsche doppelseitige
Diwandecken

à M. 5,85-8,75 (bisher 10-15 M.)
einfachere Qualität 4³⁵ 4⁸⁵

Bunte
Mokett-Plüsch-Diwan-
decken.

Moderno 1685 (bisher 27 M.)
kleine Muster
Mokett-Tisch-875 (bisher 15 M.)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158

Habe nirgends Filialen!

Räumungs-Extrakt

(enorm billiger Angebote)
gratis und franks.

Komiker Schwarz, Frankfurt
Alee 143.

JUNO

2 Pfg- Cigarette

Josef Mi



Westphals ff. Pflaumenmus

Allerfeinstes, garantiert reines
= Delikateß-Pflaumenmus =

aus guten Früchten und Zucker — ohne jeden weiteren Zusatz
ca. 10 Pfund-Bo.-Emaillier-Eimer kostet nur

Mark 2.15

unfrankiert. — Bitte sofort einen Probeeimer bestellen. —

Gustav Westphal

Altona-Hamburg 71,

Kl. Gärtnerstr. 100/8.

Forstfiskalische Terrainpekulation.

Bei den Verhandlungen zwischen Zweverband und Forstfiskus wegen Waldverpachtung zeigt es sich immer klarer, daß der Fiskus wie ein Terrainpekulant mit dem Fiskus wuchert, das in Wirklichkeit bereits Eigentum der Allgemeinheit ist.

Bei der Verhandlung mit den Vertretern des Zweverbandes hat sich die Staatsregierung bereits erklärt, eine Waldfläche von im ganzen 40 000 Morgen dem Zweverband als Dauerwald zu übereignen. Die Staatsregierung ist dabei den von den Vertretern des Zweverbandes geäußerten Wünschen in weitgehender Weise entgegengekommen.

Der Preis ist auf 53 Millionen Mark bemessen. Damit sollen alle Aufwendungen dieses Waldgebietes einschließlich des Aufkommens aus Pachtverträgen auf den Zweverband übergehen.

Da das öffentliche Interesse es notwendig machen kann, einzelne Grundstücke wieder für staatliche Zweck zurückzuerwerben, und man den Staat in diesem Falle nicht auf den Weg der Enteignung betreiben kann, will sich der Staat ein Wiederkaufrecht vorbehalten, wobei Zinsen und Aufwendungen erstattet werden sollen.

Aus den Dauerwaldgebieten werden voraussichtlich, soweit sie nicht bereits eingemeindet sind, ähnlich wie bei der Wuhlsheide, neue Gutsbezirke gebildet werden.

Nach diesen Mitteilungen sollen nicht weniger denn 53 Millionen Mark von der Bevölkerung Groß-Berlins für 40 000 Morgen Waldfläche aufgebracht werden, also für einen Zweck, der Aufgabe des Staates ist. Der Staat kann sich nicht von der Pflicht lösen, seinerseits für Erhaltungsmöglichkeiten seiner Steuerzahler, seiner Staatsangehörigen zu sorgen.

In den Kreisen des Zweverbandes sieht man dem Vorschlag der Regierung äußerst pessimistisch gegenüber. Der „Voss. Zig.“ wird hierzu folgendes mitgeteilt: „Die vom Zweverbande gewünschte Fläche betrug seinerzeit 15 000 Hektar, wofür 18-20 Millionen Mark geboten wurden. Jetzt hat sich der Fiskus das wertvollste Gebiet herausgeschält, bietet 10 000 Hektar an und verlangt dafür 50 Millionen Mark, zu denen noch 3 Millionen Mark an Rückgeldern usw. kämen, also einen ganz erheblich höheren Betrag für zwei Drittel des Gesamtgebietes.“

Wie hatten die schlanke Ablehnung des Regierungsvorschlages für selbstverständlich.

Partei-Angelegenheiten.

Wannsee. Sonnabend, den 15. d. Mis., abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürstenhof“ (D. Ademann): Versammlung des Wahlvereins.

Rudow. Am Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von A. Palm: Wahlvereinsversammlung.

Bezirk Wandmannsdorf und Umgegend. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, in Vorkemmer im Gesellschaftshaus, Hauptstraße 99: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Lichtbildervortrag des Privatgelehrten Kurt Bising: Die Abstammung des Menschen im Lichte der Entwicklungslehre. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Röntgenal. Heute abend 8 Uhr: Zahlabend bei Marg.

Berliner Nachrichten.

Der Umsatz von russischem Fleisch

in den Markthallen und in den unter städtischer Kontrolle stehenden Ladengeschäften ist nach wie vor von erheblichem Umfang. Es ist nicht allein der billige Preis des russischen Fleisches von Einfluß auf das kaufende Publikum, sondern vor allen Dingen die wahrhaft gute Qualität des von der Stadt eingeführten Fleisches.

Im engeren Gebietsteil Berlins sind z. B. verkauft worden in der Woche vom 23. Dezember 1912 bis 3. Januar 1913 2700 Zentner, in der Woche vom 4. bis 10. Januar 1913 3370 Zentner, in der Woche vom 10. bis 17. Januar 1913 3671 Zentner, vom 18. bis 24. Januar 1913 3600 Zentner, und in der letzten Woche sogar 3930 Zentner.

nimmt die Markthallen-Direktion, Neue Friedrichstraße 35, entgegen.

Der Konsum des russischen Fleisches beweist, daß die Fortsetzung des Fleischbezuges während des Sommers, wozu die Stadtgemeinde einwilligen bis zum 1. Oktober d. J. die Genehmigung erhalten hat, notwendig ist und er bietet die Gewähr, daß diese Erlaubnis in weitestem Maße ausgenutzt werden kann.

Ein Kleinbahn-Unfall.

Daß Reisende auch in der Nähe Berlins noch Zustände auf der Eisenbahn antreffen können, die sich von weltentlegenen Gegenden durchaus nicht unterscheiden, zeigte sich so recht am Sonntag auf der Strecke Rittenwalde-Töschin. Nachmittags, so schreibt uns eine Leserin, hatte in Rogen eine Versammlung stattgefunden. Versammlungsbefucher, die abends mit der Kleinbahn wieder zurückfahren wollten, fanden zunächst zu ihrem Erstaunen einen völlig finsternen Barteraum vor, der eine für drei Personen ausreichende hölzerne Bank enthielt. Hier waren die Reisenden wenigstens vor dem scharfen Wind, der draußen wehte, geborgen. Etwa eine Viertelstunde vor Anlauf des Zuges stolperte ein Mann mit einer Leiter heran, der die an dem Gebäude befindliche Petroleumlampe anzündete. Kaum angezündet, erlosch das Licht wieder, weil die Lampe nicht gefüllt war.

Die nächste Station Schenkendorf lag wiederum in tiefer Finsternis. Nur beim Abfahren entdeckte der eifrige Beobachter ein kleines Tranlicht vor einem winzigen Schalter. Und als die ganze Zuggesellschaft glücklich in Königs-Wusterhausen anlangte, wo dieses Kleinbahn-Abzweig sein Ende erreicht, atmeten alle erleichtert auf.

Luftschifffahrten in Berlin sind schon etwas alltägliches. Das Reichsmarineluftschiff L 1 machte gestern nachmittags einen zweiten Ausflug, bei welchem es längere Zeit über den hiesigen Vororten kreuzte. An Bord befand sich Admiral Müller vom Reichsmarinemuseum. Die „Hansa“ machte gestern nachmittags von Potsdam aus einen längeren Passagierflug, bei welchem sie zahlreiche Schleifen über Berlin ausführte.

Dahnerdiebe treiben es in der letzten Zeit wieder sehr arg. Sie beginnen jetzt ihre zweite „Saison“. Während sie zur Winterzeit die Tiere beim Stehlen abschächten und zur Fleischung verkaufen, suchen sie jezt lebend in die Hände zu bekommen, weil sie als Begehrter wertvoller und augenblicklich felle gesucht sind.

Krankheit und Erwerbsunfähigkeit haben den 62 Jahre alten Arbeiter Joseph Jannoch aus der Müllerstraße 41 zum Selbstmord veranlaßt. Jannoch, der in einer Färbereifabrik in der Köpenicker Straße beschäftigt war, litt seit längerer Zeit an Asthma und war seit drei Wochen so krank, daß er nicht mehr arbeiten konnte. Als seine Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebte, gestern Abend von ihrer Arbeitsstelle nach Hause kam, fand sie ihn tot auf. Der Unglückliche hatte sich in der Verzweiflung eingeregelt und an der Tür erhängt.

Ein tödlicher Eisenbahnunfall hat sich in der Nacht zum Dienstag auf der Strecke Berlin-Hamburg zugetragen. Gegen 12 Uhr abends fand ein Streckenwärter auf einem Revisionsgange in der Nähe von Neu-Finkenkrug die entsehlte Leiche eines jungen Mannes auf. Aus vorgefundenen Legitimationspapieren ging hervor, daß der Tote der 23jährige Former Franz Galinowski aus Seefeld ist. Zweifelloso liegt ein Unglücksfall vor. Der junge Mann ist wahrscheinlich, um sich den Weg abzukürzen, über den Bahndamm gegangen und von einem Zuge überfahren und getötet worden. Die Leiche ist vorläufig beschlagnahmt worden; eine Untersuchung ist eingeleitet.

Ein zweiter Eisenbahnunfall hat sich auf der Liebenwalder Bahn ereignet. In der Nähe der Station Schildow versuchte gegen 7 Uhr morgens ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann den Bahnkörper zu überqueren, als ein Zug von Liebenwalde herannah. Der Mann wurde von dem Zuge erfaßt und in weiten Bogen zur Seite geschleudert. Er erlitt eine heftige Kopfverletzung und schwere innere Verletzungen. Ein aus Röhrenblech herbeigerufener Arzt legte dem Verunglückten Kolbenbande an und veranlaßte seine Ueberführung nach dem Krankenhaus in Reinickendorf. Die Personalien des Schwerverletzten konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

Eine merkwürdige Entdeckung machte gestern eine Witwe aus der Hollmannstraße 13. Die Frau pflegt mittags für ein Speisehaus Essen nach verschiedenen Stellen zu bringen. Sie benutzte hierzu einen Kinderwagen, den sie, wenn sie ihn nicht benötigt, unten im Hausflur stehen läßt. Als sie gestern mittags den Kinderwagen wieder herbeibrachte, um die übliche Beförderung zu machen, fand sie darin ein Paket aus Zeitungspapier. Sie öffnete es und fand nun zu ihrer größten Ueberraschung in dem Umschlag die Leiche eines neugeborenen Mädchens, das, wie es scheint, von der Mutter gleich nach der Geburt getötet und dorthin gebracht worden ist. Sie übergab den Fund der Polizei, die die kleine Leiche nach dem Schanzenpark bringen ließ. Wer das Paket dorthin gelegt hat, ließ sich bisher noch nicht feststellen.

Aus dem Wasser gelandet wurde Dienstag abend die Leiche eines Mannes, die gegenüber dem Grundstück Friedrichsgracht 26 im Stadtschloßkanal aufgetaucht war. Der Tote, der vielleicht schon vier bis fünf Wochen im Wasser gelegen hat, besaß Papiere auf einen 24 Jahre alten aus Breschen gebürtigen Schneidergesellen Benzel Gilde, man weiß aber noch nicht, ob das sein eigener Name ist. — Noch nicht sicher festgestellt ist ferner die Persönlichkeit eines Mannes, der Dienstag nachmittag in einer Speisewirtschaft in der Großen Frankfurter Straße 73 eine Tasse Kaffee trank und bald darauf im Toilettenraum vom Wuiturz gefallen wurde und starb, bevor man ihn auffand. Er gehörte zu den Obdachlosen, die jene Wirtschaft viel besuchen. Papiere, die man bei ihm fand, lauten auf einen am 18. April 1855 zu Berlin geborenen Arbeiter Wilhelm Keller.

Straßenbahnunfälle. Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch vor dem Hause Lurmitzstraße 34. Dort lief der 16jährige Willi Dehm, der das Herannahen eines Straßenbahnwagens nicht bemerkt hatte, gegen den Vorderperron des Motorwagens 1712 der Linie 20, wurde umgestoßen und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, so daß er in das Nothilfs-Krankenhaus geschafft werden mußte. — Ein zweiter Straßenbahnunfall ereignete sich vor dem Hause Eberstraße 35 zu Schöneberg. Der 53jährige Anabe Georg Leh hatte sich auf das Vorderrittbreit des Anhängewagens 2886 der Linie 74 gesetzt, stürzte während der Fahrt herab und geriet mit dem rechten Bein unter den Schutzrahmen, so daß der Unterschenkel von den Nädern abgetrennt wurde. Das Kind, das außerdem noch einen Bruch des rechten Oberarms erlitten hatte, wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt und dann in das Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Opfer eines verhängnisvollen Irrtums. Zu der unter vorstehender Epithete gestern veröffentlichten Notiz über den Tod eines durch eine Pulververwechslung verstorbenen Kindes in Reinickendorf teilt uns der Inhaber der Sternapotheke in Reinickendorf mit, daß kein Versehen vorliege und die Apotheke keine Schuld treffe.

Nichtig sei, daß am gleichen Tage sechs Rodeinpulver für einen anderen Kranken angefertigt worden seien. Unrichtig sei aber, daß eines dieser Pulver verschwendet sei. Dieser Patient habe die vorgezeichneten sechs Pulver vollständig erhalten.

Frau Drews habe auch nicht neun Pulver erhalten, es seien ihr die vom Arzt verordneten acht Pulver vorchristlichmäßig ausgehändigt worden.

Daß das Kind, welches schwer krank war, an Rodeinvergiftung gestorben sei, sei nicht erwiesen; irgendein Versehen des rezeptierenden Apothekergehilfen ist auch nicht von der Polizei festgestellt worden.

Feuer in einem Asphaltwerk. Gestern vormittag gegen 10 1/2 Uhr wurde die Charlottenburger Feuerweh nach dem Asphaltwerk der Berliner Asphalt-Gesellschaft von Kopp u. Cie. in der Katharin-Augusta-Allee 12/13 gerufen. Dort brannte ein Teil der Asphaltkocher, und das Feuer war auch schon auf das Dach des Gebäudes übergesprungen. Die Feuerweh griff mit zwei Schlauchleitungen ein und erlosch die Flamme nach kurzer Zeit. Der Brand war dadurch entstanden, daß aus der Feuerung eine Flamme herausgeschlagen war, wobei Asphaltstaub zur Entzündung kam. Von den Arbeitern, die sich bei Ausbruch des Brandes in dem Raum aufhielten, ist niemand verunglückt. Eine Betriebsstörung tritt bei der Firma nicht ein.

Ausgaben der Gemeinde im Kampf gegen den Alkohol, lautet das Thema über das Genosse Aug. Neumann morgen abend 8 Uhr im Gemeindefestsaal, Engelsufer 15, spricht. Es ist der zweite vom Arbeiter-Abstinenterbund veranstaltete volkstümliche wissenschaftliche Vortragabend.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Galense.

Vom Schulwesen. In Wilmersdorf spielen bekanntlich die zahlungsfähigen Schichten der Bevölkerung eine ganz andere Rolle als im übrigen Groß-Berlin. Dies zeigt sich besonders im öffentlichen Schulwesen. Im Oktober 1912 gab es im ganzen 5098 Schüler und Schülerinnen in den höheren Schulen und 7593 Kinder in den Volksschulen der Stadtgemeinde. Es kommen noch hinzu 151 Schülerinnen, die die neuerrichtete Mädchenmittelschule zur erwähnten Zeit besuchten. Hieron waren auswärts an den höheren Schulen 686, an den Gemeindefakultäten 117, an der Mädchenmittelschule 3. Selbst wenn man die Schülerinnen dieser Anstalt außer Betracht läßt, entfallen auf 1000 Einwohner 20,74 höhere Schülerinnen und 30,23 Volksschülerinnen sowie 26,31 höhere Schüler und 29,33 Volksschüler. Nicht man noch in Betracht, daß manche wohlhabende Eltern am Ort ihre Kinder in auswärtige höhere Schulen senden, so kann man ruhig behaupten, daß die Zahl der höheren Schüler in Wilmersdorf die der Volksschüler erreicht, wenn nicht gar übersteigt. Bemerkenswert ist noch, daß die relative Besuchsziffer in den höheren Schulen ständig in die Höhe geht, während sie in den Volksschulen ständig fällt. Mädchen und Knaben zusammengerechnet entfielen auf 1000 Einwohner 1909 erst 44,11, 1912 hingegen 47,05 Kinder auf die höheren Schulen; in den Volksschulen verringerte sich im selben Zeitraum der Satz hingegen von 66,05 auf 59,56. Die Stadtgemeinde ist natürlich eifrig darauf bedacht, dem zahlungsfähigen Teil der Einwohnerschaft eine reiche Auswahl an höheren Schulen zu bieten. Während nur sechs Volksschulen in Wilmersdorf vorhanden sind, gibt es hier, die Mädchenmittelschule eingerechnet, nicht weniger als sechs höhere Mädchenschulen und sieben höhere Knabenschulen (Gymnasien, Realgymnasien, Reformrealgymnasien und Oberrealschule), alle selbstverständlich mit Vorschulen versehen. Auch steht die Stadt keine Kosten für den Unterricht in den höheren Schulen. Im nächsten Jahre wird es rund 6500 höhere Schüler und Schülerinnen und rund 8000 Volksschulkinder in Wilmersdorf geben. Wenn man diese Zahl in die Zuschüsse teilt, die nach dem neuen Etat für die Schulen erforderlich werden, so wird, die 120 M. Schulgeld, die durchweg für den Besuch der höheren Schulen zu zahlen sind, natürlich nicht mit eingerechnet, jeder Schüler oder Schülerin dieser Schulen der Stadt 227 M. kosten, während in den Volksschulen jedes Kind nur 142 M. Zuschuß erfordert. Im Durchschnitt sitzen in jeder Klasse der höheren Schulen 29, in jeder Klasse der Volksschulen hingegen 41 Kinder. Diese Zahlen lassen erkennen, wie wenig gerade die Wohlhabenden berechnigt sind, von den Kosten zu reden, die ihnen durch die unentgeltliche Volksschule aufzuerlegt wären. Der Volksschulbesuch ist nur scheinbar frei; die Gemeinde könnte weder höhere noch niedere Schulen unterhalten, wenn nicht auch die Vermitteln durch Steuern und ganz insbesondere durch enorm hohe Werten, die dem Hauswirt erst die Abführung der Steuern ermöglichen, ihr wohl gemessenen Teil zu den Kosten der Schulen beitragen würden.

Charlottenburg.

Die Beschaffung zweier Hypotheken unter Mitwirkung der Stadt hat den Magistrat von Charlottenburg in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Zur Beratung dieser Frage ist ein Magistratsausschuss eingesetzt, dem zugleich auch die Beratung über die Veräußerung des umfangreichen städtischen Grundbesitzes zwischen Sandbäum, Königsweg, Stadtbahn und Spandauer Bahn zugewiesen ist. Es handelt sich um das der Stadt bei der Erweiterung der Bismarckstraße vom Staate zugefallene Terrain, namentlich den alten Exerzierplatz, in einer Größe von etwa 33 428 Quadratrußen.

Ein Verein für Volksgärten, der sich die Fürsorge für die unbeschäftigten noch nicht schulpflichtigen, körperlichen und geistigen Gefahren ausgesetzten Großstadtkinder angelegen sein lassen will, ist am 7. Februar von einer Anzahl Damen und Herren im Charlottenburger Rathaus gegründet worden. Um dem Verein eine breitere Grundlage zu schaffen, soll zunächst ein Verbotsurteil an den wohlhabenderen Teil der Bürgererschaft erlassen und alsdann eine größere öffentliche Versammlung veranstaltet werden.

Lichterfelde.

Kommunale Verkehrsstände. In neuester Zeit macht sich wiederum eine große Unzufriedenheit mit den örtlichen Verkehrsverhältnissen bemerkbar, die in Eingaben und Resolutionen an den Gemeindevorstand zum Ausdruck kommt. Besonders zwei Umstände sind es, die lähmend auf den Ortsverkehr einwirken: die außerordentlich hohen Fahrpreise auf den Kreisbahnen und dann die Verschlepptheit des Straßenbahnnetzes in Scharn- und Normalspur. Was die Höhe der Fahrpreise betrifft, so dürfte es in Deutschland wohl keine Gemeinde geben, die mit Lichterfelde in erfolgreicher Wettbewerb treten könnte. So kostet z. B. die östliche Strecke Bahnhof Ost - Bahnhof West mit einer Länge von etwa 5 Kilometer 20 Pf.; die Teilstrecken sind relativ noch erheblich teurer. Eine Fahrt vom Händelpfad in Lichterfelde bis Bahnhof Schönhauser Allee, mindestens neun Kilometer, kostet ebenfalls nicht mehr, obwohl diese Linie der Großen Berliner gehört. Der Mangel der Bevölkerung über die geradezu unerträglich hohen Fahrpreise der örtlichen Bahnen ist daher durchaus berechtigt und Gemeindevorstand wie Vertretung haben die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln beim Kreis mindestens eine Herabsetzung der Tarife durchzusetzen, wenn ein Einheitspreis von 10 Pf. vorläufig nicht erreicht werden kann. Es wäre aber durchaus ungerecht, nur den Kreis allein und ganz besonders für die heutige, den Ortsinteressen schädliche Verkehrsverhältnisse verantwortlich zu machen. Die eigentlichen Schuldigen sind die Gemeinden selbst; eine der Kreis seinerzeit die sog. Siemens- und die Westbahn (Lichterfelde-Stahndorf) übernahm, konnten sie dieselben erwerben. Aber die in Frage kommenden Gemeinden: Lichterfelde, Steglitz, Lankwitz und Mariendorf konnten sich nicht einigen, die Konkurrenz unter sich, die Kurzsichtigkeit der Bureaucraten und die engstirnige Strukturpolitik haben den gemeinsamen Erwerb dieser Verkehrsmittel leider verhindert. In diesem Moment greift der verdorbene Landrat v. Stubenrauch ein, der in solchen Dingen dann doch einen anderen Teufelsbild befahl als der Durchschnitt der in Frage kommenden Gemeindeglieder, die Bahnen gingen auf den Kreis über; es wäre auch ungerecht, zu verkennen, daß dieser im Gegensatz zu den Vorbesitzern erhebliche Verbesserungen eingeführt hat. Es gab zu jener Zeit in den bürgerlichen, kommunalpolitischen „maßgebenden“ Kreisen Leute, die in verblüffender Einfichtlosigkeit die Übernahme der Bahnen durch den Kreis befürworteten und sie lieber im Besitz von Privatunternehmern gesehen hätten. Daß die Übernahme der Bahnen durch den Kreis, nachdem die Gemeinden in so schmähtlicher Weise versagt, das einzig Richtige war und einen Fortschritt in der Richtung der späteren Kommunalisierung bedeutete, kann niemand bestreiten. Außerdem hat der Kreis an der Entwicklung seiner Gemeinden ein gewisses Interesse und schon von diesem Gesichtspunkte aus muß er als Besitzer der Bahnen ganz anders gewertet werden als ein nur sein Profitinteresse kennender Privatunternehmer. Nach dem Vertrage der beteiligten Gemeinden mit dem Kreis gehen die in Betracht kommenden Bahnen im Jahre 1914 unentgeltlich und schuldenfrei an jene über. Der Kreis sucht naturgemäß alle für die Verkehrsmittel gemachten Aufwendungen bis zu jenem Zeitpunkt zu tilgen. Das ist auch der Fall, warum eine Herabsetzung der Fahrpreise von ihm so schwer zu erreichen ist; man ist dort der Meinung, daß dadurch ein erheblicher Ausfall eintreten und die Tilgung bis 1914 nicht möglich werden könnte. Diese Bedenken des Kreises sind zweifellos gänzlich unbegründet. Infolge neuerlicher Verhandlungen der Gemeinde mit dem Kreis im Anfang des vorigen Jahres war dieser bereit, eine Ermäßigung der Fahrpreise einzutreten zu lassen, wenn die Gemeinden bei Übernahme der Bahnen die noch nicht getilgten Schulden übernehmen. Dabei muß bemerkt werden, daß der Kreis auf jeden Uebertritt aus dem Betrieb der Bahnen verzichtet, daß alle Ueberträge für die Bahnen verwendet werden. Leider hat damals die Gemeindevertretung in völliger Verleugnung der tatsächlichen Verhältnisse den Vertrag mit dem Kreis abgelehnt, ohne auch nur in eine Diskussion über die Angelegenheit einzutreten. Da aber eine Verbilligung der Fahrpreise eine absolute Notwendigkeit und für die Entwicklung von eminenter Bedeutung ist, muß alles versucht werden, gemeinsam mit dem Kreis eine Basis zu finden, die in kürzester Zeit herbeizuführen. Steht diese Angelegenheit im Vordergrund des Interesses, so bleibt noch übrig die Einrichtung sämtlicher Bahnen auf Normalspur. Der jetzige Zustand mit den verschiedenen Schienenweiten ist auf die Dauer unsaltbar; er beeinträchtigt die Ausdehnung des Bahnnetzes und schränkt den Verkehr gewissermaßen ab. Den Ruhm, die erste elektrische Bahn der Welt zu besitzen, wird die Gemeinde ziemlich hoch bezahlen müssen. Jedenfalls ist auch in dieser Beziehung von Gemeinde wegen insofern gekündigt worden, als den Vorbesitzern der Bahnen der weitere Ausbau nach dem Schmalspurtypus gestattet wurde.

Lankwitz.

Der Etat der Gemeinde wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung festgestellt. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 039 000 M. ab; das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 55 000 M. Zuschüsse erfordern: die allgemeine Verwaltung 117 800 M., die Polizeiverwaltung 34 800 M., die Armenverwaltung 17 500 M., das Realgymnasium (333 Schüler) 93 800 M., die höhere Mädchenschule (188 Schülerinnen) 40 300 M., die Gemeindefürsorge (1041 Kinder) 129 800 M., die gewerbliche Fortbildungsschule 3000 M., die Bauverwaltung 6200 M., die Straßenverwaltung 47 700 M., das Feuerlöschwesen 10 000 M., für Förderung gemeinnütziger Zwecke 5500 M. Als Gemeindefürsorge werden erhoben 115 Proz. Zuschlag; die Grundsteuer beträgt für bebauten Grundstücke 8 vom Tausend und für unbebaute 4 vom Tausend. An Gemeindefürsorge werden erhoben für die Klassen 1 und 2 200 Proz., für die Klassen 3 und 4 150 Proz. Der Schuldenstand hat sich um 3 200 000 M., welche Summe für Pflasterungen, den Bau eines Lyzeums und eines Hypothekenfonds ausgenommen sind, vermehrt, er beträgt jetzt 8 533 000 M. Genosse Adike bedauerte, daß der Etat ohne jeden Fortschritt auf sozialem Gebiet aufgestellt sei. In den Schulen fehlten noch verschiedene Einrichtungen, die andere Vororte längst haben. Er verlangte, daß Mittel bereitgestellt werden für die Schulabspiegel, sowie für die Speisung bedürftiger Schulkinder. Der Gemeindevorstand meinte, daß es in unserm Ort wohl kaum Kinder geben würde, welche ohne warmes Frühstück zur Schule geschickt werden, auch sei die Schule nur dazu da, geistige Kultur zu verabfolgen. Jedoch sollen Erhebungen über die Notwendigkeit angestellt werden, so daß erforderlichenfalls im nächsten Winter den Anträgen Rechnung getragen werden soll. Weiter wurde von unserm Vertreter das Verhalten des Gemeindevorstehers in Sachen des russischen Fleischverkaufs kritisiert. Da für die Einführung desselben von der Verwaltung nichts getan worden sei, siehe Lankwitz gegenüber allen anderen Vororten isoliert da. Der Gemeindevorstand habe es nicht einmal für nötig gehalten, auf einen Brief, welchen er (M.) vor acht Wochen an ihn in dieser Sache geschickt, zu antworten. Auf der anderen Seite werde von der

Gemeindevertretung alles getan, um die ärmere Bevölkerung von Lankwitz fernzubehalten. Der Bau von kleinen Wohnungen werde durch Bauordnungen unterbunden; würde man denselben fördern, so wäre die geringe bauliche Entwicklung, über welche der Gemeindevorsteher jetzt klagt, sicher nicht eingetreten. Die verlangte Anstellung eines Polizeikommissars wurde von der Mehrheit beschlossen. Genosse Adike wandte sich dagegen, da die Kosten des Polizeiretars sich seit vielen Jahren verdreifacht hätten, so daß jetzt ein Jahressatz von 47 000 M. inf. Bureauarbeiten notwendig sei. Ferner soll ein Ingenieur in der Bauverwaltung sowie ein Nachwächter mehr angestellt werden. Eine längere Debatte zeitigte das Kapitel Bauverwaltung. Das Straßenpflaster, welches vorzugsweise im Orte verwendet wird (Quartite und Teerbeton), weist erhebliche Mängel auf; trotzdem schon öfter in Sitzungen hierüber gesprochen worden ist, gibt die Gemeindevertretung diesen Pflasterarten den Vorzug. Lankwitz muß hier das Versuchskaninchen bilden zum Schaden der Anlieger und der Passanten. Der Gemeindevorsteher verteidigte das junge Industrieunternehmen, wie es ein Prokurist der Firma auch nicht besser hätte tun können, trotzdem konnte er die Mängel desselben nicht hinwegleugnen.

Treptow-Baumshulenberg.

Das Krematorium auf dem neuen Gemeindefriedhof am Stiefkanal ist nimmere im Bau soweit vorgeschritten, daß dieser Tage eine Probeeinführung vorgenommen werden konnte. In jeder der beiden Verbrennungskammern wurde ein Holzstamm mit einer Anatomieleiche eingeführt. Die Einföhrung erfolgte in der normalen Zeit von 1 1/2 bzw. 1 1/2 Stunde. Nimmere wird mit dem Einbau der Verfertigungsvorrichtung und dem weiteren Ausbau der unteren Räume begonnen werden. Ferner dürfte in nächster Zeit die Gemeindevertretung die Gebühren und die Gebrauchsordnung für die Feuerbestattung festlegen. Da diese Ordnungen aber wiederum der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden bedürfen, ist an eine Inbetriebnahme der Anlage vor Ende April wohl kaum zu denken.

Karlshorst.

Eine recht sonderbare Auffassung vom Wesen der Elternabende scheint die hiesige Schulverwaltung zu haben. Für die 4. Volksschule ist am Mittwoch, dem 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, ein Elternabend geplant und zwar aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Deklamationen und Gesängen, die mit dem Föhlen und Denken der übergroßen Mehrzahl der Eltern nicht in Uebereinstimmung zu bringen sind. Soll etwa der Zweck der Veranstaltung sein, auf die Eltern der Kinder einen erzieherischen Einfluß im kurrpatriotischen Sinne auszuüben? Wir haben bisher bei Elternabenden Veranstaltungen gesehen, bei denen eine Verständigung über die Fragen zwischen Schule und Haus und ein möglichst gutes Einvernehmen zwischen den Eltern und den Lehrern herbeigeföhrt werden soll. Dieser Zweck wird bei der in Frage kommenden Veranstaltung bedauerlicherweise in Frage gestellt.

Neuen (Kreis Teltow).

Einen guten Verlauf nahm hier eine öffentliche Versammlung, in welcher die Genossin Kuben über das Thema: „Preußen, die Ursünde der Reaktion“, referierte. Die eindringliche Charakteristik unserer sozialen Zustände durch die Referentin löste bei den Versammelten großen Beifall aus. Am Schluß erklärten vier Anwesende ihren Beitritt zum Wahlverein.

Bernau.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Gen. Kuben den Bericht vom Preußenag, hieran anschließend gab der Referent nähere Details über das Landtagswahlrecht und betonte zum Schluß, daß es uns gelingen muß, auf dem platten Lande sozialdemokratische Wahlmänner durchzubringen. Dann machte der Vorsitzende Mitteilungen über die Hausagitation und ersuchte die Genossen, am kommenden Sonntag zu der für diesen Zweck stattfindenden Flugblattverbreitung sich zur Verfügung zu stellen. Mit einem Appell an die Mitglieder, der Bezirksleitung im kommenden Wahlkampf tatkräftig zur Seite zu stehen, damit die Kandidaten unserer Partei als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Vogelsdorf.

Ueber die Gewaltpolitik der herrschenden Klassen referierte in einer im Lokal von Meißner tagenden öffentlichen Versammlung Gen. W. B. Die treffenden allgemein verständlichen Ausführungen wurden von den zahlreich Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Am Schluß der Versammlung ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden, die Worte des Referenten zu beherzigen und in die Reihen der Organisation einzutreten.

Nowawes.

Der Bahnbau ist soweit vorgeschritten, daß auch das letzte Gleis für die Wannsee- und Stadtbahnlinie in der Richtung Berlin-Potsdam zwischen den Stationen Neubabelsberg und Nowawes hochgelegt ist. Seit Sonntag früh verkehren daher alle Züge auf dem hochgelegten Bahnkörper. Mit der Sperrung des letzten Nebengleises ist somit endlich ein Verkehrshindernis beseitigt worden, das sich mit dem zunehmenden Wachstum des Ortes immer mehr fühlbar machte und besonders für die Passanten beim Ueberqueren der Gleise eine stete Unfallgefahr bildete. Noch am letzten Donnerstagabend entgingen drei Personen beim Ueberqueren der Gleise im Zuge der Wilowstraße mit knapper Not der Gefahr, vom Eisenbahnzuge erfasst zu werden. Erst als der Lokomotivführer das Warnungssignal gab, wurde der diensttunende Bahnbeamte auf die drohende Gefahr aufmerksam und schloß schnell die Schranken.

Die letzte Sitzung des Gewerkschaftsartikels nahm den Jahresbericht des Auswärtigen entgegen. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Kaiserin im Jahre 1912 besser besucht war als im Vorjahr. Ausgespeert wurden 162 Gewerkschaftsmitglieder insgesamt 581 Tage. Auch der Besuch der Auswärtigen war ein sehr reger. Es wurden 226 Auskünfte erteilt. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften betrug am Anfang des Jahres 23, ausgeschieden sind die Schmiede durch Uebertritt in den Metallarbeiterverband, hinzugekommen die Steinzieher und Bureauangestellten, so daß jetzt dem Artikel 24 Gewerkschaften angeschlossen sind. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 2884,11 M., eine Ausgabe von 1855,54 M. In den Kartellauschuss wurden folgende Genossen gewählt: Herr Reinfeldt, erster Vorsitzender; Traugott Förster, Kassierer; Billi Vierte, Schriftführer; Otto Müller, zweiter Vorsitzender. Alle Zuschriften sind an Genossen Reinfeldt, Großbeerstraße 74 II, zu richten. Des weiteren wurde erucht, den am Freitag, den 14. Februar, im Lokale Kortz, Kaiser-Wilhelm-Straße 23, beginnenden Kursus des Arbeiter-Stenographen-Bundes zu beachten.

Potsdam-Nowawes.

Mit der Errichtung einer Walderholungsstätte in Neubabelsberg beschäftigte sich eine Versammlung des Walderholungsvereins Potsdam-Nowawes im Potsdamer Rathaus. Der Versammlung lagen drei Projekte vor, von denen das erste die Errichtung eines soliden Fachwerkes mit anschließender Liegehalle, das zweite die Aufföhrung einer sogenannten Vöderschen Parade aus Holz auf dem vom Fortifikationsamt pachtweise zur Verfügung gestellten zwei Hektar großen Waldkomplex hinter dem Invalidenheim in Neubabelsberg vorseht. Das dritte Projekt besteht in einem Angebot des Roten Kreuzes auf Ueberlassung einer Parade zum Preise von 300 Mark. Die hygienischen Vorbedingungen für die Projekte sind insofern günstig, als die Möglichkeit eines Anschlusses der zu errichtenden Vorrichtungen an die Wasserleitung sowie an das Kanalisationsnetz der Gemeinde Nowawes gegeben ist. Die Kosten für den Fachwerkbau sind auf 25 000 Mark, für die von einer Spezialfirma angebotene moderne Holzparade mit kompletter Ein-

richtung dagegen auf etwa 21 000 Mark veranschlagt. Da die dem Erholungsstättenverein zur Verfügung stehenden Mittel augenblicklich nur 19 000 Mark betragen, so sah man von einer definitiven Entscheidung über die Art der Bauausführung ab und beauftragte die vorbereitende Kommission, sich nochmals mit den maßgebenden Stellen zwecks Erlangung weiterer Vorschläge in Verbindung zu setzen. Bericht wurde, daß ein Fabrikdirektor für den genannten Zweck bereits 15 000 M. spendet hat. Vom Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose sind 4000 M. Beihilfe in Aussicht gestellt und es ist außerdem Hoffnung vorhanden, daß auch die Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg sich zu einer laufenden Geldunterstützung bereithalten lassen wird, wenn der Plan erst einmal verwirklicht ist. In der Erholungsstätte, für die vorläufig nur Sommerbetrieb in Aussicht genommen ist, sollen nicht nur rekonvaleszente Mitglieder der Krankenkassen in beiden Orten, sondern auch andere, von den beiden Gemeindevertretungen überwiesene Personen beiderlei Geschlechts Aufnahme finden. Mitglied des Vereins zur Errichtung einer Walderholungsstätte kann jeder werden gegen Zahlung eines Mitgliedsbeitrages von jährlich 1 Mark.

Spandau.

Den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnisnahme, daß die unentgeltliche Rechtsauskunft von jetzt ab nicht mehr vom Gestoffen Hartung, sondern regeltrecht an jedem Donnerstag, abends von 6 bis 8 Uhr im Bureau Breite Str. 64, 1 Treppe, von einem Sekretär erfolgt. Es wird erwartet, daß diese Einrichtung für die Spandauer Arbeiterschaft von Nutzen sein möge.

Das Gewerkschaftslokal Spandau. Der Ausschuss. J. A. M. Appoldt.

In einer großen Demonstration gestaltete sich die am Dienstagabend im Neuen Stadt-Theater abgehaltene öffentliche Versammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Philipp Scheidemann über „Patriotische Falschmünzerei“ sprach. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal überfüllt und immer neue Scharen von Versammlungsbefüherten rüdten heran. Mittlerweise war der Saal, die Bühne, die Balkons und alle Winkel und Ecken von über 2500 Personen so dicht besetzt, daß die Polizei den Saal absperrten mußte. Vor dem Lokal sammelten sich noch etwa 1500 Personen an, die teilweise bis zum Schluß der Versammlung ausharrten. Genosse Scheidemann kam in seinem Vortrag zuerst auf die Hundertjahrfeier zu sprechen; er schilderte, wie die Junker 1806 feige das Vaterland verraten haben. Nicht die sogenannten Ueblichen der Nation seien es gewesen, die in den Freiheitskampf gezogen, sondern das deutsche Volk, das man durch allelei Versprechen gelendet, um nachher schände zu betrügen. Die Vaterlandsliebe verlor sich bei den sogenannten Patrioten und im Profit. Der Redner streifte alsdann die Teuerung und entrollte die derselben zugrunde liegenden Ursachen. Nach einer Charakteristik unserer weltpolitischen Lage, des Küstungsstadiums der modernen Staaten, der Reaktion, die die Arbeiterklasse zu entrichten sucht und die Sozialdemokratie unter ein Ausnahmefesetz gestellt sehen möchte, richtete Scheidemann einen feurigen Appell an die Versammelten, sich in die Reihen der Sozialdemokratie einzugliedern und für Freiheit, Gleichheit und wirtschaftliche Wohlfahrt kämpfen zu helfen. Langanhaltender Beifall folgte den Ausführungen des Referenten, der es vortrefflich verstanden hatte, die Zuhörer zu fesseln und zu begeistern. Eine Diskussion fand nicht statt. Genosse Böcker teilte noch mit, daß Genosse Liebknecht am 25. Februar im Neuen Stadt-Theater in einer großen Versammlung sprechen wird was großen Jubel hervorrief. Der Komitteeverein hält am 20. Februar gleichfalls daselbst einen Lichtbildervortrag ab.

Eine Explosion erfolgte vorgestern in der Sauerstoffabrik der Industriergesellschaft in Halensee, Rauchstraße, wo an einer Treckenfahse unter Druck eine Reparatur ausgeführt werden sollte. Der Arbeiter Rischel sowie der Arbeiter Bowitz wurden durch ausströmendes Regnatron an den Händen und im Gesicht so schwer verletzt, daß ihre Ueberführung nach dem Spandauer Krankenhaus angeordnet werden mußte.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

- Söpenick, Freitag, den 14. Februar, im Rathausaal.
 - Alt-Glenside, Freitag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr.
 - Prans, Nachholz, Deute Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.
 - Gägersdorf (Riederbarnim), Deute Donnerstag, den 13. Februar, abends 7 Uhr im Katholischen Lokale.
- Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Bernau. Am Freitag, den 14. Februar, findet bei Richard Wünsche der letzte Vortrag des Herrn Zimmermann-Garlsdorf über Naturerkenntnis statt. — Am Sonntag, den 24. d. M.: Beschäftigung des Naturwissenschaftlichen Museums, zu welcher Herr Zimmermann die Führung übernimmt hat. — Der Jugendauschuss richtet nun an die Arbeiterschaft die Bitte, der Jugendbewegung am Orte mehr Interesse entgegenzubringen wie bisher. Es finden jeden Freitag und Sonntag Spiel- und Lesende statt. Auch werden des öfteren lehrreiche Vorträge gehalten. Die betreffenden Veranstaltungen sind vollständig kostenlos, auch dürfen während derselben keine Getränke entnommen werden.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Sitz Berlin. Wanderfahrten am Sonntag, den 14. Februar: I. Rund um Berlin. IV. Großbeeren-Potsdam. VII. Auf Bahn 7,15 Uhr vorm. II. Chorinchen-Plaggen-Charin. VII. Zeit. Bahn 5,59 vorm. III. Rangsdorf-Richters. VII. Potsd. Bahn 8,07 Uhr vorm. IV. Karstenau im Glände Melchom. VII. Zeit. Bahn 5,59 Uhr vorm. V. Friedrichshagen-Rahnsdorf. VII. Zeit. Bahn 1,23 Uhr nachm. VI. Rindertour. Bahnsof Halensee-Grumetald. Treffpunkt: Bahn. Bedding und Schl. Bahn. 8 Uhr vorm. Gäste willkommen.

Marktpreise von Berlin am 11. Februar 1913, nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42-19,48, geringe 19,30-19,36. Roggen, gute Sorte 16,09-16,70, mittel 16,07-16,08, geringe 16,05-16,06 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,30-18,00, mittel 16,50-17,30, geringe 15,80-16,40. Hafer, gute Sorte 18,40-20,30, mittel 16,80-18,30 (frei Wagen und Saft).

Kartoffellenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Speisebohnen, weiße 35,00-50,00. Linen 35,00-60,00. Kartoffeln (Kleinhl.) 8,00-10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,60-2,20. Rindfleisch 1,40-3,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 4,00-6,00. 1 Kilogramm Karven 1,40-2,40. Kalle 1,60-3,20. Janber 1,40-3,60. Dehte 1,60-2,80. Barfche 1,00-2,40. Schote 1,30-3,30. Biele 0,80-1,60. 60 Stück Kresse 4,00-24,00.

Witterungsbericht vom 12. Februar 1913.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wolk. u. N. u. W.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wolk. u. N. u. W.
Emmende	778,5	1/2hb. S.	1	1	Dapranbo	767,5	ED	4	bedeckt
Hamburg	779,5	2/2hb. S.	3	3	Veitersburg	772,0	ED	3	1/2bed.
Berlin	778,2	2/2bed.	3	3	Scilly	777,0	ED	3	2/2bed.
Frankf. a. M.	779,0	1/2bed.	1	1	Ueberden	778,5	ED	3	1/2bed.
München	779,5	1/2bed.	0	0	Paris	777,0	ED	3	2/2bed.
Wien	775,5	2/2bed.	1	1					

Wetterprognose für Donnerstag, den 13. Februar 1913. Zeitweile neblig, sonst trocken und vielfach heiter, nachts leichter Frost, am Tage wieder ziemlich mild bei mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.